

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 2

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 2

Potsdam 1983

5183

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 2
Potsdam 1983

~~1983~~
~~137~~



~~Hochschulbibliothek~~
~~Bibliothek Geschichte~~

Herausgeber:

Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,

mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:

Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee
Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:

Karl-Marx-Werk Potsdam-Babelsberg, Wegener-Korfes, Staude, Dost,
Eulenstein, Fried, Darr

Reproduktionen: Foto-Herrmann, Foto-Lemcke

Redaktionsschluß: 27. September 1983. Manuskriptsendungen an Redaktion
„Märkische Heimat“, 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck: Druckerei „Franz Maecker“ Neuruppin I-14-1 P 197/83 **F18/83**
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam

EVP: 5,- M

Inhalt

	Seite
Im Geiste von Karl Marx von Hans Gallinat und Joachim Schulz	5
Martin Luther und die Mark Brandenburg von Joachim Schulz	13
Der „Tag von Potsdam am 21. März 1933“ – Ausdruck der Allianz des deutschen Faschismus mit dem preußischen Militarismus von Hans Baruth	22
Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik Neue Kreise – alte Kreise. Regionalgeschichtliche Forschungen und Veränderungen der Verwaltungsstruktur, dargestellt am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform von 1952 von Hans-Joachim Schreckenbach	32
Territorialkundliche Quellen in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam von Dorothee Geßner	41
Neue Überlegungen zur Entstehung von Burg und Stadt Potsdam im 12./13. Jahrhundert von Helmut Assing	43
Die Bibliothek Clara Zetkins in Birkenwerder von Fritz Staude	54
Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde Sagen aus der östlichen Prignitz (Kreis Wittstock) von Wolfgang Dost	63

Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte Zur Ausgrabung einer germanischen Siedlung der römischen Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit im Dahme- Seengebiet von Sven Gustavs	72
Aus dem Fachbereich Numismatik Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg. II. Teil: Städte im Territorium des heutigen Bezirktes Potsdam (ohne Brandenburg) von Wolfgang Fried	78
Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren Zinnfiguren erzählen Geschichte von Hans Eulenstein	84
Bibliographie/Annotationen	90

Im Geiste von Karl Marx

Von Hans Gallinat und Joachim Schulz

Vor 35 Jahren, am 18. März 1948, erhielt der ehemalige Konzernbetrieb Orenstein & Koppel in Potsdam-Babelsberg den ehrenvollen Namen „Volkseigener Betrieb des Landes Brandenburg, Lokomotivfabrik 'Karl Marx' Babelsberg“.

Bis zu diesem Tag hatten die Arbeiter dieses Betriebes schon eine beachtliche Aufbauarbeit geleistet. Unmittelbar nach der Befreiung durch die Sowjetarmee hatten die Aktivisten der ersten Stunde die Arbeit aufgenommen. Zu ihnen gehörten Paul Klopsch, Paul Neumann, Hermann Grabow, Otto Fenger, Kurt Dombrowski, Paul Schmiedicke, Reinhold Kiesel, Arthur Berkholz, Karl Deppe, Paul Riedel, Paul Köppe, Alma Handtke, Ulrich Bandow, Fritz Biste, Emil Kroffke, Bruno Laß und viele andere. Der Anfang war schwer. Teile des Betriebes waren zerstört, das Verwaltungsgebäude zur Hälfte niedergebrannt. Da der Betrieb für die faschistische Rüstung pro-



Ergebnis des faschistischen Krieges: Blick in eine schwer beschädigte Werkhalle des Konzernbetriebes Orenstein & Koppel 1945

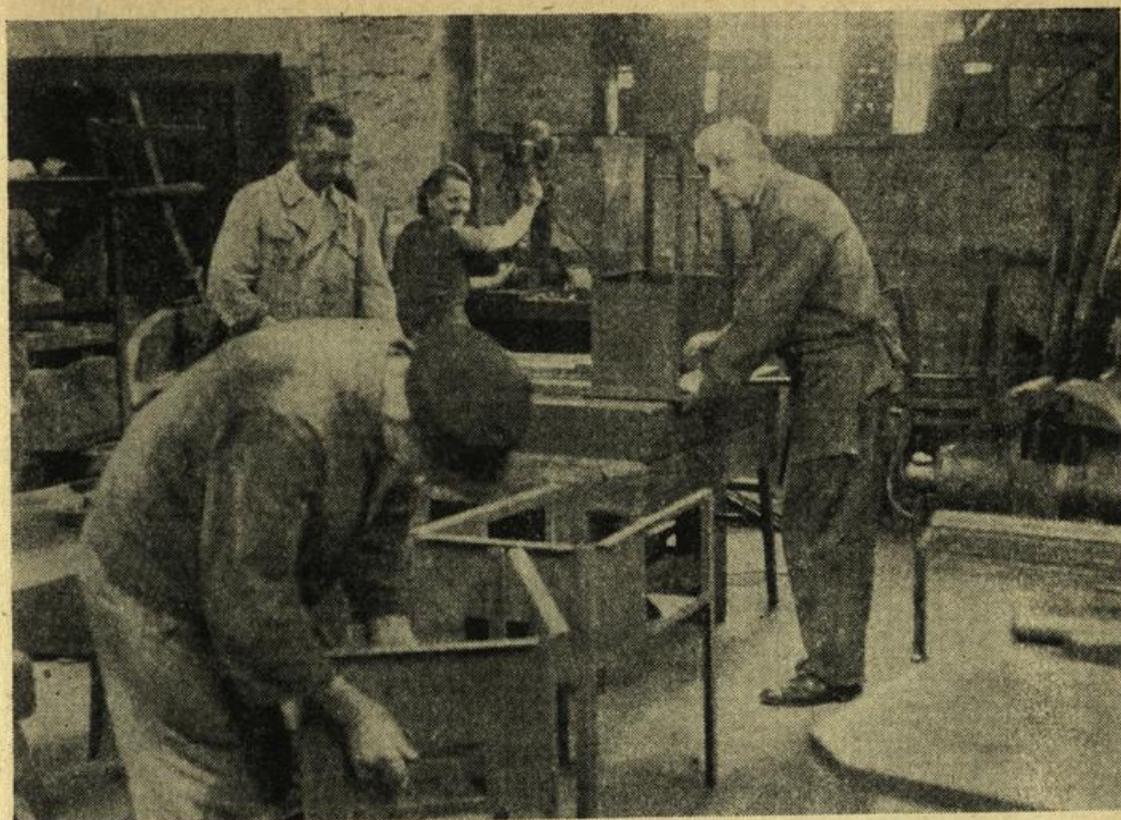
duziert hatte, wurde ein Teil der Maschinen als Wiedergutmachung demon-
tiert. Zugleich gaben jedoch die sowjetischen Genossen die Anregung, drin-
gend benötigte Reparaturarbeiten an Lokomotiven und Waggons durchzu-
führen. Bereits am 30. August 1945 konnte die erste reparierte Lokomotive
mit 30 Waggons übergeben werden. Der Stadtkommandant von Potsdam
Oberst Werin besuchte das Werk, um sich über den Stand der Produktion
zu informieren.



Genosse Arthur Berkholz,
einer der Aktivisten der ersten Stunde,
Mitglied der KPD seit 1922,
Träger des Vaterländischen
Verdienstordens in Silber

Zur gleichen Zeit hatten auch die gesellschaftlichen Kräfte mit der Arbeit
begonnen. Schon am 11. Mai 1945 kamen Mitglieder der Kommunistischen
Partei Deutschlands, unter ihnen die Genossen Max Bolz und Arthur Berk-
holz, zu einer ersten Beratung zusammen. Einen Tag später trafen Mitglie-
der der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen der Genosse Walter Hö-
stermann, zur Versammlung zusammen. Als sich KPD und SPD im Früh-
jahr 1946 zur SED vereinigen, zählte die Betriebsgruppe bereits 150 Mit-
glieder; die Genossen Max Bolz und Walter Höstermann werden zu Vor-
sitzenden gewählt. Am Vereinigungsparteitag in Berlin nahm als Delegier-
ter der Genosse Rudolf Krohse teil.

Der erste Großauftrag für das Werk ist für die Sowjetunion bestimmt. Es
sind 500 Lokomotiven der Type GR, 250 PS, Schmalspur, für die sowjeti-
sche Forstwirtschaft.



Zur ersten Produktion gehörten Kochherde für die Häuser der Neubauern (1946)

Bei der feierlichen Namensgebung des Betriebes zu Ehren des 100. Jahrestages der Revolution von 1848/49, des 100. Jahrestages des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes und des II. Deutschen Volkskongresses im März 1948 wird bereits die 100. Lokomotive der Baureihe GR übergeben. Mit der Produktion von Siedlerherden hat das Werk auch einen Beitrag zur Unterstützung des Bodenreformbauprogramms geleistet.

Der Name „Karl-Marx-Werk“ war eine Auszeichnung, die von den Arbeitern zugleich als Verpflichtung verstanden wurde. Am 13. Oktober 1949 wurden erstmalig Aktivisten ausgezeichnet. Zu den zwanzig Ausgezeichneten gehörten:

Paul Köppe, Meister in der Mechanischen Werkstatt,

Paul Jock, Arbeiter im Zuschnitt,

Fritz Biste, Meister in der Montage,

Josef Schubert, Konstrukteur,

Fritz Vogel, Arbeiter in der Montage,

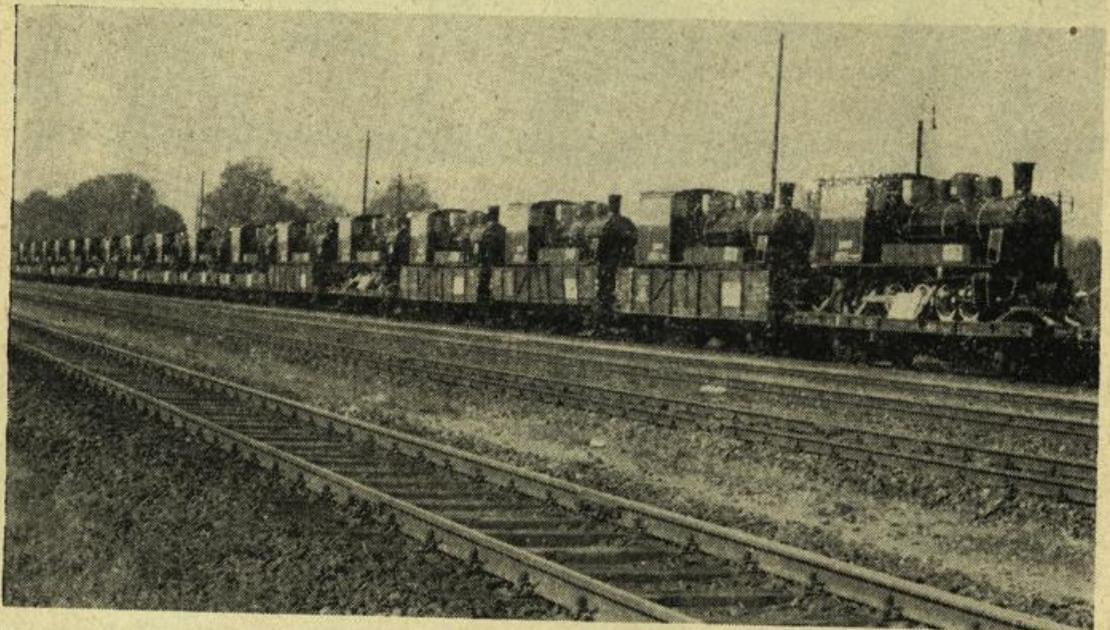
Otto Triebener, Leiter der Berufsschule,

Paul Gerth, Arbeiter im Tenderbau.

Von den 56 eingereichten Verbesserungsvorschlägen konnten 31 mit einem Nutzen von 64 248 Mark realisiert werden.

Neuen Auftrieb erhielt die Aktivistenbewegung durch den Besuch des sowjetischen Schnelldreher Pawel Bykow. Schon vorher hatten sich Mitglieder der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, unserer heutigen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, zu einer Betriebsgruppe zusammengeschlossen. Der Besuch Pawel Bykows leitete eine vielfältige Zusammenarbeit mit sowjetischen Arbeitern ein. Besonders nachhaltig wirkte der Besuch des Genossen Nikolai Kusmin (1954), der das Werk 1966 noch einmal besuchte und seine hohe Wertschätzung für die erreichten Erfolge zum Ausdruck brachte.

Ende der fünfziger Jahre machte der technische Fortschritt eine Umstellung der Produktion erforderlich. Bald nach der Auslieferung der 3000. Lokomotive aus der Produktion seit 1947 beschließt der RGW die Empfehlung an die DDR, schrittweise mit dem Bau von Großdiesellokomotiven zu begin-



Bereit zum Export in die Sowjetunion: Schmalspurlokomotiven der Type GR zum Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft (Produktion von 1947 bis 1954)

nen. Das Karl-Marx-Werk erhält einen entsprechenden Auftrag, am 30. November 1958 beginnt die Fertigung des 1. Baumusters der Lokomotive V 180 B' B'. Für das Jahrzehnt der sechziger Jahre sind Diesel-Loks die Hauptproduktion des Karl-Marx-Werkes. Das ist einfach gesagt. Aber wieviel Schweiß und Arbeit verbirgt sich hinter diesem Ergebnis! Für die neue Produktion war eine neue Qualität der Arbeit erforderlich. Moderne Anlagen, neue Fertigungsprinzipien und -verfahren gaben der Produktion jetzt das Gepräge.



Brigade „German Titow“ aus der Lokmontage, 1964. In der Mitte der obersten Reihe Genosse Erhard Radtke, der Brigadier. Genosse Radtke ist Kandidat des Zentralkomitees der SED, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold. Heute arbeitet er als Meister im Rationalisierungsmittelbau

Mit den Aufgaben wuchsen auch die Menschen. Genosse Günter Heidebrecht gehörte zu ihnen. Seine Tätigkeit als Leiter begann 1956 als Jugendbrigadier. Während dieser Zeit entwickelten sich solche hervorragenden Kollektive wie die Jugendbrigaden „Walter Klausch“, „John Schehr“ und „Wostok IV“, die alle unter seiner Leitung standen. Günter Heidebrecht konzentrierte sich besonders auf die technisch-technologische Erneuerung von Arbeitsprozessen. Das Ergebnis: 122 Neuerervorschläge mit einem Nutzen von 140 000 Mark. Für diese Leistungen wurde Genosse Günter Heidebrecht mit dem Titel „Held der Arbeit“ geehrt. Durch intensives Studium qualifizierte er sich zum Meister und zum Ingenieur.

Der 1. Januar 1970 ist ein denkwürdiger Tag in der Betriebsgeschichte des Karl-Marx-Werkes. Es wurde der VVB Luft- und Kältetechnische Anlagen angeschlossen. Die neuen Wachstumsbedingungen erforderten Schlußfolgerungen, um die Vorzüge der Kooperation und Spezialisierung besser nutzen zu können.

Als einer der ersten übernahm Genosse Erhard Radtke, bisher mit seiner Brigade „German Titow“ leidenschaftlicher Diesellokbauer, mit seinem Kollektiv die neue Produktion von Klimablöcken. Viele Probleme und Schwierigkeiten

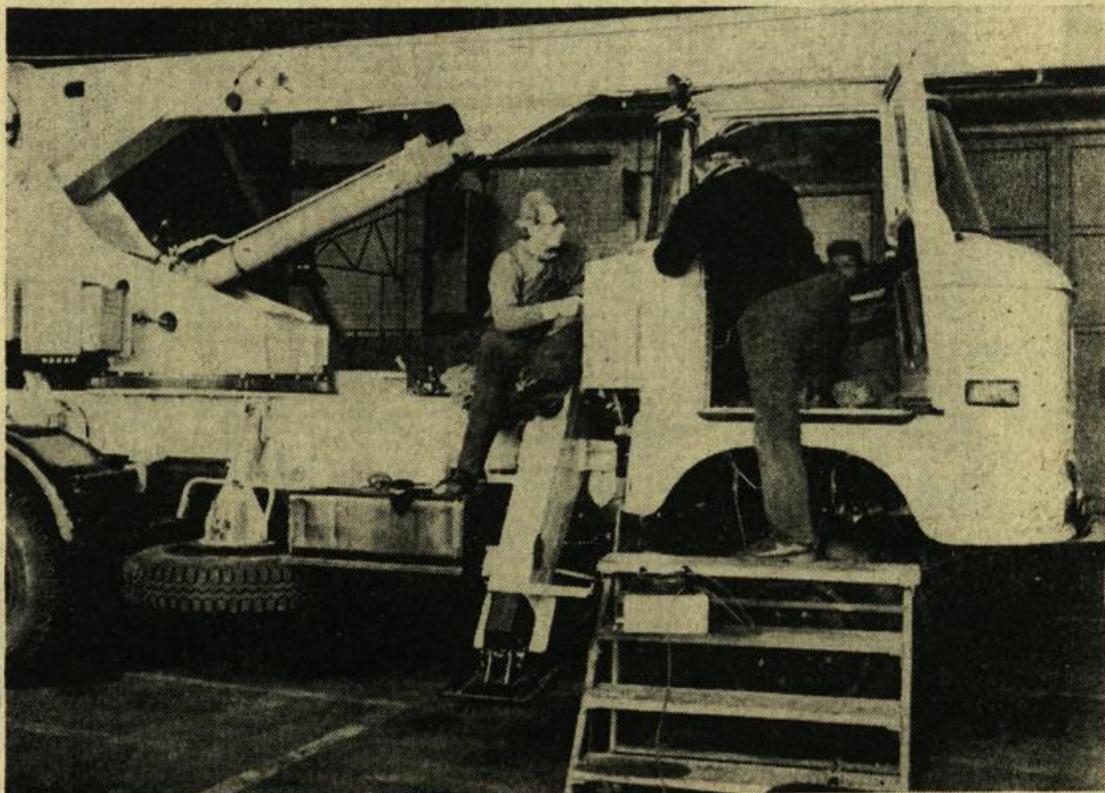


Die V 180, eine Diesellok mit 2000 PS, war viele Jahre die Hauptproduktion des Karl-Marx-Werkes. Blick in die neue Montagehalle, 1965

rigkeiten mußten überwunden werden, bis der Produktionsfluß bei den Klimablöcken, Klimageräten und Dampfbefeuchtungsgeräten klappte. Mit dem Erzeugnis, welches in seiner Fertigung besondere Ansprüche an Sauberkeit stellte, veränderten sich auch die Hallen, Produktionsabschnitte und Ar-



Mitglieder der Brigade „Karl Marx“, in der Mitte vorn der Brigadier, Genosse Heinz Gensicke. Seit 30 Jahren gehört er zur Kampfgruppe, um zuverlässig zu schützen, was er erarbeitet. Genosse Gensicke wurde mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.



Montage des Autodrehkranes ADK 80. Immer enger verbindet sich die Produktion des Karl-Marx-Werkes mit dem Autowerk Ludwigsfelde

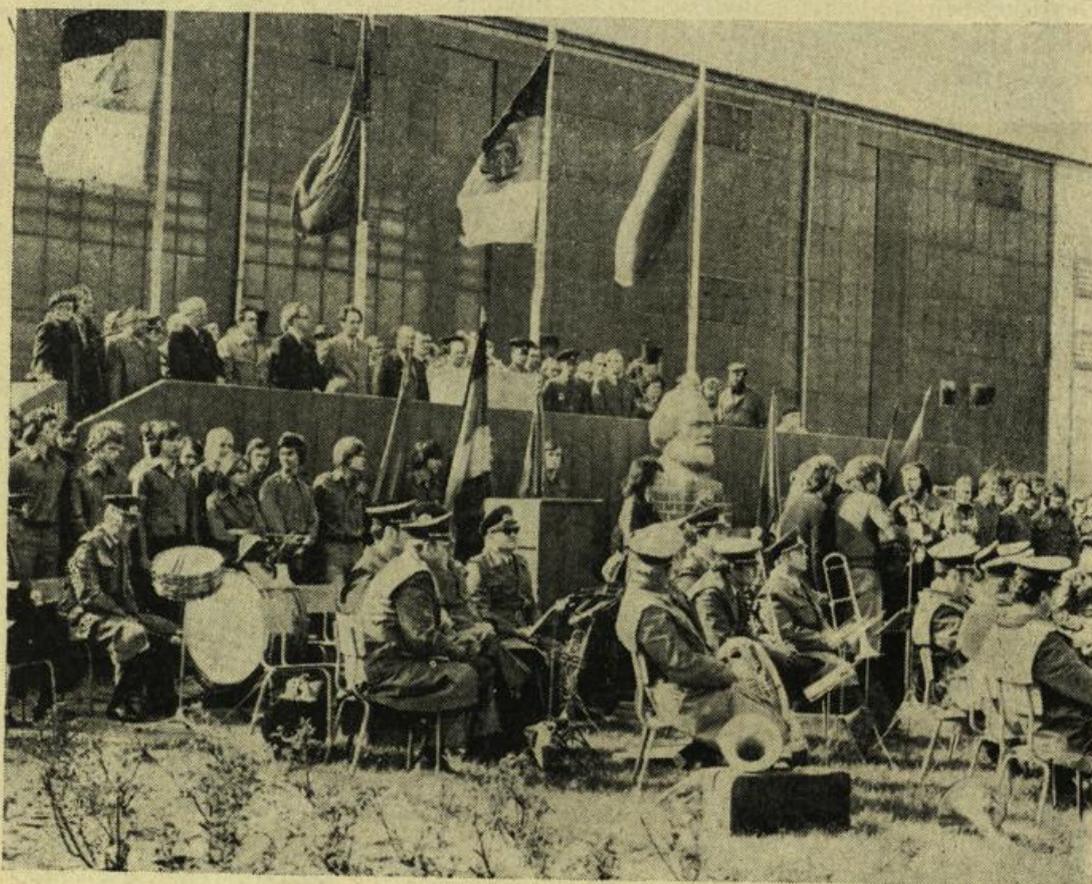
Hochschulbibliothek
D'othek Geschichte

beitsplätze in bezug auf Ordnung und Sauberkeit. Es fiel Erhard Radtke nicht leicht, denn auch das Meisterstudium wollte bewältigt sein. Aber das Kollektiv der Karl-Marx-Werker schaffte es. Im Dezember 1973 wurde der Betrieb für die Produktion von luft- und klimatechnischen Erzeugnissen als „Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit“ ausgezeichnet.

Genosse Erhard Radtke erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Das Vertrauen seiner Genossen delegierte ihn zum IX. Parteitag der SED. Er wurde zum Kandidat des Zentralkomitees der SED gewählt. So beantwortete Genosse Erhard Radtke die Frage, die er 1967 in einer Pressediskussion in der „Märkischen Volksstimme“ aufgeworfen hatte: „Was machst Du mit Deiner Macht, Kollege?“

Die Mächtausübung ist für viele Karl-Marx-Werker fester Bestandteil ihrer Arbeit. In vielen Jahren standen die Namen der Genossen Emil Kroffke und Klaus Hildebrandt in der Liste der Potsdamer Stadtverordneten.

Die siebziger Jahre brachten eine erneute Produktionsumstellung. Die veränderte Investitionsstruktur verringerte den ursprünglich vorgesehenen Bedarf an Klimatechnik. Diese neue Produktionsumstellung erforderte viel



Kampfmeeting zum Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1978. Zu seinen Kollegen spricht der Kandidat des Zentralkomitees der SED, Genosse Erhard Radtke

Verständnis. Aber die Karl-Marx-Werker haben sich seit jeher davon leiten lassen: Was zur Stärkung der Republik notwendig ist, muß getan werden – auch wenn es manchmal nicht angenehm ist und zusätzliche Kräfte und Anstrengungen abverlangt.

Als dann an einem Növenbermmorgen 1973 das erste Mal ein Autodrehkran, ein ADK 125, im Werk stand und ihn die Genossen und Kollegen aus allen Bereichen in Augenschein nahmen, da wurden bereits solche Stimmen laut: „Jungs, das ist was für uns! Hier ist noch manches herauszuholen!“

Wie die Karl-Marx-Werker diese Aufgabe gelöst haben? Am 6. Februar 1974 wurde dem Betrieb für gute Wettbewerbsleistungen die höchste Auszeichnung unseres Staates, der Karl-Marx-Orden, verliehen!

Über all dem steht einfach aber gewichtig ein Wort, das der Genosse Heinz Gensicke für sich, für seine Brigade „Karl Marx“ und für den gesamten Betrieb geprägt hat: „Wir ehren Karl Marx, indem wir hohe Taten für die Produktion vollbringen.“

Heinz Gensicke – Arbeiter, Brigadier, seit 30 Jahren Mitglied der Kampfgruppe, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold – sein Name steht für alle Karl-Marx-Werker. Der Geist von Karl Marx lebt in ihren Taten.

Martin Luther und die Mark Brandenburg

Von Joachim Schulz

Die Luther-Ehrung in der Deutschen Demokratischen Republik hat zu einem vertieften Verständnis der Größe Luthers als Initiator der Reformation geführt. Luthers progressives Erbe ist aufgehoben in der sozialistischen deutschen Nationalkultur.

Aus der Pflege des lutherischen Erbes ergeben sich auch vielfältige Anregungen für die Heimatgeschichtsforschung, denn die meisten Stätten seines Wirkens – Eisleben, Magdeburg, Eisenach, Erfurt und Wittenberg – liegen auf dem Territorium unseres Staates. Der Bezirk Potsdam hat solche historisch bedeutsamen Stätten nicht. Luther visitierte im Auftrage seines Lan-

desherrn die kirchlichen Verhältnisse in den Städten Belzig und Brück, die damals dem Kurfürsten von Sachsen unterstanden (1530).

Am 8. August 1532 weilte Luther anlässlich einer Taufe bei seinem Freund Konrad Cordatus in Niemeck, dort hat er auch gepredigt. Schließlich gibt es eine nicht schriftlich belegbare Überlieferung, wonach Luther auf einer seiner Reisen, wohl nicht 1530, sondern nach 1537, angeblich aus einem Brunnen bei Dietersdorf, jetzt Kreis Jüterbog, während der Rast getrunken



Martin Luther als Augustinermönch. Nach einem Holzschnitt von Lukas Cranach

haben soll. So entstand hier der Ortsteil Luttersbrunn oder Luherbrunnen.¹⁾ Es bestehen aber vielfältige Wechselbeziehungen zwischen der Mark (dem Kurfürstentum) Brandenburg und Martin Luther. Sie sollen hier näher betrachtet werden, weil sie das politische und gesellschaftliche Umfeld beleuchten, in dem Martin Luther wirkte.²⁾

In der Mark Brandenburg regierten die Hohenzollern. Nach dem Tod des Kurfürsten Johann war 1499 der erst fünfzehnjährige Joachim I. zur Regierung gekommen. Unter den Fürsten ragte er durch seine Bildung, die er unter dem Einfluß des Abtes Trittenheim erworben hatte, hervor; sie brachte ihm den Beinamen Nestor ein. Joachim hatte noch einen sechs Jahre jüngeren Bruder, Albrecht. Die Erbfolge im Hause Hohenzollern war 1473 so geregelt, daß beim Vorhandensein mehrerer Erben die Mark Brandenburg stets ungeteilt dem Erstgeborenen zufallen sollte. Der Zweitgeborene sollte die fränkischen Besitzungen erhalten. Dort regierte aber Friedrich, der jüngere Bruder des verstorbenen Kurfürsten Johann, erfreute sich bester Gesundheit und hatte acht Söhne. (Auf einen der Söhne, Albrecht, werden wir noch einmal zurückkommen.) Eine Übertragung der fränkischen Besitzungen auf Albrecht war also aus „Familiären Gründen“ nicht opportun. So sah sich Bruder Joachim nach einer anderen Laufbahn für seinen jüngeren Bruder um. Sein Blick richtete sich auf die Kirche; viele Söhne und Töchter der Fürsten und des Adels wurden bereits in kirchlichen Ämtern gut versorgt. So trat Albrecht schon 1502 in den geistlichen Stand, wurde 1506 im Alter von 16 Jahren bei der Einweihung der Universität Frankfurt durch den Bischof von Lebus, Dietrich von Bülow, zum Priester geweiht und bald danach Domherr. Aber das genügte dem kurfürstlichen Bruder noch nicht. Mit etwas diplomatischem Geschick und reichlich Geld waren selbst hohe kirchliche Ämter käuflich (sog. Simonie). Durch Joachims Einfluß wurde Albrecht 1513 Bischof von Halberstadt und Erzbischof von Magdeburg, ein Jahr später auch Erzbischof von Mainz. Der Erzbischof von Mainz war Primas der Kirche in Deutschland, er war einer der sieben Kurfürsten und Erzkanzler des Deutschen Reiches. Diese Funktionen übte Albrecht mit 24 Jahren aus. Sie bedeuteten einen Machtzuwachs für das Haus Hohenzollern, in dessen Hand sich nunmehr zwei der sieben kurfürstlichen Stimmen für die nächste Kaiserwahl befanden.

Nach der Wahl zum Erzbischof von Mainz mußte Albrecht die päpstliche Bestätigung und das geweihte Pallium (den Mantel) für die außerordentlich große Summe von 30 000 Dukaten von Rom einholen. Papst Leo X. wußte, was diese Stellung den Hohenzollern wert war. Aber eine solche Summe baren Geldes hatte weder Albrecht noch Joachim, sie wandten sich an das Bankhaus Fugger, das bereitwillig half. Erzbischof Albrecht machte den Vorschlag, für seinen Amtsbereich und die Mark Brandenburg einen neuen Ablass auszuschreiben, um durch seinen Verkauf an die Gläubigen das Geld für das Pallium wieder einzutreiben. Der Vorschlag fand die päpstliche Zu-

stimmung, das Bankhaus Fugger überwachte den Geldeingang und sicherte sich dadurch die Rückzahlung des Kredites einschließlich der Zinsen, der Dominikanermönch Johann Tetzel wurde mit der Vertreibung des Ablasses beauftragt. Er hatte darin Erfahrung.

Bekanntlich hat nun der Ablasshandel Tetzels, die marktschreierische Art und das nur auf Geldeinnahme gerichtete Auftreten, den eigentlichen Anlaß für den Thesenanschlag Martin Luthers und damit für den Beginn der Reformation gegeben. Es hat auch schon vordem Ablass, verbunden mit Geldschneiderei, gegeben, auch kritische Stimmen dagegen (z. B. durch den 1481 verstorbenen humanistischen Professor Johann von Wesel). Aber 1517 war der gesellschaftliche Zustand erreicht, wo man sagte: Das Maß ist voll.

JOHANNES · TECELIUS · PIRNENSIS

Dominicanus, Nundinator Romani Pontificis, anno

1517. ἀμεγάλανδρον LUTHERO territus & in fugam versus,
 uti talis ejus effigies visitur in templo Pirneā.

O ihr Deutschen mercket mich recht/
 Des heiligen Vaters Papstes Knecht
 Bin ich/ vnd bring euch jhr allein
 Zehn tausent vnd neun hundert carein/
 Gnad vnd Ablass von einer Sünd/
 Vor euch/ ewr Eltern/ Weib vnd Kind/
 Sol ein jeder gewehret seyn/
 Soviel ihr legt ins Kästlein/
 So bald der Südn im Becken klinge/
 Im huy die Seel in Himmel springt.



Berühmtes Flugblatt über den Ablasskrämer Johannes Tetzel

Tetzels Geschrei brachte es zum Überlaufen. Martin Luthers Thesenanschlag fand schnell gewaltigen Widerhall.

Nun gehörte Wittenberg, obwohl kursächsisch, zum Sprengel des Bischofs von Brandenburg, dieser wiederum unterstand dem Erzbischof von Magdeburg. Bischof Hieronymus Scultetus (Schulz), Sohn eines Freischulzen aus Gramschütz bei Glogau, war zudem enger Vertrauter des Kurfürsten Joachim, den er auf vielen Reisen, vor allem zu den Reichstagen, begleitete. Bei dieser Struktur ist es nicht verwunderlich, daß Luther seinen Thesenanschlag als Aufforderung zu einer Disputation seinen unmittelbaren Vorgesetzten, Bischof Hieronymus und Erzbischof Albrecht, zur Kenntnis brachte.

Unsere Kenntnis der internen Vorgänge in der Kirchenführung sind unzureichend; die Überlieferung in Brandenburg über den Bischof Hieronymus sagt darüber nichts aus.

Es ist bekannt, daß Luther überrascht war, als der Abt des berühmten und reichen Zisterzienserklosters Lehnin bei ihm mit einem Brief des Bischofs erschien und freundlich mit ihm redete. Anfang des Jahres 1519 bemühte sich sogar der Bischof Hieronymus selbst nach Wittenberg, um den freiherrlichen Mönch väterlich zu ermahnen, ein so gewagtes Spiel mit dem Papst und der Kirche nicht zu unternehmen.

Wie kann diese Haltung des Bischofs Hieronymus von Brandenburg erklärt werden? Sympathisierte er selbst mit der Reformation? Aus seiner späteren Haltung wissen wir, daß das nicht der Fall war. Was war es dann? Es ist nur die Erklärung möglich, daß die Machtmittel des Bischofs von Brandenburg nicht ausreichten, um die lutherische Ketzerei im Keime zu ersticken, so wie das in vorhergehenden Zeiten möglich war. Betrachten wir die Umstände genauer. Der Bischof war machtlos ohne das weltliche Schwert. Wittenberg aber war kursächsisch, und Kurfürst Friedrich von Sachsen (der Weise); hielt seine starke Hand über sein Territorium. Er hatte dafür gesorgt, daß die von ihm gegründete Universität Wittenberg (1502) mit den vom Papst bestätigten Privilegien ausgestattet worden war, die ihre Angehörigen schützte („akademische Freiheit“). Selbst der Rat der Stadt Wittenberg hatte sich wenige Jahre zuvor (1512) über die Befugnisse des Bischofs hinweggesetzt und einen unliebsamen Geistlichen kurzerhand ins Gefängnis geworfen. Und endlich gehörte Martin Luther dem Mönchsorden der Augustinereremiten an, der eine privilegierte Stellung einnahm; der Orden übertrug Luther 1510 die Klärung von Ordensangelegenheiten in Rom; sein Ordensvorgesetzter von Staupitz förderte seine Berufung nach Wittenberg und seine Promotion zum Doktor der Theologie. Es blieb also dem Bischof von Brandenburg nicht viel mehr als väterliche Ermahnung.

Die Hohenzollern versuchten einen anderen Weg. Die 1506 gegründete Universität Frankfurt an der Oder griff zugunsten des Kurfürsten und seines erzbischöflichen Bruders in den Streit um den Ablass ein. Wir können nicht

nachweisen, ob ein „Wink von oben“ den Anstoß gegeben hat oder allein schon der Konkurrenzneid gegenüber der auf einen Schlag berühmt gewordenen Universität Wittenberg genügte. Jedenfalls kam die Initiative Joachim und Albrecht sehr entgegen. Der Rektor der Universität, der scholastische Theologe Conrad Koch, gewöhnlich Wimpina (nach der Stadt Wimpfen am Neckar, wo er die Jugend verbrachte) genannt, verfaßte 156 Sätze, womit die 95 Thesen Luthers bekämpft werden sollten. In einer großen Disputation an der Universität sollte Tetzl die Thesen verteidigen. Der Franziskanermönch Johann Knipstrow trat als Verteidiger Luthers auf, allein selbst in diesem Scheingefecht ließ sich Tetzl in seiner Unwissenheit in die Enge treiben. Trotzdem erkannte ihm die theologische Fakultät die Würde eines Doktors der Gottesgelahrtheit und der Heiligen Schrift zu. Der Aufwand lohnte sich jedoch nicht, die Zahl der Anhänger Luthers nahm weiter zu. Kurfürst Joachim mußte seinen Kampf gegen Luther, der die Geldgeschäfte des Hauses Hohenzollern so arg gestört hatte, auf anderer Ebene führen. Auf dem Reichstag in Worms sah der Kurfürst Martin Luther (wahrscheinlich das einzige Mal) persönlich. Kurfürst Joachim gehörte auch der eigens gebildeten Kommission an, die Luther zum Widerruf bewegen sollte (an der Seite des Kurfürsten der Bischof von Brandenburg Hieronymus Scultetus.) Kurfürst Joachim gehörte zu den Reichsfürsten, die den Reichsabschied, welcher Luther mit allen seinen Anhängern für offenbare Ketzer erklärte, voll unterstützten. Er unterschrieb ihn sogar eigenhändig. Das hielt den Kurfürsten aber nicht ab, sich denjenigen Fürsten anzuschließen, welche dem Kaiser Karl V. die 101 Beschwerden deutscher Nation übergaben, in denen die arge Willkür des Römischen Hofes scharf gerügt und überhaupt der erbärmliche Zustand der Kirche nachdrücklichst bezeichnet wurde. Offenbar war Joachim Realist genug, um zu erkennen, daß das Geschäft mit dem Ablass eine Sache war, die Ausnutzung der Reformation zur Stärkung der landesherrlichen Gewalt jedoch eine andere. Zunächst versprach sich der Kurfürst jedoch mehr von einem Zusammengehen mit dem Kaiser und dem Papst. 1524 erneuerte Kurfürst Joachim sein früheres Verbot gegen das Lesen der Schriften Luthers, mit namentlicher Aufführung der verdeutschten Bibel. Dagegen gestattete er den Gebrauch einer von katholischen Gelehrten übersetzten Bibel. Er nahm diese Erlaubnis auch nicht zurück, als der Papst ihn darum ersuchte, womit er offenbar seine Selbständigkeit hervorheben wollte.

Aber nicht nur bei der märkischen Bevölkerung, Adel und Geistlichkeit eingeschlossen, sondern in der Familie der Hohenzollern selbst setzte sich der lutherische Geist immer stärker durch.

1525 trat Markgraf Georg von Brandenburg, ein Cousin des Kurfürsten Joachim, mit seinen fränkischen und schlesischen Besitztümern (Herzogtum Jägerndorf) zur evangelischen Lehre über.

Ihm folgte sein Bruder Albrecht, seit 1511 (er war damals 21 Jahre alt!)

Hochmeister des Deutschen Ritterordens in Preußen. Er wandelte den katholischen Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum um, dessen Herzog – selbstverständlich – er selbst wurde. Als Dank für die Absicherung mußte er die polnische Oberhoheit anerkennen; da der König von Polen sein Onkel war, ließ sich das bewerkstelligen. Eine Konsultation mit Luther beruhigte auch das Gewissen des ehemaligen Hochmeisters. Das war, wie der Leib-Historiker der Hohenzollern, Heinrich von Treitschke, sagte, der „verwegenste Griff“ des Protestantismus, ein „Raub“, den die römische Kurie niemals verzeihen konnte. Persönlich schmerzhaft war es für Joachim, daß sich auch seine Gemahlin Elisabeth, eine dänische Prinzessin, Luther anschloß, sich von ihm trennte und in Kursachsen Wohnung nahm. Um diesen Übertritt Elisabeths hat die Legende viele Ranken geschlungen.

Selbst Joachims Bruder, Erzbischof – jetzt auch Kardinal – Albrecht, fand inzwischen die Reformation so unübel nicht.

Albrecht spielte mit dem Gedanken oder dem Plan, sich nach einem völligen Bruch Deutschlands mit Rom zum Haupte einer deutschen Nationalkirche zu machen. Wenn selbst Bruder Joachim sagt, daß Albrecht „nur Geld und Gewinn suchte durch alle Mittel“, dann können wir darin Hintergründe dieser Gedanken oder Pläne erkennen. Jedenfalls schickte er zu Luthers Hochzeit – man bedenke: ein Kardinal zur Hochzeit eines eidbrüchigen Mönches mit einer eidbrüchigen Nonne! – zwanzig Goldgulden. Auch nahm Albrecht Luthers Ermahnung, sein unzüchtiges Zölibat aufzugeben, zu heiraten und sein Bistum zu säkularisieren, mit einer Nachsicht auf, welche in Rom ernste Besorgnis erweckte. Erst später erkannte Luther, daß Albrecht „auf zwei Achseln trug“, sowohl seinen Vorteil aus seiner Stellung als Kardinal zog als auch gegen hohe Geldsummen das lutherische Bekenntnis gestattete. Auf keinen seiner Gegner hat Luther so heftig geschimpft wie auf das „Früchtlein zu Halle“, (der Lieblingsresidenz Albrechts), dem ein Galgen gebühre, dreimal so hoch wie der Giebichenstein.

Kurfürst Joachim blieb seiner Linie treu. Auf dem Reichstag zu Augsburg sprach er sich für Papst und Kaiser und gegen Luther aus. Wie sehr seine Auffassung sich aber schon von den Bedürfnissen des Landes entfernt hatte, zeigte das Verhalten seiner Söhne Joachim II. und Johann. Sie reisten vorzeitig aus Augsburg ab und widmeten sich in Vertretung ihres Vaters der Verwaltung des Landes, nicht ohne vorher ihrer Mutter in der kursächsischen Emigration und auch Martin Luther einen Besuch abgestattet zu haben. Der Umschwung in der Mark Brandenburg kündigte sich an. 1535 starb Joachim im Alter von 52 Jahren in Stendal, er wurde in Lehnin beige-setzt. Kurfürst wurde sein Sohn Joachim II., in den östlichen Landesteilen regierte sein Bruder Johann (Hans von Köpenick) mit dem Titel eines Markgrafen. Trotzdem sollten noch vier Jahre bis zur Einführung der Reformation vergehen. Joachim II. hatte Rücksichten zu nehmen. Sein Onkel Albrecht war immer noch der erste geistliche Fürst des Reiches, auch wollte er sich die

Gunst des Kaisers erhalten. Noch komplizierter war das Verhältnis zu seinem Schwiegervater, dem streng katholischen König Sigismund von Polen. Joachim wollte Herzog von Preußen werden, dazu mußte er zum protestantischen Glauben schwören; wollte er es werden, mußte er katholisch wie sein schwiegerväterlicher Lehnsherr sein. Unzweifelhaft eine schwierige Aufgabe. Bruder Hans hatte nicht so viel Rücksichten zu nehmen, deshalb ging die Einführung der Reformation in den östlichen Landesteilen schneller voran. Trotz des Umsichgreifens des lutherischen Glaubens hatte die katholische Kirche in der Mark Brandenburg immer noch erhebliche Positionen inne. In der Mark gab es 9 Dom- und Kollegiatstifte, etwa 85 Klöster und zahlreiche Pfarrämter. Die reichsten Klöster waren Lehnin mit 113 Besitzungen, Diesdorf mit 82 und Chorin mit 68; aber auch die Stifte und Pfarreien hatten erheblichen Landbesitz. Die Zahl der Mönche wird um 1535 mit etwa 850, die der Nonnen mit 1000 angegeben. In Wusterhausen, einer Stadt, die damals 250 Häuser zählte, befanden sich 13 Nebenaltäre, in Treuenbrietzen 14, in Ruppin verteilten sich auf die Marienkirche und 6 Kapellen etwa 48 Altäre, entsprechend groß war die Anzahl der Priester, Kapläne, Altaristen und Kommendisten. Das kleine Ruppin hatte mit den priesterlichen Mönchen fast 100 Geistliche.

Bauern und Bürger stöhnten unter der Last der Abgaben; der Adel schaute begehrlieh auf die reichen Kirchenpfünde. Den größten Vorteil von einer Säkularisation der Kirchengüter hatte jedoch der Landesfürst. Er setzte die Visitationskommissionen ein, die endgültig über das Vermögen der Stifte, Klöster und Pfarreien zu entscheiden hatten und dafür Sorge trugen, daß der Landesherr nicht zu kurz kam.

Am 1. November 1539 nahm Kurfürst Joachim II. in der Nikolaikirche zu Spandau das Abendmahl in beiderlei Gestalt, dieses Datum steht für die Einführung der Reformation in der Mark.

Sie breitete sich, im Familienkreis schon häufig praktiziert, schnell aus.

Mit der Ausarbeitung einer neuen Kirchenordnung wurden Georg Buchholzer und Jakob Stratner betraut. In Hinblick auf die Lehre folgte man der sächsischen Kirchenordnung, auf Wunsch des Kurfürsten wurden jedoch die Gebräuche des Gottesdienstes soweit an die römisch-katholischen herangeführt, wie das nur mit den evangelischen Grundsätzen vereinbar war. Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß politische Rücksichten Joachim dazu veranlaßten.

Der Entwurf der Kirchenordnung wurde auch Martin Luther zur Begutachtung übersandt. Am 4. Dezember 1539 antwortete er, machte in seiner freimütigen Art aus seiner Abneigung gegen verschiedene Zeremonien keinen Hehl, gab aber doch seine Zustimmung. So stellt die 1540 bestätigte Kirchenordnung der Mark einen Kompromiß dar, mit dem Kurfürst Joachim II. versuchte, seine widerstreitenden Interessen und Absichten durchzusetzen und abzusichern. „Auf diese Weise erreichte Joachim II., was er

wollte: er wurde 'protestantisch' soweit, um das kirchliche Vermögen einzuziehen und gegebenenfalls Herzog von Preußen werden zu können, er blieb aber auch 'katholisch' soweit, um Kaiser Karl und König Sigismund nicht vor den Kopf zu stoßen." (Franz Mehring)

Für die Durchführung der Säkularisation mit Hilfe der Visitationsordnung von 1540 brauchte Joachim den geistlichen Rat Luthers nicht mehr.

In den Thesen über Martin Luther³⁾ wird festgestellt:

„Anfang 1523 begründete Luther das Säkularisationsprogramm der bürgerlich-gemäßigten Reformation. Dieses Programm verfolgte das Ziel, das geistliche Eigentum in weltlichen Besitz zu überführen, und zwar vorwiegend zum Nutzen der weltlichen Feudalherren, bürgerlicher Oberschichten und der Gemeinde.“

Die Betrachtung des Verhältnisses Martin Luthers zur Mark Brandenburg zeigt die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen politischen Forderungen und ideologischen Auffassungen in der antirömischen Bewegung, die im Verlauf der Reformation immer deutlicher hervortreten. Die Kämpfe und Widersprüche des Zeitalters der Reformation machen die Größe Martin Luthers deutlich, der als Wegbereiter der großen geistigen und politischen Auseinandersetzungen wirkte, mit denen Deutschland und Europa in die Epoche des Zerfalls des Feudalismus, der Herausbildung des Manufakturkapitalismus und der ersten bürgerlichen Revolution eintrat.

- 1 Der Autor dankt dem Bdfr. Dr. Gebhard Falk, Staatsarchiv Potsdam, für die Belege über die Besuche Luthers
- 2 Weitere Literatur zu diesem Thema:
Franz Mehring, Die Hohenzollern und die Reformation, in: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1964, S. 259
Spieker, Christian Wilhelm, Geschichte der Einführung der Reformation in die Mark Brandenburg, Berlin 1839
L. Oberheim, Die Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg, Landsberg a/W. 1839
Steinmüller, Paul, Einführung der Reformation in die Kurmark Brandenburg durch Joachim II., Halle 1903 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Schrift 76)
Müller, Adolph, Geschichte der Reformation in der Mark Brandenburg, Berlin 1839
Rosenow, Emil, Wider die Pfaffenherrschaft, Berlin Buchhandlung Vorwärts, o. J.
Holtze jun., Friedrich, Zur Geschichte der märkischen Reformation, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Leipzig 1889
- 3 Thesen über Martin Luther, in: Einheit 9/81, S. 890; Zitat S. 895

*Der „Tag von Potsdam“
am 21. März 1933 -
Ausdruck der Allianz des deutschen
Faschismus
mit dem preussischen Militarismus*

Von Hans Baruth

Am 30. Januar 1933 ernannte der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Reichspräsident den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Mit der Bildung einer Reichsregierung aus Naziführern und Konservativen konstituierte die Führungsschicht der deutschen Monopolbourgeoisie ihre faschistische Diktatur. Die Ernennung Hitlers erfolgte im Auftrage der reaktionärsten, aggressivsten und am meisten chauvinistischen Elemente des deutschen Finanzkapitals. Mit der faschistischen Diktatur sollten die Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt und der in Deutschland vor sich gehende Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung liquidiert werden. Damit sollte der Weg frei gemacht werden für die Verwirklichung des Kriegsprogramms des deutschen Imperialismus. Die KPD unter Führung Ernst Thälmanns hatte frühzeitig das Klassenwesen des Faschismus entlarvt. Mit ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von August 1930, mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan und dem Bauernhilfsprogramm von 1931, mit ihrer Orientierung auf ein breites antifaschistisches Kampfbündnis in der Antifaschistischen Aktion wies die KPD als einzige Partei den Werktätigen den Weg aus sozialer Notlage. Sie gab damit eine klare Alternative zum Faschismus. Am 25. Januar 1933 folgten 130 000 Berliner dem Ruf der KPD

zu einer gewaltigen antifaschistischen Demonstration zur „Einheitsfront der Tat gegen faschistischen Generalangriff“. Doch die rechten sozialdemokratischen Führer lehnten auch diesen Vorschlag ab, so daß die deutsche Arbeiterklasse weiterhin gespalten blieb. Selbst am 30. Januar 1933, als das Zen-



Prinz August Wilhelm („Auwi“) von Hohenzollern mit seinem Stab auf der Freitreppe der Nikolaikirche am „Tag von Potsdam“

tralkomitee der KPD der SPD und den Gewerkschaften den Vorschlag unterbreitete, die Errichtung der faschistischen Diktatur als „die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen“ mit einem Generalstreik zu beantworten, lehnten die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften diesen Vorschlag ab. Wäre es zu der von der KPD und vielen einfachen Mitgliedern der SPD angestrebten gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse gegen den Faschismus gekommen, hätte die verhängnisvolle Entwicklung verhindert werden können. Unendlich viel Leid wäre den Völkern und auch dem deutschen Volk erspart geblieben.

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident von Hindenburg entsprechend einem Antrag der Hitlerregierung den Reichstag auf. Für den 5. März 1933 wurden Neuwahlen festgesetzt. Diese Neuwahlen standen im Zeichen einer ständigen Eskalierung des faschistischen Terrors – besonders gegen die KPD und alle fortschrittlichen Kräfte – und einer sozialen Demagogie ohnegleichen.

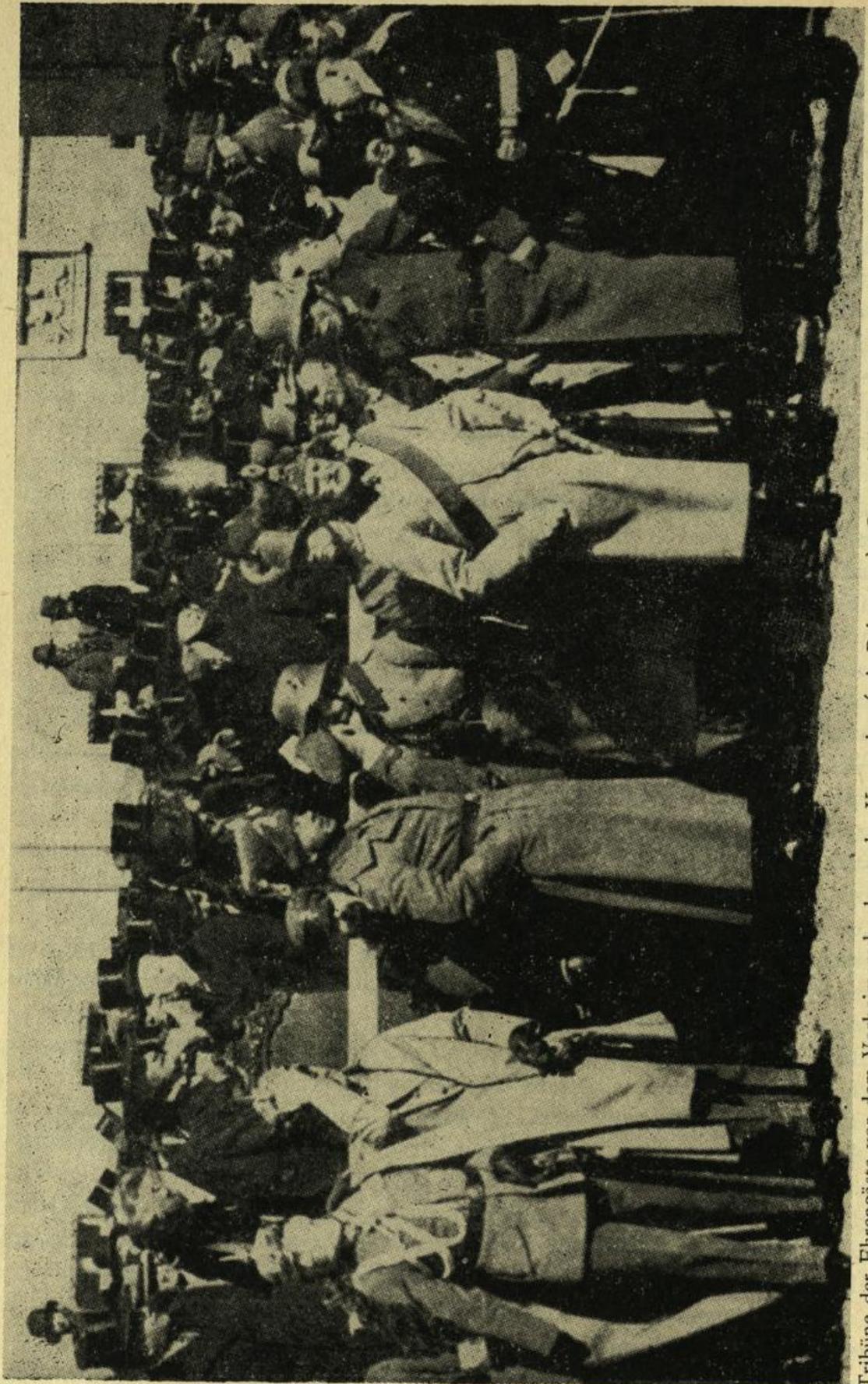
Ernst Thälmann hat auf der bereits illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD, die am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen stattfand, das Hitler-Hugenberg-Papen-Kabinett als offene faschistische Diktatur gekennzeichnet, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, als Regierung des imperialistischen Krieges, die die letzten spärlichen Rechte der Arbeiter vernichten und alle Formen des faschistischen Terrors anwenden werde. „Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation“, sagte Ernst Thälmann. „Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz.“ Thälmann traf in dieser Rede aber auch die wichtige Feststellung: „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen.“ Als wichtigste Aufgabe nannte Thälmann die Auslösung einer „Kette ununterbrochener miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und des Massenkampfes.“ Die Nazis boten alles auf, um den Wahlkampf der KPD zu behindern. Eine „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ brachte faktisch ganz Deutschland unter den Ausnahmezustand. Legal zu arbeiten war für die KPD kaum mehr möglich. Trotzdem kamen 15 000 Berliner in den Sportpalast zu einer Wahlkundgebung der KPD, auf der Wilhelm Pieck als Hauptredner den zunehmenden faschistischen Terror geißelte und die Werktätigen aufrief, die KPD zu wählen. Am 22. Februar erhielten die faschistischen Terrororganisationen und der Stahlhelm auf Betreiben Hermann Görings hilfspolizeiliche Befugnisse. Sie wurden nicht nur ermächtigt, sondern ausdrücklich angewiesen, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Aber alles das genügte den Faschisten noch nicht. Sie erwarteten von den Wahlen am 5. März eine solche Mehrheit im Reichstag, die es ihnen gestattete, die Hitlerregierung mit weitgehenden Vollmachten auszustatten. Dazu brauchten sie die wohlwollende Unterstützung der Reichswehr, d. h. ihrer konservativ eingestellten Führungsspitze.

In dieser Situation führten die Nazis eine systematisch vorbereitete Provokation durch. In den Abendstunden des 27. Februar 1933 stand das Reichstagsgebäude in hellen Flammen. Die Polizei verhaftete einen Holländer, van der Lubbe, als angeblichen Brandstifter. Tatsächlich war es gar nicht möglich, daß ein einzelner das Riesengebäude anzünden konnte; durch einen unterirdischen Gang, der das Reichstagsgebäude mit dem Palais des Reichstagspräsidenten Hermann Göring verband, werden die wirklichen Täter, vermutlich Angehörige eines ausgesuchten SA-Trupps, vielmehr entkommen sein. Göring hat sich später selbst dieses Verbrechens gerühmt. Für die Wahlen am 5. März wurde damit eine Progromstimmung gegen die Kommunisten erzeugt. Von der Vorbereitung der Provokation zeugt die Tatsache, daß noch in der Brandnacht in Deutschland über 10 000 Gegner des Faschismus nach vorbereiteten Listen verhaftet wurden, allein in Berlin 1 500, darunter führende Funktionäre der KPD wie Walter Stoecker, bekannte Schriftsteller und Publizisten wie Egon Erwin Kisch, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky und – ungeachtet ihrer parlamentarischen Immunität – Reichstagsabgeordnete der KPD wie Ernst Schneller und der SPD wie Carl Mierendorff. Am Tage darauf erließ Hindenburg unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, in der alle Grundrechte der Bürger außer Kraft gesetzt wurden, das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Brief-, Post- und Fernsprecheheimnis. Diese Notverordnung blieb bis 1945 in Kraft. Sie sollte Massenverhaftungen, Mißhandlungen und Mord legalisieren, unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurden die ersten Konzentrationslager errichtet. Am 3. März 1933 fiel auch Ernst Thälmann in die Hände der Faschisten.

In dieser Atmosphäre der Hetze und des Terrors fanden am 5. März die Reichstagswahlen statt. Trotzdem stimmten 4,85 Millionen Wähler für die KPD, 7,18 Millionen für die SPD. Trotz Stimmengewinn erreichte die NSDAP mit 43,3 % der Stimmen weder die absolute noch die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit.

Um das vorbereitete „Ermächtigungsgesetz“ durchzusetzen und die faschistische Diktatur zu konsolidieren, wurden zunächst die 81 Reichstagsmandate der KPD annulliert. Aber das reichte nicht aus. Betrugsmanöver und Versprechungen sollten die Parteien der bürgerlichen Mitte veranlassen, ihre Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ zu geben. Die faschistischen Führer suchten nach einer Möglichkeit, durch eine Propagandaschau den Eindruck



Tribüne der Ehrengäste vor dem Vorbeimarsch, davor der Kronprinz (mit Pelzmütze), Generalfeldmarschall von Mackensen und General von Seeckt

der Unterstützung der Hitlerregierung durch das ganze Volk zu erwecken und das Einschwenken der bürgerlichen und konservativen Politiker auf die faschistische Linie äußerlich zu rechtfertigen.

Bereits am 1. März (also noch vor den Wahlen) bestand die Absicht, den Reichstag in Potsdam zu eröffnen, da das Reichstagsgebäude nach dem Brand nicht mehr zur Verfügung stand.

Am 1. März 1933 um 3 Uhr nachmittags erhielt der Potsdamer Magistratsbeamte für Fragen des Fremdenverkehrs, Dr. Friedrich Bestehorn, einen Anruf des Ministerialrates im Reichsinnenministerium Dr. Kaisenberg mit etwa folgenden Worten: „Der Reichskanzler hat die Absicht, den neuen Reichstag in der Stadt Potsdam zu eröffnen. Wir haben uns bereits an die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin gewandt mit der Bitte, hierfür in Potsdam einen Saal zur Verfügung zu stellen. Die Schlösserverwaltung hat dies als unmöglich bezeichnet. Bei diesen Verhandlungen hat der Amtsrat Backschat auf Sie als alten Potsdamer aufmerksam gemacht, der vielleicht Rat schaffen könnte. Darum bitte ich nun.“ Diese Darstellung gibt Bestehorn 1937 und die faschistischen Machthaber haben ihm nicht widersprochen. Bestehorn berichtet weiter, daß er sich Bedenkzeit erbeten hätte und dabei zu dem Schluß gekommen wäre, daß hinsichtlich der Schlösser tatsächlich kein geeigneter Raum der erforderlichen Größe vorhanden sei. „Da schoß mir im letzten Augenblick der Gedanke an die Garnisonkirche durchs Gehirn“. Nach Ablauf der halben Stunde Bedenkzeit meldete Bestehorn dem Ministerialrat: „Es gibt in ganz Preußen-Deutschland nur einen Ort, an dem der erste Reichstag des nationalsozialistischen Staates eröffnet werden kann, nämlich die Garnisonkirche in Potsdam.“ Auf diese Meldung blieb Bestehorn lange ohne jede Antwort. Dann aber fielen nur die Worte: „Ich gehe sofort zum Minister, halten Sie sich weiter bereit.“¹⁾ Am Mittag des nächsten Tages wurde öffentlich bekanntgegeben, daß die Reichstagseröffnung in der Garnisonkirche in Potsdam stattfindet.

Hitler, Göring und Goebbels hatten offensichtlich sofort erkannt, welchen Propagandawert die Reichstagseröffnung in der Garnisonkirche für sie haben würde, welcher Eindruck damit besonders auf die „Herren“ der Reichswehr, die deutsch-nationalen Kräfte und die Konservativen, die monarchistisch eingestellt waren, zu machen sei. Zunächst wurde für die Garnisonkirche eine strenge polizeiliche Überwachung angeordnet. Der Polizeipräsident von Potsdam, Graf Helldorf, berichtet über „vorbereitende Maßnahmen“: „Mehrfache genaue Durchsuchungen der Garnison-Nikolai- und katholischen Kirche auf Feuersgefahr, Sabotage, Einschleichmöglichkeiten usw.. Kontrolle der besonders unter der Garnison- und Nikolaikirche befindlichen Kanäle und noch nicht vermauerten unterirdischen Gänge. Beobachtungen der Lokale, Bahnhöfe, Hotels, Gasthöfe und besonders eingehende Kontrolle der Herbergen, sowie Absteigequartiere usw. Die kommunistischen Funktionäre sind bis jetzt in einer Zahl von ca. 50 bereits festgesetzt, trotz-

dem weitere Beobachtung nach Neuernennung von 5 Männer-Gruppenführer op. – Razzien in den großen Laubengeländen in Nowawes und im Sonnenland haben bereits stattgefunden, weitere Beobachtung des Verkehrs in diesen verdächtigen Gebieten. – Die Potsdamer SA und SS ist angewiesen, auf Neuzuziehende in den einzelnen Häusern zu achten und beim Auftauchen verdächtiger Gestalten sofort hierher Mitteilung zu machen. Die Landespolizeibehörde ist veranlaßt worden, durch einen besonders hierfür bestimmten Offizier für möglichst starkes Aufstellen von Hilfspolizei und sofortige Inhaftierung aller verdächtigen staatsfeindlichen Elemente, die sich in der näheren oder weiteren Umgebung Potsdams bemerkbar machen, zu sorgen. Diese Maßnahme hat bereits zur Festnahme von etwa 30 Funktionären der KPD im Kreis Zauch-Belzig geführt.⁽²⁾ Auch für den 21. März wurden umfangreiche Sicherungsmaßnahmen eingeleitet, einschließlich der Stationierung polizeilicher Scharfschützen auf den Dächern.

Daneben liefen die organisatorischen und propagandistischen Vorbereitungen auf Hochtouren. Zunächst ging es der Naziführung darum, den Widerstand der Vertreter des Oberkirchenrates, geführt von dem damaligen Generalsuperintendenten der Kurmark Dr. Otto Dibelius, zu überwinden. Dibelius sträubte sich dagegen, den Faschisten die Kirche ohne weiteres zur Verfügung zu stellen. Niemals würde die oberste Kirchenbehörde zulassen, daß ein Reichstag das Gotteshaus zu einer Versammlung benutzen dürfe. Der Widerstand des Oberkirchenrates war so heftig, daß selbst die Presse jener Tage darüber berichten mußte. So mußte der ursprüngliche Plan dahingehend modifiziert werden, daß nur der eigentliche Festakt in der Kirche vor sich gehen sollte, während die erste Sitzung im Anschluß hieran im Langen Saal (unmittelbar neben der Garnisonkirche, durch den Bombenangriff zerstört; das Portal wurde kürzlich restauriert,) stattfinden könnte. Der Lange Saal erwies sich aber als ungeeignet, deshalb wurde für die erste Sitzung die Krolloper in Berlin vorbereitet.

Der Eröffnung des Reichstages sollte ein evangelischer und ein katholischer Gottesdienst vorangehen. Hierfür wurde die Nikolaikirche und die katholische Kirche St. Peter und Paul ausgewählt. Für die propagandistische Vorbereitung hatte Hitler die Grundrichtung angegeben: „Es gibt kein höheres Symbol, als daß nach dem Verbrechen im Reichstage jetzt die nationale Regierung nach Potsdam geht, um an der Bahre des großen, unsterblichen Königs in der Garnisonkirche das neue Werk des deutschen Wiederaufbaus zu beginnen.“ Goebbels hatte für die entsprechende Menschenmenge und für die Übertragung durch alle Rundfunksender zu sorgen.

Zum 21. März 1933 versammelte sich in Potsdam alles, was „Rang und Namen“ hatte.

Um 10.30 Uhr beginnt der Gottesdienst in der Nikolaikirche, an dem von Hindenburg, Hermann Göring und auch Prinz August Wilhelm von Hohen-

zollern (in SA-Uniform, unser Bild) teilnehmen. Die Predigt hält General-superintendent Dr. D. Otto Dibelius, der sich noch vor kurzem, um seine Unabhängigkeit zu zeigen, gesträubt hatte, über das Wort „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“ (Römer 8, Vers 31) In seiner Predigt sagte er: „Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn der Staat ist Macht. Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muß die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen. Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde. Aber wir wissen auch, daß Luther mit demselben Ernst die christliche Obrigkeit aufgerufen hat, ihr gottgewolltes Amt nicht zu verfälschen durch Rachsucht und Dünkel, daß er Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gefordert hat, sobald die Ordnung wiederhergestellt war.“³⁾ Für den Faschismus war diese Rede eine Unterstützung, ja, eine Ermunterung. Nach der Zerschlagung des Faschismus hat Dr. Dibelius den Eindruck zu erwecken versucht, daß der letzte Abschnitt der zitierten Stelle seiner Predigt als Kritik gemeint war. Die Tatsachen zeigen aber, daß sie z. B. Hermann Göring, der in der Nikolaikirche diese Predigt hörte, sie keinswegs so verstanden hat.

An der katholischen Feier in der St. Peter- und Paul-Pfarrkirche nehmen der päpstliche Nuntius, Monsignore Orsenigo, Doyen des Diplomatischen Korps, der Vizekanzler von Papen und auch der Reichsführer SS Heinrich Himmler teil. Das Leviten-Hochamt zelebriert Domkapitular Prälat Dr. Bannasch. Hitler nimmt nicht teil. Schwerwiegende Gründe, so heißt es, haben ihn ferngehalten. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß die Schwierigkeiten bei der „Gleichschaltung“ der vom Zentrum geführten bayrischen Landesregierung den Entschluß Hitlers beeinflußt haben.

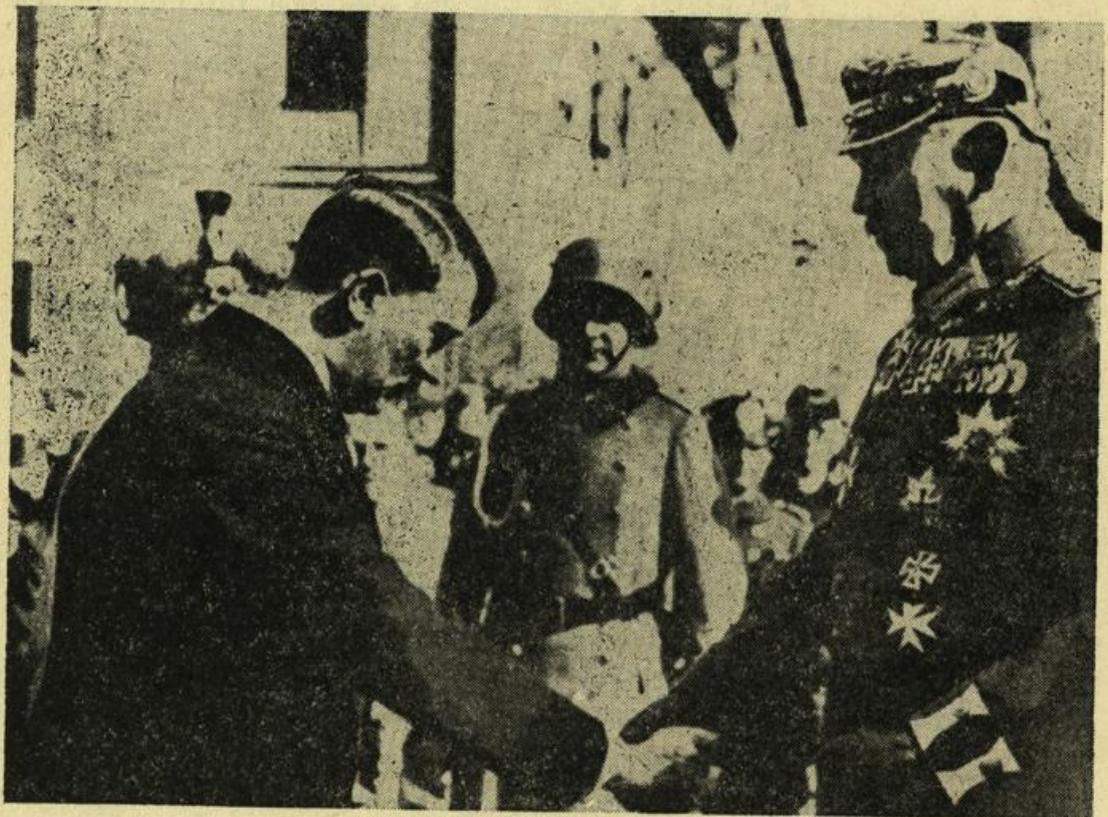
Nach den Gottesdiensten gehen die Mitglieder des Reichstages zur Garnisonkirche. Wem fällt in der Menge schon auf, daß die 81 kommunistischen Abgeordneten, denen das Mandat noch vor dem Zusammentritt des Reichstages entzogen wurde, und auch einige sozialdemokratische Abgeordnete, die verhaftet sind, fehlen? Wer *will* es bemerken?

Die Garnisonkirche ist voll besetzt. Neben dem Schiff, in der alten Kaiserinloge, hat der ehemalige Kronprinz Platz genommen. Er ist natürlich über die Kontakte seines Vaters, des abgedankten Kaisers Wilhelm II., zu Hitler informiert. Aber jetzt ist nicht er die Hauptperson.

Im Sessel gegenüber dem Altar nimmt der Reichspräsident von Hindenburg Platz, der „Ersatzkaiser“, der mit der Ernennung des Führers der faschisti-

schen Partei eine schwere historische Schuld auf sich genommen hat. Durch das Orgelspiel von Professor Otto Becker und den Choral des Staats- und Domchores, durch das Geschrei der spalierbildenden SA- und SS-Leute und Stahlhelmer ist das Glockenspiel der Kirche „Üb' immer Treu und Redlichkeit“ wohl kaum zu hören. Über den Sinn der Worte hat wohl kaum jemand zu dieser Stunde in der Garnisonkirche nachgedacht.

Hindenburg eröffnet die Veranstaltung und verspricht der Hitlerregierung seine Unterstützung. Dann spricht Hitler. Es ist eine Zusammenfassung der demagogischen Reden, die er zu hunderten vorher auf Wahlversammlungen und Kundgebungen gehalten hat. Zu den wirklichen Zielen seiner Regierung sagt er nichts. Er verschweigt den Inhalt seiner Unterredung mit der Spitze der Reichswehr vom 3. Februar 1933, in der er von seinem Hauptziel sprach, den Krieg vor allem im Osten, gegen die Sowjetunion, zu führen, um „Lebensraum“ zu erobern und zu kolonisieren. Er verschweigt auch den Inhalt der Unterredung mit den einflußreichsten Großindustriellen am 20. Februar, in der er die Bestätigung für sein Kriegsprogramm erhielt. Mit seiner Rede will er vor allem die noch zögernden Kräfte der bürgerlichen Parteien, der deutschnationalen und konservativ-monarchistischen Verbände überzeugen, dem bereits im Entwurf veröffentlichten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Dazu wird der Geist Bismarcks angerufen, der ebenfalls am 21. März den



Ein unheilvoller Händedruck zwischen Hitler und Hindenburg besiegelte das Bündnis zwischen Faschismus und Militarismus

ersten Reichstag des Kaiserreiches eröffnet hatte. Dazu legt Hindenburg in der Königsgruft an den Särgen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. einen Kranz nieder.

Der Händedruck zwischen dem „greisen Feldmarschall“ und dem „unbekannten Gefreiten“ soll der Öffentlichkeit die Allianz zwischen dem Faschismus und dem preußischen Militarismus symbolisieren. Dann nimmt die Prominenz auf einer Tribüne Aufstellung. Die Reichswehr eröffnet die Parade, dann folgt die Schutzpolizei, die SA, der Stahlhelm und die Kriegervereine.

Das gesamte Zeremoniell wird vom Rundfunk übertragen. Hitler und seine Gefolgsleute können zufrieden sein. Zwei Tage später, am 23. März 1933, beschließt der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“. Die Regierung kann nun ohne Zustimmung des Reichstages Gesetze erlassen – auch solche verfassungsändernden Charakters. Der Reichstag verzichtet auf das Haushaltsrecht. Er ermächtigt die Regierung schließlich, Verträge mit anderen Staaten auch ohne seine Zustimmung abzuschließen. Dieses „Ermächtigungsgesetz“, mit dem die Naziregierung fast unbeschränkte Vollmachten erhielt, fand die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte gegen das Gesetz. Das war eine mutige Tat. Aber der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der Parteivorsitzende Otto Wels, minderte ihren Wert, indem er der Forderung Hitlers nach „Gleichberechtigung“ des imperialistischen Deutschlands zustimmte und darüber hinaus behauptete, die ausländische Presse übertreibe in der Berichterstattung über die faschistischen Grausamkeiten in Deutschland.

Auf der Grundlage des „Ermächtigungsgesetzes“ konnte nunmehr eine zeitweilige Konsolidierung der faschistischen Diktatur erfolgen, der die unmittelbare Kriegsvorbereitung und der zweite Weltkrieg folgten.

Das Hitlerregime wurde durch die ruhmreiche Sowjetarmee und ihre Verbündeten zerschlagen. Die Garnisonkirche wurde durch den englischen Bombenangriff vom 14. April 1945 zerstört, der Rest später abgetragen. Die Wilhelm-Külz-Straße ist heute eine Magistrale des neuen sozialistischen Potsdam. Die Gedanken der Potsdamer Bevölkerung brachte Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, in seiner Rede bei der Friedensdemonstration der Jugend am 22. Mai 1983 zum Ausdruck: „Potsdam erinnert besonders eindringlich an die Lehren der Geschichte. Einst war es Zentrum des deutschen Militarismus, ein Symbol des Machtantritts der Nazis. Heute hat sein Name einen ganz anderen Klang. Hier, wo heute 'Frieden, Freundschaft, Solidarität' gerufen wird, zogen vor 38 Jahren die Sowjetunion und andere Staaten der Antihitlerkoalition mit dem Potsdamer Abkommen den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg und eröffneten auch unserem Volk den Weg in eine bessere Zukunft, in eine Zukunft die erfüllt ist und erfüllt sein soll von Frieden und Sozialismus.“

Anmerkungen:

- 1 Dr. Friedrich Bestehorn: Der „Tag von Potsdam“ und seine Vorgeschichte. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams, Neue Folge, Heft 4. Potsdam 1937. S. 219 f. (Festschrift zur Feier der 75. Wiederkehr der Gründung des Vereins (1862))
- 2 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A Nr. 627/2, Bl. 89
- 3 Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam.
Hrsg.: Hans Hupfeld. Verlag A. W. Hayns Erben, Potsdam 1933, S. 29/30

Neue Kreise - alte Kreise

Regionalgeschichtliche Forschungen und Veränderungen der Verwaltungsstruktur, dargestellt am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform von 1952.

Von Hans-Joachim Schreckenbach

Viele Bürger, die sich für Orts- und Heimatgeschichte interessieren, stellen die Frage nach gedrucktem und ungedrucktem Material, nach Quellen, die ihnen Auskunft über historische Fakten und Ereignisse geben. Um diese Frage beantworten zu können, sollte der erste Weg immer in eine Bibliothek führen, entweder zur Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek in Potsdam oder zu einer Kreis-, Stadt- oder Museumsbibliothek. Dort kann an Hand der vorliegenden Bibliographien und Kataloge geprüft werden, welche Literatur zu dem gesuchten Thema bereits vorliegt.¹⁾ Auf diese Weise ist eine schnelle Information möglich, unnötige Arbeiten und Irrwege werden vermieden.

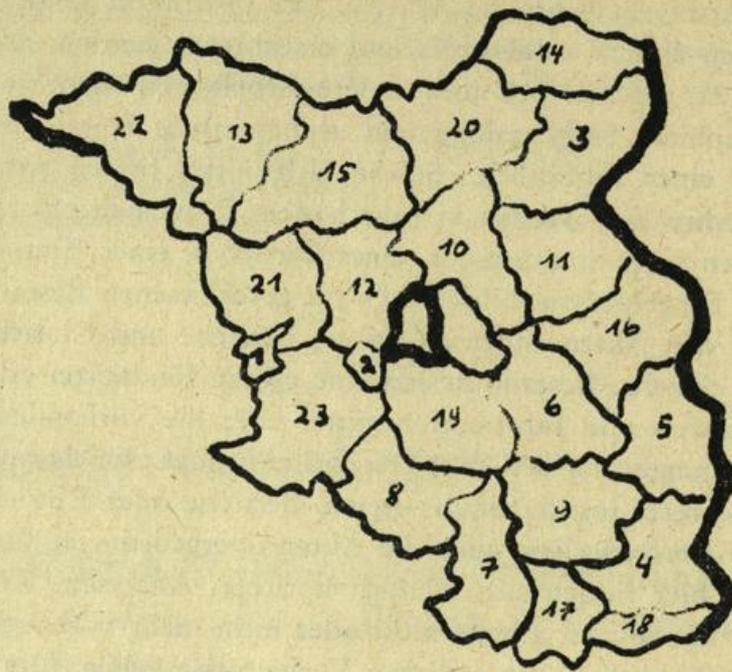
Bei intensiverem Befassen mit der Geschichte, bei Forschungen zu konkreten Ereignissen und Prozessen aus dem Bereich der Orts- und Heimatgeschichte ist es jedoch notwendig, auch auf unveröffentlichte, noch nicht ausgewertete Quellen, insbesondere aus den Archiven, zurückzugreifen. Dabei sind einige Besonderheiten zu beachten, die sich aus der Art und Weise der Entstehung, Überlieferung und Erschließung archivalischer Quellen ergeben. Um das gesuchte Material zielsicher suchen und auch finden zu können, muß der Benutzer wissen, daß in Archiven in der Regel das Schriftgut (Akten, Urkunden, Karten u. a. m.) von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, von Betrieben und einzelnen Personen oder Familien aufbewahrt wird. Er muß deshalb – meist mit Hilfe des Archivars – zwei Fragen klären:

1. Welche Institutionen können sich mit dem Forschungsgegenstand (Ort, Person, Sache, Ereignis) befaßt haben?

2. Welches Archiv bewahrt die Akten dieser Institution heute auf?

Da Archivalien anders aufbewahrt und erschlossen werden als die Bücher einer Bibliothek, ergeben sich auch andere Arbeitsmethoden für den Benutzer. Bibliographien, Sachkataloge und alphabetische Kataloge erschließen die Bestände einer Bibliothek. Solche Hilfsmittel finden sich im Archiv nicht. Die Archivalien werden hier nach dem Provenienzprinzip geordnet, d. h. die Akten eines Staatsorgans, eines Betriebes, einer Einrichtung, einer Familie oder Einzelperson, bilden e i n e n geschlossenen Bestand und werden nicht mit den Akten anderer Organe, Betriebe und Einrichtungen vermischt. Jeder einzelne Bestand besitzt eine eigene Findkartei oder ein Findbuch als Nachweis und Informationsmittel über die vorhandenen Unterlagen. Bei Forschungen zur örtlichen Geschichte genügt es nicht, nur die Akten eines oder mehrerer lokaler Staatsorgane, Betriebe oder Einrichtungen einzusehen. Es ist erforderlich, auch die Akten übergeordneter Organe zu benutzen. Denn hier finden sich vielfach Berichte, Analysen, Korrespondenzen usw., die auf lokaler Ebene nicht oder nicht mehr vorhanden sind und die ebenfalls Einblick in die örtlichen Verhältnisse geben. Oft ermöglichen sie auch Vergleiche mit anderen Orten und anderen Sachzusammenhängen. Insgesamt ist es also notwendig, bestimmte Kenntnisse über Struktur, Organisation und Funktion der Staatsmacht zu besitzen oder zu erwerben. Veränderungen in der territorialen Gliederung des Staatsgebietes oder im Aufgabenbereich einzelner Staatsorgane, Betriebe oder Einrichtungen müssen gerade bei regionalgeschichtlichen Forschungen beachtet werden, um Fehlerquellen und unnötige Arbeit zu vermeiden. Am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform des Jahres 1952 soll dies kurz erläutert werden. Nach der Zerschlagung des Faschismus im Jahre 1945 hatte sich der Aufbau antifaschistisch-demokratischer Staatsorgane innerhalb der gegebenen territorialen Gliederung vollzogen. Die in ihren Grundzügen im Jahr 1816 geschaffene Kreiseinteilung der ehemaligen preußischen Provinz Mark Brandenburg blieb zunächst auch in den Jahren nach 1945 im wesentlichen bestehen. Mit Beginn der zentralen Wirtschaftsplanung 1948²⁾ und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurden jedoch die Unzulänglichkeiten der bisherigen territorial-administrativen Gliederung mehr und mehr deutlich. Sie genügte nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen.

Erste umfangreiche Veränderungen sind im Verlauf des Jahres 1950 durchgeführt worden. Am 28. April 1950 beschloß der brandenburgische Landtag das „Gesetz über die Änderungen zur Verbesserung der Kreis- und Gemeindegrenzen“.³⁾ Zwei Monate später, am 28. Juni 1950 verabschiedete die Provisorische Volkskammer der DDR das „Gesetz über Änderung von Grenzen der Länder“⁴⁾, dem am 13. Juli 1950 eine ergänzende Verordnung der



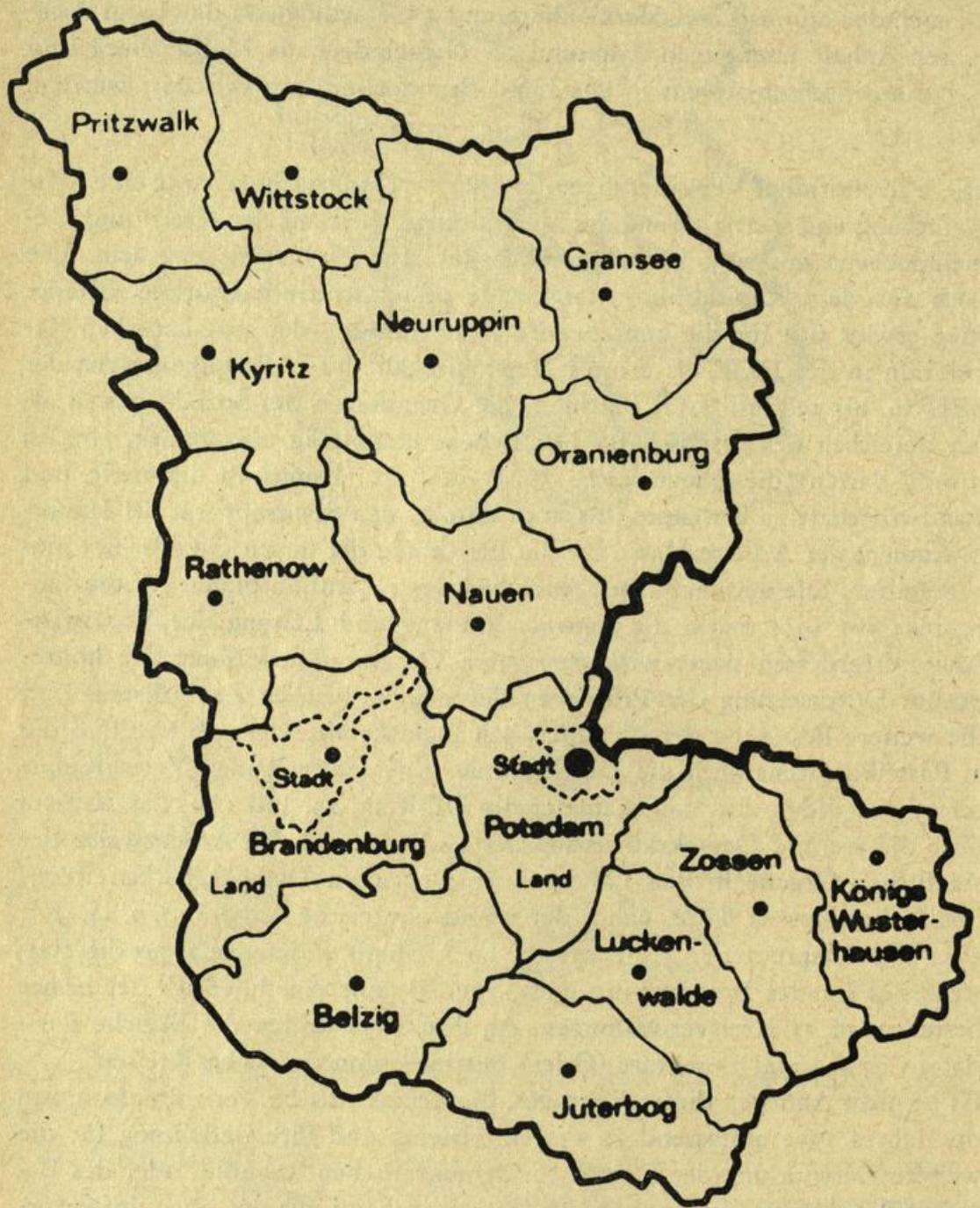
- | | |
|-------------------------|--------------------------|
| 1 Stadtkr. Brandenburg | 13 Landkr. Ostprignitz |
| 2 Stadtkr. Potsdam | 14 Landkr. Prenzlau |
| 3 Landkr. Angermünde | 15 Landkr. Ruppin |
| 4 Landkr. Cottbus | 16 Landkr. Seelow |
| 5 Landkr. Frankfurt | 17 Landkr. Senftenberg |
| 6 Landkr. Fürstenwalde | 18 Landkr. Spremberg |
| 7 Landkr. Luckau | 19 Landkr. Teltow |
| 8 Landkr. Luckenwalde | 20 Landkr. Templin |
| 9 Landkr. Lübben | 21 Landkr. Westhavelland |
| 10 Landkr. Niederbarnim | 22 Landkr. Westprignitz |
| 11 Landkr. Oberbarnim | 23 Landkr. Zauch-Belzig |
| 12 Landkr. Osthavelland | — Staatsgrenze |

Regierung der DDR folgte.⁵⁾ Im Ergebnis dieser gesetzgeberischen Akte wurden

- die Stadtkreise Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Forst, Guben Rathenow und Wittenberge aufgelöst und die Städte in die umgebenden Landkreise eingegliedert,
- die Landkreise Beeskow-Storkow, Lebus und Calau umbenannt, der Landkreis Guben aufgelöst und dafür der Landkreis Frankfurt (Oder) neu gebildet,
- zahlreiche Gemeinden zusammengelegt,

- die Grenzen der Landkreise – und damit die Kreiszugehörigkeit vieler Gemeinden – in beträchtlichem Umfang verändert,
- Gebietsaustausche mit anderen Ländern vorgenommen, wobei 24 Gemeinden an das Land Mecklenburg und 2 Gemeinden an das Land Sachsen-Anhalt übergingen, während 46 Gemeinden aus Mecklenburg und 10 aus Sachsen-Anhalt in das Land Brandenburg eingegliedert wurden.

Diese territorialen Veränderungen des Jahres 1950 brachten zwar eine Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltungsarbeit auf der Kreis- und Gemeindeebene mit sich, konnten jedoch nur eine Zwischenlösung sein. Die noch aus dem Kapitalismus stammende administrativ-territoriale Gliederung erwies sich für die konsequente Weiterführung der sozialistischen Revolution in der DDR als ernstes Hemmnis. Als die 2. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952) beschloß, die Grundlagen des Sozialismus in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens planmäßig aufzubauen, ging es sowohl darum, die ökonomische Basis des Sozialismus in Industrie und Landwirtschaft zu erweitern, als auch darum, den Staatsapparat als Hauptinstrument der Arbeiterklasse für die Errichtung der neuen Gesellschaft umzugestalten. Die umfangreichen Aufgaben des 1. Fünfjahresplanes für die Jahre 1951 bis 1955 sowie die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft erforderten neue, wirkungsvollere Organisationsformen, die konsequente Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und die weitere Festigung der sozialistischen Demokratie. Deshalb beschloß die 2. Parteikonferenz auch die Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform. Nachdem die Volkskammer der DDR am 23. Juli 1952 das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik“⁶⁾ beschlossen hatte, nahm der brandenburgische Landtag am 25. Juli 1952 das entsprechende Landesgesetz an.⁷⁾ Damit endete de facto die Existenz des Landes Brandenburg und seiner Organe einschließlich der bisher bestehenden 21 Kreisverwaltungen. An ihre Stelle traten die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) mit insgesamt 41 neuen Kreisen. Es ist nicht Anliegen dieses Beitrages, die demokratische Verwaltungsreform des Jahres 1952 umfassend zu charakterisieren und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik oder des Bezirkes Potsdam zu beschreiben. Im Zusammenhang mit der oben aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis zwischen regionalgeschichtlichen Forschungen und der Organisation der Staatsmacht interessieren hier nur die territorialen Aspekte der Verwaltungsreform. Durch die Gesetze vom Juli 1952 wurde eine solche administrativ-territoriale Gliederung des Staatsgebietes geschaffen, die den Anforderungen für den Aufbau und die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen



Verwaltungsgliederung des Bezirkes Potsdam

Republik entsprach. Diese Gliederung hat sich im Verlauf der seitdem vergangenen 31 Jahre als äußerst stabil erwiesen.

Im Bereich des ehemaligen Landes Brandenburg sind 1952 folgende territoriale Veränderungen vorgenommen worden:

1. Auflösung der 21 Landkreise des Landes Brandenburg.
2. Schaffung von 41 neuen Kreisen im Bereich der drei Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder), die erheblich kleiner – und dadurch überschaubarer – als die alten Kreise sind, und Aufteilung der zu einem alten Kreis gehörenden Gemeinden auf zwei oder mehr neue Kreise. Bei der Kreiseinteilung spielten sowohl ökonomische als auch verkehrspolitische Gesichtspunkte eine Rolle.
3. Im Bezirk Potsdam wurden 15 Landkreise und 2 Stadtkreise (Brandenburg und Potsdam) gebildet. Nur 6 der 15 Kreisstädte waren schon vor 1952 Sitz einer Kreisverwaltung gewesen, und zwar Belzig (Kreis Zauch-Belzig), Luckenwalde (ab 1945 Kreis Jüterbog-Luckenwalde), Nauen (Kreis Osthavelland), Kyritz (Kreis Ostprignitz), Neuruppin (Kreis Ruppin) und Rathenow (Kreis Westhavelland). Neun Kreisverwaltungen wurden in die neuen Kreisstädte Brandenburg, Gransee, Jüterbog (das bis 1945 Kreisstadt gewesen war), Königs Wusterhausen, Oranienburg, Potsdam, Pritzwalk, Wittstock und Zossen verlegt. Zwischen diesen neuen Kreisstädten und Kreisverwaltungen sowie den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mußten neue verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, verkehrsmäßige und kulturelle Beziehungen aufgebaut und entwickelt werden.
4. Insgesamt 290 ehemals brandenburgische Städte und Gemeinden wurden den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Magdeburg angegliedert. Andererseits kamen 325 Städte und Gemeinden aus den ehemaligen Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt an die Bezirke Potsdam und Cottbus.

Die als Anhang angefügten Übersichten lassen den Umfang der territorialen Veränderungen erkennen. Sie machen auch deutlich, wie wichtig für alle orts- und heimatgeschichtlichen Forschungen die Feststellung der territorialen Zuständigkeit ist, d. h. wann und wie lange eine Stadt oder Gemeinde zu einem bestimmten Kreis (oder auch Amtsbezirk, Amt usw.) gehört hat. Danach richtet sich auch die Zuordnung der in den Archiven aufbewahrten Quellen. So finden sich z. B. die Unterlagen der Kreisverwaltungen für die Zeit bis 1952 im Staatsarchiv Potsdam, (sofern es sich um ehem. brandenburgische Kreise handelt), für die Zeit nach 1952 aber im jeweiligen Kreisarchiv.

Anhang

Übersicht A: Aufteilung der Gemeinden des Landes Brandenburg

Zahl der Gemeinden insgesamt	2 121	
davon an Bezirk Potsdam	841	} 1 831
Frankfurt (Oder)	506	
Cottbus	484	
Neubrandenburg	155	} 290
Schwerin	129	
Magdeburg	6	

Übersicht B: Zusammensetzung der neuen Bezirke

Bezirk Potsdam:

• Zahl der Gemeinden	883
davon aus Land Brandenburg	850
aus Land Sachsen-Anhalt	33

Bezirk Frankfurt (Oder):

Zahl der Gemeinden (alle aus Land Brandenburg)	506
---	-----

Bezirk Cottbus:

Zahl der Gemeinden	776
davon aus Land Brandenburg	484
aus Land Sachsen-Anhalt	189
aus Land Sachsen	103

Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) insgesamt:⁸⁾

Zahl der Gemeinden	2 165
davon aus Land Brandenburg	1 840
aus Land Sachsen-Anhalt	222
aus Land Sachsen	103

Übersicht C: Übersicht über die Veränderungen der Kreiseinteilung im Bezirk Potsdam⁹⁾

Neuer Kreis	Zahl der Gemeinden 1981	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit:	
		alter Kreis	Zahl der 1952 über- nommenen Gemeinden
Belzig	56	Zauch-Belzig	65 = 67
		Burg	2
Brandenburg-Land	57	Zauch-Belzig	25
		Westhavelland	16
		Burg	12 = 61
		Genthin	5
		Brandenburg (Stadt)	3
Gransee	51	Ruppin	32
		Templin	27 = 60
		Niederbarnim	1
Jüterbog	46	Luckenwalde	48
		Zauch-Belzig	7 = 65
		Wittenberg	6
		Herzberg	4
Königs Wusterhausen	47	Teltow	41
		Fürstenwalde	14 = 60
		Lübben	5
Kyritz	49	Ostprignitz	42 = 76
		Ruppin	34
Luckenwalde	42	Luckenwalde	36
		Teltow	8 = 47
		Zauch-Belzig	3
Nauen	48	Osthavelland	30 = 49
		Westhavelland	19
Neuruppin	73	Ruppin	68
		Osthavelland	11 = 80
		Westhavelland	1
Oranienburg	45	Niederbarnim	28
		Osthavelland	17 = 47
		Ruppin	2

Neuer Kreis	Zahl der Gemeinden 1981	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit:	
		alter Kreis	Zahl der 1952 über- nommenen Gemeinden
Potsdam-Land	60	Zauch-Belzig	38
		Osthavelland	11 = 67
		Teltow	10
		Potsdam	8
Pritzwalk	50	Ostprignitz	59 = 65
		Westprignitz	6
Rathenow	47	Westhavelland	40 = 44
		Genthin	4
Wittstock	30	Ostprignitz	31 = 32
		Ruppin	1
Zossen	51	Teltow	51 = 61
		Luckenwalde	10
Stadtkreis Potsdam	1	Potsdam (Stadt)	1 = 1
Stadtkreis Brandenburg	1	Brandenburg (Stadt)	1 = 3
		Westhavelland	2

Anmerkungen:

- 1) Vgl. die von D. Geßner und J. Schulz bearbeitete Bibliographie zur Regionalgeschichte in „Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam“ 1, 1982, S. 82-95.
- 2) Halbjahrplan für das 2. Halbjahr 1948 und Zweijahrplan 1949/50.
- 3) GVOBl Land Brandenburg T. I 1950, S. 9.
Beschlüsse der Landesregierung Brandenburg vom 6. Juni, 18. Juli, 2. September und 3. Oktober 1950 dienen der Ausführung des Gesetzes. (Abgedr. in: GVOBl Land Brandenburg T. II 1950, S. 269-276, 342 f., 418 f., 452 f.).
- 4) GBl 1950, S. 631.
- 5) GBl 1950, S. 659 f.
- 6) GBl 1952, S. 613 f.
- 7) GVOBl Land Brandenburg T. I 1952, S. 15-28 (Sonderausgabe). In der Anlage A zu diesem Gesetz (S. 17-28) ist ein genaues Kreis- und Ortsverzeichnis der drei Bezirke nach der neuen Verwaltungsstruktur mit Angabe der ehem. Kreiszugehörigkeit der Orte abgedruckt.
- 8) Die unterschiedlichen Angaben über die Gesamtzahl der brandenburgischen Gemeinden in den Übersichten A und B ergibt sich aus Eingemeindungen, die im Verlauf der Verwaltungsreform vorgenommen worden sind.
- 9) Durch Eingemeindungen hat sich die Zahl der selbständigen Gemeinden zwischen 1952 und 1981 erheblich verringert.

Territorialkundliche Quellen in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam

Von Dorothee Geßner

Die Beschäftigung mit der märkischen Heimatgeschichte vereint eine große Zahl von Bürgern aller Schichten, die in Verbundenheit mit ihrer engeren und weiteren Heimat die Geschichte und Entwicklung einzelner Territorien, Städte und Gemeinden erforschen. Heimatforschung kann sowohl Hobby und gesellschaftlich-ehrenamtliche Tätigkeit als auch ein beruflicher Auftrag sein.

Da am Anfang jedes Forschungsvorhabens und lange, bevor Ergebnisse in irgendeiner Form aufbereitet werden, die Frage nach der Quellen- und Forschungsbasis steht, sollen hier einige Hinweise für die Beschäftigung mit territorialkundlichen Quellen – insbesondere den bibliotheksmäßig aufbereiteten – vermittelt werden.

Im wesentlichen zählen wir zu denjenigen Quellen, die der Heimatforscher in Anspruch nehmen kann 1. archivalische Quellen, 2. gedruckte Quellen, 3. materielle Sachzeugen.

In der Reihenfolge der Auswertung dieser Forschungsmaterialien ist der Heimatforscher gut beraten, wenn er zunächst die gedruckten (sekundären) Quellen erfaßt und auswertet, um bereits Aufgearbeitetes und Überliefertes für seine Zwecke zu verwenden. Zusätzlich kann die Möglichkeit der Archivbenutzung und des Museumsbesuches etc. ins Auge gefaßt werden. Zu empfehlen ist, daß zu Beginn einer Recherche der Weg in die zuständige örtliche Bibliothek (Staatliche Allgemeinbibliothek) führen sollte, die je nach Größe und Bedeutung des Ortes über einen entsprechenden Bestand verfügt. Die Frage nach territorialkundlichen Quellen wird hier bereits am Bestand oder auch bibliographisch entschieden bzw. an leistungsfähigere Bibliothekseinrichtung weitergeleitet. Der Bibliotheksbenutzer kann von jeder örtlichen Bibliothekseinrichtungen aus den Leihverkehr in Anspruch nehmen, wobei exakte Literaturangaben den Bestellvorgang abkürzen helfen.

Das territorialkundliche Bestandszentrum für die märkische Heimatliteratur in den Grenzen der heutigen Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam befindet sich in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam, die im Jahre 1969 aus der Vereinigung der ehemaligen Landes- und Hochschulbibliothek mit der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam hervorging (im folgenden: WAB (B) Potsdam). Diese neugeschaffene Bibliothekseinrichtung, die die Funktion des bezirklichen Bestands- und

Informationszentrums übernahm, verfügt auf der Grundlage von weitreichenden Bibliothekstraditionen und zielgerichteter Erwerbungsstätigkeit auch über einen umfassenden landeskundlichen Bestand zur Mark Brandenburg mit wertvollen, interessanten Quellen zur ältesten, neueren und Zeitgeschichte.

Wichtiger gesetzlicher Rückhalt für den Bestandsaufbau des Sammelschwerpunktes „Brandenburgica“ der WAB (B) Potsdam war und ist die Pflichtexemplar-Anordnung zur Erfassung und Sammlung von in der Region der drei märkischen Bezirke erschienenen Schriften, deren sporadisches Erscheinen und differenzierte Vertriebspraktiken eine kontinuierliche Beschaffung problemreich werden lassen. Wir richten bei dieser Gelegenheit an alle Heimatfreunde und -forscher den Appell, mit Hinweisen die Sammeltätigkeit der WAB (B) Potsdam zu unterstützen. Da aber auch die örtlichen Bibliotheken auf der Grundlage entsprechender Bibliotheksverordnungen zu territorialkundlichen Bestandszentren profiliert werden sollen, sind zweckdienliche Hinweise auf territoriale Neuerscheinungen auch an die Adresse dieser Bibliotheken von Wichtigkeit.

Die unter die Abgabepflicht fallenden territorialen (überwiegend territorialkundlichen) Schriften von Urhebern aus dem Territorium besitzen eine große Vielfalt und befinden sich gegenüber den territorialkundlichen Schriften der Verlagsproduktion in der Überzahl. Im einzelnen erfaßt und sammelt die WAB (B) Potsdam folgende Schriften außerhalb der Verlagsproduktion: Agitationsmaterial, Ausstellungskataloge, Betriebskollektivverträge, Betriebszeitungen, Betriebsgeschichten, Bilddokumente, Chroniken, Dissertationen, Fahrpläne, Fernsprechbücher, Festschriften, Firmenschriften, Führer (über Einrichtungen), Haushaltspläne, Heimatkalender, Kalender, Karten, Kulturspiegel, Lehrmaterialien, Mitteilungsblätter, Ortsbeschreibungen, Ortssatzungen, Programme, Prospekte, Tageszeitungen, Touristeninformationen, Veranstaltungsmaterialien, Volkswirtschaftspläne, Wettbewerbspläne.

Der territorialkundliche (landeskundliche) Bestand der WAB (B) Potsdam wird als Archivbestand geführt und unterliegt differenzierten Benutzungsbestimmungen im Sinne seiner physischen und quellenkundlichen Erhaltung für die Nachwelt.

Die bibliothekarische Erschließung der territorialkundlichen Quellen in der WAB (B) Potsdam umfaßt nicht nur die monographische Beschreibung einzelner Titel, sondern auch eine inhaltliche (analytische) Beschreibung, um insbesondere lokalgeschichtliche Einzelprobleme, wie sie uns in Sammelwerken (Heimatkalender, mehrbändige Werke) und in der Fach- und Tagespresse begegnen, katalogmäßig zu erfassen. Die Erschließung der sogenannten versteckten Literatur sichert dem Heimatforscher den schnellen Zugriff zur lokalen Literatur einerseits und fördert die publizistischen Initiativen einzelner Forscher andererseits.

Seit 1959 erfolgt für die territorialkundlichen Quellen der WAB (B) Potsdam (seinerzeit: Landes- und Hochschulbibliothek) auch eine laufende bibliographische Erschließung und damit umfassende Propagierung. In Mehrjahres-, neuerdings Jahresbänden, werden alle Neuerscheinungen, selbständige wie unselbständige Schriften, in systematisch gegliederten Verzeichnissen und mit Autoren- und Sachregistern versehen, zusammengefaßt. Interessenten für die Bibliographie, die unter dem Titel „Brandenburgische Literatur“ erscheint, haben die Möglichkeit, sich an die Adresse der Bibliothek zu wenden.

Eine retrospektive bibliographische Propagierung der territorialkundlichen Quellen erfolgte aus aktuellem Anlaß zu folgenden Themen: 30 Jahre Bodenreform, 30 Jahre SED, Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam, Novemberrevolution und Gründung der KPD, Haveländisches Obstbauggebiet, Preußische Geschichte in der Literatur (auch Belletristik), 30 Jahre Verwaltungsreform, Potsdam (Auswahl), Potsdamer Straßennamen, Potsdams Partnergebiete, Ökonomische Geographie.

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, daß die territorialkundlichen Sammelaufgaben zunächst noch schwerpunktmäßig in traditionsreichen Bibliothekseinrichtungen der DDR angesiedelt sind. Ehemals märkische Gebiete, die außerhalb der Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam liegen, sind Sammelgegenstand der für diese Gebiete zuständigen Regionalbibliotheken, z. B. die Universitäts- und Landesbibliothek Halle, die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Schwerin, die Sächsische Landesbibliothek Dresden, die Ratsbibliothek Berlin (Fachabt. der Berliner Stadtbibliothek).

Die Vermittlerfunktion der Bibliotheken bei der Erschließung gedruckter territorialkundlicher Quellen dient der Verbreitung heimatgeschichtlicher Kenntnisse und Überlieferungen und wirkt unmittelbar mit bei der Bewußtseinsbildung der Bürger.

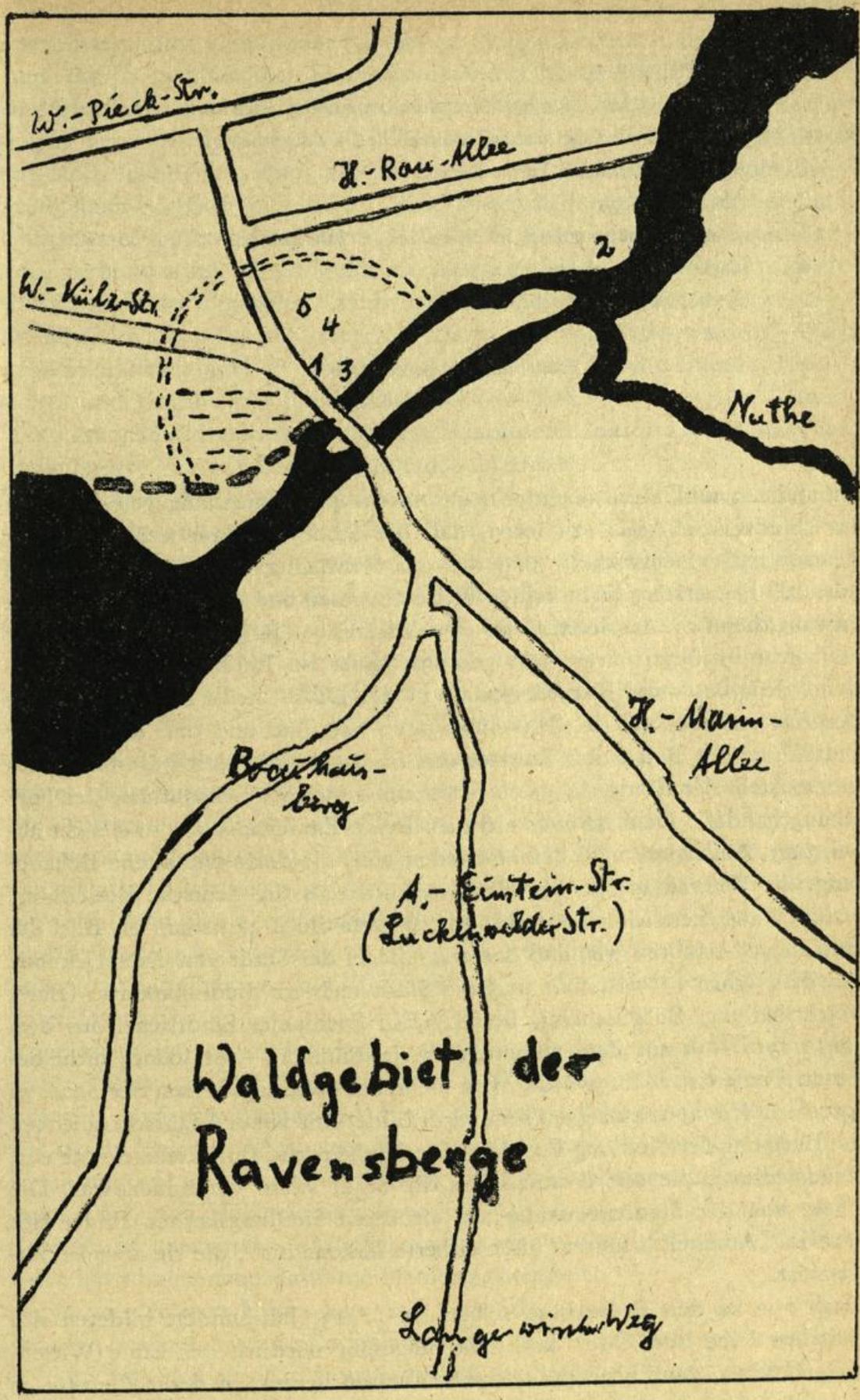
Neue Überlegungen zur Entstehung von Burg und Stadt Potsdam im 12./13. Jahrhundert

Von Helmut Assing

Die Anfänge der Stadt Potsdam und der auf ihrem Territorium gelegenen deutschen Burg¹⁾ sind auch heute noch weitgehend in Dunkel gehüllt. Abgesehen von der vereinzelt Urkunde aus dem Jahre 993, die die slawische Siedlung in vorstädtischer Zeit erwähnt, beginnt die schriftliche Überliefe-

rung für Potsdam leider erst mit dem 14. Jahrhundert, als der Ort schon zu einer kleinen Stadt geworden war. Aus dem 12. und 13. Jahrhundert, die für die Stadtentstehung entscheidend waren, liegen aber dank der verdienstvollen Ausgrabungen und Sammlungen R. Hoffmanns recht umfangreiche archäologische Materialien vor; ferner erlauben schriftliche Quellen dieser Jahrhunderte, die Ereignisse in Randgebieten betreffen, gewisse Analogieschlüsse. Schließlich ist es möglich, aus späteren Quellen unterschiedlichster Art Rückschlüsse auf das 12. und 13. Jahrhundert zu ziehen. Trotzdem darf – vor allem im Vergleich zu anderen Städten – von einer relativ ungünstigen Quellenlage gesprochen werden. Neben der geringfügigen Bedeutung, die Potsdam bis in das 17. Jahrhundert hinein besaß, ist darin wohl ein Hauptgrund zu sehen, daß die Forschung der Stadtwerdung Potsdams und dem Alter der deutschen Burg bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Im vorigen Jahrhundert legten nur E. Fidicin und G. Sello gründlichere Untersuchungen dazu vor.²⁾ Nach den Ausgrabungen von 1911/12 und 1921, als erstmals Überbleibsel des slawischen Burgwalls zutage traten, nahm zwar das Interesse für Potsdams frühe Zeit zu, doch waren lediglich zahlreiche Zeitungsartikel und einige Ausführungen in allgemeineren Darstellungen – z. T. mit sehr eigenwilligen Quelleninterpretationen und voreiligen Schlußfolgerungen – bis 1945 die wissenschaftliche Ausbeute.³⁾ Die Zerstörung des Potsdamer Stadtkerns im April 1945 gab die Möglichkeit zu neuen archäologischen Untersuchungen, die auch die Stadtentstehung betrafen. R. Hoffmann, in dessen Händen die Grabungen lagen, veröffentlichte in den 50er und 60er Jahren mehrere Zeitschriftenartikel, in denen er seine Grabungsergebnisse auswertete.⁴⁾ Diese Artikel enthalten neue Tatsachen und Gedanken zu den Anfängen der Stadt Potsdam, ohne jedoch – und das hatte R. Hoffmann auch gar nicht beabsichtigt – eine zufriedenstellende Theorie über den Stadtentstehungsprozeß zu liefern. Seitdem sind gut 20 Jahre vergangen, in denen die Geschichtsschreibung zur mittelalterlichen Mark Brandenburg beachtliche Fortschritte erzielte und dabei Theorien und Hypothesen aufstellte, die für die Potsdamer Geschichte ebenfalls von Bedeutung sind. Die Erforschung der Anfänge Potsdams ruhte jedoch in dieser Zeit fast ganz. Erst in den letzten Jahren wurden hierzu im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Gesamtdarstellung der Geschichte Potsdams wieder Studien betrieben, die sich in dem vorliegenden Artikel fortsetzen.⁵⁾

Bevor wir uns der eigentlichen Problematik zuwenden, muß ein Wort zu den Potsdam betreffenden populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen gesagt werden, die in den letzten Jahren erschienen sind. Die mittelalterliche Geschichte Potsdams kommt darin sehr kurz weg; trotzdem enthalten die Ausführungen aber Fehler und vor allem sehr sicher vorgetragene Behauptungen, die oft nicht nur umstritten, sondern sogar unwahrscheinlich sind. Hier wurden doch etwas kritiklos der älteren Literatur einige Ansichten



Legende: zu Karte Seite 45

- - - vermutetes Havelufer im Mittelalter (womöglich noch weiter nördlich)
- = = = vermuteter Verlauf des mittelalterlichen Stadtgrabens
- 1 deutsche Burg bzw. Turmanlage
- 2 slawischer Burgwall
- 3 vermutete spätslawische Siedlung des 12. Jahrhunderts
- 4 Markt der mittelalterlichen Stadt
- 5 Kirche der mittelalterlichen Stadt
- - - - - nasses Gelände

Nicht maßstabgerecht

Zeichnung: H. Assing

entnommen und diese obendrein aus ihrem Zusammenhang gelöst. So ist im „Stadtführer-Atlas“ zu lesen, daß die Stadt Potsdam sich aus einem deutschen Dorf entwickelte und daß zur Potsdamer Burg zwei Kietze gehörten.⁶⁾ Das erstere ist in keiner Weise bewiesen und darüber hinaus völlig unwahrscheinlich, das letztere ist eine Vermutung R. Hoffmanns, die aber als solche im Stadtführer nicht gekennzeichnet ist. Im Band „Bezirk Potsdam“ der „Bau- und Kunstdenkmale in der DDR“ heißt es, daß Albrecht der Bär um 1160 (!) den Havelübergang befestigte und daß die deutsche Besiedlung des Potsdamer Raumes erst im 13. Jahrhundert begann.⁷⁾ Auch hier entsteht der Eindruck, als ob es sich um gesicherte Erkenntnisse der Forschung handele. Dem ist aber nicht so. Beide Zahlenangaben sind nicht abgesichert. Außerdem muß betont werden, daß die darin enthaltene Behauptung, die Wehranlage an der Havel sei älter als die deutsche Besiedlung, wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. In dem Buch „Potsdam im Bild der Geschichte“ erfahren wir, daß das erste Siegel der Stadt von einer Urkunde aus dem Jahre 1317 stammt und die Stadt mehrere Siedlungskerne (Burg, Marktsiedlung, Burgfischerei) besaß.⁸⁾ Ein Potsdamer Stadtsiegel aus dem Jahre 1317 – ja aus dem gesamten 14. Jahrhundert – ist jedoch nicht bekannt. Ferner ist es fragwürdig, von mehreren Siedlungskernen der *Stadt* zu sprechen. Wie noch zu zeigen sein wird, bildet mit hoher Wahrscheinlichkeit die Burg mit der Siedlung Potsdam eine Einheit; die Burgfischerei war eine Randsiedlung, die erst entstand, als die Stadt schon vorhanden war. Die These von der Stadtentstehung aus mehreren Siedlungskernen findet sich auch im „Architekturführer“ als gesichertes Erkenntnis⁹⁾, die sie aber keineswegs ist.

Doch nun zu den Ereignissen selbst. Im 12./13. Jahrhundert bildeten sich zwischen Elbe und Oder, und zwar ungefähr nördlich der Linie Wittenberg-Cottbus, ganz neue politische Strukturen heraus, in deren Gefolge es

zu bedeutsamen ethnischen Bewegungen kam und sich das Siedlungsbild nicht unwesentlich veränderte. Zu diesem Zeitpunkt bewohnten Slawen das Land, die in unabhängigen Stammesverbänden lebten und oft einer lockeren Herrschaft eigener Fürsten unterworfen waren. Unter günstigen Bedingungen waren einige vorstädtische Zentren entstanden – z. B. in Brandenburg und Spandau –, doch gab es noch keine Städte wie im damaligen Deutschland westlich der Elbe. Diese slawischen Stammesverbände und Fürstentümer gerieten jetzt durch Gewalt, Erpressungen und Versprechungen – verbunden mit Zugeständnissen an die slawische Oberschicht – in die Abhängigkeit des deutschen, dänischen oder polnischen Staates bzw. wurden direkt in diese Staaten integriert. Dabei war von Bedeutung, daß dem expansiven Feudaladel in großer Zahl vor allem deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute folgten, die von da an gemeinsam mit den Slawen Dörfer und Städte gründeten und die Hauptarbeit leisteten, aber auch zur Festigung der Herrschaft des Feudaladels beitrugen.

Der Potsdamer Raum wurde zum Interessensfeld zweier bedeutender deutscher Feudalgewalten. Albrecht dem Bären aus dem Geschlecht der Askaniern war es 1157 nach Überwindung slawischer Gegenwehr endgültig gelungen, die Nachfolge des slawischen Fürsten Pribislaw anzutreten, der seinen Sitz in Brandenburg hatte. Von dort aus bemühte sich Albrecht, seine Macht weiter nach Osten auszudehnen. Fast zur gleichen Zeit okkupierte der Erzbischof Wichmann von Magdeburg die Gegend um Jüterbog und begründete hier eine Jahrhunderte währende Herrschaft des Erzbistums. Jüterbog wurde zum Ausgangspunkt neuer Expansionen, die sich u. a. an der Nuthe entlang nach Norden richteten. Notgedrungen mußten deshalb die territorialen Interessen Albrechts und Wichmanns bzw. die ihrer Nachfolger bei Potsdam zusammenstoßen. Doch ehe wir uns der Frage zuwenden, wer in Potsdam der slawischen Unabhängigkeit ein Ende bereitete, unter wessen Regie sich dann also der Stadtentstehungsprozeß vollzog, soll – soweit dies beurteilt werden kann – kurz die Situation gekennzeichnet werden, die in Potsdam unmittelbar vor der Einbeziehung in den deutschen Feudalstaat vorhanden war.

In der Mitte des 12. Jahrhunderts bestand in Potsdam, wie die Grabungen ergeben haben, auf dem Gelände der im 2. Weltkrieg zerstörten Heiliggeistkirche ein slawischer Burgwall. Vermutlich gehörte dazu auch eine Siedlung, über deren Lage und Aussehen wir aber nicht genau informiert sind. Im 10. Jahrhundert schloß sich nördlich an den Burgwall eine Siedlung an, die bis zur Türk- und Holzmarktstraße reichte. Ob sie im 12. Jahrhundert noch existierte, ist umstritten.¹⁰⁾ Möglicherweise war südlich des Alten Marktes an der Havel eine neue slawische Siedlung entstanden.¹¹⁾

Einmal wurden dort Hüttenreste und zahlreiche spätslawische Scherben gefunden¹²⁾, zweitens war die Rechtslage in diesem Teil der Stadt später schlechter als in dem sich nördlich anschließenden Stadtgelände¹³⁾ und drittens las-

sen die ältesten Potsdam betreffenden Karten aus dem 17. Jahrhundert¹⁴⁾, auf denen das mittelalterliche Potsdam noch zu erkennen ist¹⁵⁾, den Schluß zu, daß die Stadtanlage südlich des Alten Marktes recht unregelmäßig war. Natürlich darf die Möglichkeit, daß nach dem Übergang der Herrschaft an den deutschen Feudaladel dort Slawen angesiedelt wurden, die ursprünglich vielleicht in der Nähe des slawischen Burgwalls lebten, nicht ausgeschlossen werden. Aber dann ist es sonderbar, daß die Slawen in das städtische Territorium übernommen wurden und nicht eine gesonderte Siedlung bildeten. Das war nicht üblich. Die Vereinigung einer schon bestehenden Siedlung mit der Niederlassung deutscher Handwerker und Kaufleute ist dagegen, wie u. a. das Beispiel der Altstadt Brandenburg zeigt, überliefert. Auch erklärt sich so am besten, daß durch den Bau der deutschen Burg Hüttenreste zerstört wurden.¹⁶⁾ Wären diese Hütten erst auf Anordnung der deutschen Herren errichtet worden, dann müßte die Burg eine erhebliche Zeit nach 1157 entstanden sein. Das läßt sich aber schlecht mit anderen Indizien vereinbaren, wie noch zu zeigen sein wird. Die Annahme einer selbständigen spätslawischen Siedlung ist daher nicht von der Hand zu weisen. Welchen Charakter diese mutmaßliche Siedlung jedoch hatte, ist nicht zu sagen. Auf keinen Fall handelte es sich um eine ausgebildete Stadt.

Damit kämen wir zu der Frage, wer diese Verhältnisse vorfand und sie seiner Herrschaft unterwarf. Die bisherige stadtgeschichtliche Forschung zu Potsdam ging ohne sicheren Beweis einhellig davon aus, daß die Macht des in Brandenburg residierenden slawischen Fürsten im Osten bis an die Nuthe und Havel zwischen Saarmund, Potsdam und Spandau gereicht hätte und daß demzufolge die Potsdamer Gegend und die sog. Ostzauche zwischen Treuenbrietzen, Beelitz, Saarmund und Potsdam bald nach 1157 an Albrecht den Bären gekommen sein müßten. Als Indiz zählte eigentlich nur, daß das Siedlungsgebiet der Heveller Brandenburg, Potsdam und Spandau umfaßte und daß im 13. Jahrhundert zweifellos Potsdam, Spandau und Teile der Ostzauche zur Mark Brandenburg gehörten, die von Albrecht dem Bären 1157 als neues deutsches Fürstentum gegründet worden war. Doch dürfen Stammesgrenzen nicht unbedingt mit politischen Grenzen gleichgesetzt und politische Verhältnisse nicht einfach von einem Jahrhundert ins andere projiziert werden. Jedenfalls sprechen mehrere Anzeichen dafür, daß das Erzbistum Magdeburg von Jüterbog aus bis in den Potsdamer Raum hinein Territorialpolitik betrieb. So tritt in den mittelalterlichen Quellen für die Gegend um Beelitz eine Abgabe auf, die nur Parallelen in Dörfern des Jüterboger Landes hat.¹⁷⁾ 1233 gehörte Trebbin einem Ministerialen des Erzbistums.¹⁸⁾ 1228 ging Drewitz – nun schon ganz in der Nähe von Potsdam – zwar vom brandenburgischen Markgrafen zu Lehen, doch der Besitzer des Dorfes wurde als Ministeriale des Erzbistums bezeichnet.¹⁹⁾ Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß die Lehnsüberhoheit des Markgrafen von Brandenburg nachträglich entstanden war und das Dorf ursprünglich einmal dem

Erzbischof gehört hatte. Weitere Indizien liefern die mittelalterlichen Wegeverhältnisse, die nicht selten gerade der Zeit der deutschen Expansion und der damit verbundenen siedlungsmäßigen Erschließung neuer Gebiete im 12./13. Jahrhundert ihren Ursprung verdanken und oft über Jahrhunderte konstant blieben. Aus der Ostzauche führten, wie wir aus späteren Quellen wissen, zwei Straßen nach Potsdam: Eine kam von Saarmund und zog sich an den Ravensbergen entlang, die andere erreichte Potsdam von Beelitz bzw. Luckenwalde aus und verlief über Wildenbruch und Langerwisch durch die Ravensberge. Noch heute erinnert der dortige Langerwischer Weg daran, während das letzte Ende dieser Straße, die jetzige Albert-Einstein-Straße, bis vor kurzem den Namen „Luckenwalder Straße“ trug. Er könnte alt sein und den mittelalterlichen Ursprung der Straße zu erkennen geben. Denn zumindest vom 14. Jahrhundert an war der Haupthandelsweg, der aus dem Süden in Potsdam eintraf, der von Wittenberg über Treuenbrietzen und Beelitz. Er vereinigte sich vermutlich in Wildenbruch mit der Straße aus Luckenwalde, ohne – trotz der jahrhundertelangen Bedeutung – in Potsdam einen Namenszug hinterlassen zu haben. Das verwundert jedoch dann nicht, wenn die Straße schon einen Namen trug. Die Namensbezeichnung „Luckenwalder Straße“ und die relativ geradlinige Straßenführung zwischen Potsdam und Luckenwalde machen es deshalb wahrscheinlich, daß dies die ältere Straße war, die schon vor dem 14. Jahrhundert vorhanden war. Da aber Luckenwalde eindeutig zum Magdeburger Territorium um Jüterbog gehörte, darf erwogen werden, daß die Straße im Zuge einer magdeburgischen Expansion, die auf Potsdam zielte, angelegt wurde. In dem Zusammenhang sollte die Wildenbrucher Kirche näher baugeschichtlich untersucht werden. Das große Rundfenster über dem Westeingang deutet eventuell auf magdeburgischen Einfluß hin.

Die Anzeichen für ein Vordringen des Erzbistums bis Potsdam erstrecken sich sogar bis in das Zentrum der mittelalterlichen Stadt. Wie schon kurz erwähnt wurde, entstand nach der Inbesitznahme dieser Gegend durch den deutschen Adel in der Nähe des Alten Marktes und der Langen Brücke eine Burg oder eine wehrhafte Turmanlage. Die Fundamente des Turmes wurden nach 1945 von R. Hoffmann untersucht.²⁰⁾ Sie weisen in Übereinstimmung mit einer Grundrißzeichnung aus dem 17. Jahrhundert²¹⁾ eindeutig auf einen viereckigen Bau hin. Der Turm gehört nach den Ausgrabungsbe- funden zumindest dem 13. Jahrhundert an. Nach dem heutigen Forschungs- stand haben aber die Burgtürme, die mit Sicherheit im 12./13. Jahrhundert im askanischen Machtbereich erbaut wurden, stets eine runde Gestalt. Doch südlich von Potsdam, im vermuteten oder quellenmäßig bestätigten Einfluß- bereich des Magdeburger Erzbistums, finden sich eckige Türme oder Hin- weise auf solche Türme. So besaßen die Neueburg bei Drewitz und die Burg bei Trebbin – beides Orte, für die bekanntlich magdeburgische Ministeria- len überliefert sind – mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eckige Tür-

me²²⁾. Am Rande des Marktplatzes in Luckenwalde steht heute noch ein eckiger Turm, dessen ursprüngliche Funktion nicht geklärt ist und der durchaus der Rest einer alten Wehranlage sein kann. Neben dem Marktplatz in Jüterbog befand sich ebenfalls ein eckiger Turm, der heute mit im Rathaus verbaut ist und 1432 die Bezeichnung „Burgfried“ trug.²³⁾ Die eckigen Türme – in Potsdam, Luckenwalde und Jüterbog einheitlich neben dem Markt errichtet – unterstützen demnach ebenfalls die Hypothese, daß die Anfänge der Stadt Potsdam nicht mit den Askaniern, sondern mit dem Erzbistum Magdeburg in Verbindung zu bringen sind.

Gäbe es nur die bisher erörterten Indizien, wäre die landläufige Auffassung vom „askanischen“ Potsdam schwer erschüttert. Doch noch ist die wichtige Frage nach der Zeit, zu der das Erzbistum im Raum Potsdam gewesen sein könnte, nicht behandelt. Läßt sich auch hierfür eine plausible Hypothese finden?

Das Erzbistum Magdeburg hat die Potsdamer Gegend, wenn es wirklich dort Herrschaftsrechte ausgeübt haben sollte, nicht behauptet. Die schriftlichen Quellen, die das Auftreten der Askanier in diesem Raum bezeugen, setzen um 1200 ein. Die beiden ältesten Belege sind die schon erwähnte Urkunde von 1228, in der Markgraf Johann I. Drewitz im Auftrage des bisherigen Besitzers dem Kloster Lehnin übergab, und eine Urkunde von 1197, in der ein askanischer Vogt in Fahrland genannt ist.²⁴⁾ Anzeichen dafür, daß das Erzbistum nach 1228 noch Rechte in oder bei Potsdam wahrnahm, fehlen, während andererseits vereinzelt Urkunden für Dörfer östlich des Grunewaldes auf die Anwesenheit der Askanier in Potsdam hindeuten.²⁵⁾ Es kann deshalb auf Grund der schriftlichen Quellen gesagt werden, daß spätestens um 1200 der Potsdamer Raum in die Markgrafschaft Brandenburg eingegliedert war. Damit bliebe aber noch genug Spielraum für eine eventuelle magdeburgische Herrschaft in Potsdam, die ungefähr zwischen 1160 und 1190 angesetzt werden könnte. Doch neueste archäologische Untersuchungen im Nordwestteltow am Rande des Grunewaldes lassen eine derart große Zeitspanne nicht zu. Das archäologische Material ergab deutliche Spuren einer frühen deutsch-slawischen Siedelbewegung, die im wesentlichen wahrscheinlich von den Askaniern geleitet wurde.²⁶⁾ Ein Teil der Dörfer, die im Rahmen dieses Siedlungsvorganges entstanden, wurde vor 1220 schon wieder aufgegeben, so daß die Dorfgründung – ein Verbleib von 1-2 Generationen vorausgesetzt – spätestens in die letzten Jahrzehnte des 12. Jahrhunderts gelegt werden muß. Soweit deutsche Bauern daran beteiligt waren, kann der Zuzug in den Nordwestteltow nur von Potsdam aus erfolgt sein. Die Gegend um Potsdam ist demzufolge noch eher in der Hand der Askanier gewesen, und man geht sicher nicht fehl, dafür ungefähr die 70er Jahre des 12. Jahrhunderts als äußersten Termin zu veranschlagen. Damit wird jedoch die mögliche magdeburgische Herrschaft in Potsdam auf 10-15 Jahre eingeeengt, also auf eine Zeit, die doch wohl zu gering ist, um

von Jüterbog aus bis Potsdam vorzustoßen, in Potsdam eine Burg oder eine Turmanlage zu bauen und außerdem die Voraussetzungen für eine städtische Siedlung zu schaffen.

Als Ausweg würde sich jetzt nur noch die Variante anbieten, daß das Erzbistum zwar für den Bau der Burg oder des Turmes in Frage käme, aber nicht für die Gründung der Stadt. Danach wäre die Burg älter als die Stadt, wogegen sich von vornherein nichts sagen ließe, da dies bei vielen Städten der Fall war. Doch für die Potsdamer Verhältnisse trifft es wahrscheinlich nicht zu. Wie schon erwähnt, lag die Burg nach der Stadtentstehung auf dem Territorium der Stadt, die eine kleine, von der Havel und von Sumpfrinnen umgebene Talsandinsel rund um den heutigen Alten Markt einnahm und mit Wall und Graben gesichert war. Die archäologischen Untersuchungen brachten den interessanten und für unsere Frage sehr wichtigen Nachweis, daß diese Burg keinen Graben besaß. Denn daraus folgt mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit – da isoliert liegende Burgen oder Türme ohne Graben im Flachland nicht üblich waren –, daß es hier keine ursprüngliche Wehranlage gab, um die sich nachfolgend eine Siedlung bildete, sondern daß die Stadt zumindest zusammen mit der Burg oder dem Turm entstand. Da andererseits kaum damit zu rechnen ist, daß in eine schon vorhandene Stadt nachträglich noch eine Burg gesetzt wurde, ist die Annahme einer gleichzeitigen Entstehung von Stadt und Burg wohl die wahrscheinlichste Lösung. Diese Gleichzeitigkeit zwingt uns, die eben erwogene Variante fallenzulassen und somit auch die Hypothese vom „magdeburgischen“ Potsdam. Der augenblickliche Forschungsstand legt es nahe, die Entstehung von Stadt und Burg Potsdam unter askanischer Herrschaft anzunehmen. Die Indizien, die für einen Vorstoß des Erzbistums bis in den Potsdamer Raum sprechen, sind aber damit nicht aus der Welt geschafft und verlangen – so oder so – eine Erklärung.

Die Untersuchung der Herrschaftsverhältnisse im Potsdamer Raum gibt noch keine Antwort auf die Frage, wann die Stadt entstanden sein könnte, da Herrschaftsbildung und Stadtgründung nicht unbedingt zur selben Zeit erfolgen mußten. Weitere Überlegungen sind also erforderlich. Einen wichtigen Anhaltspunkt liefert die vermutlich gleichzeitige Entstehung von Stadt und Burg. Daraus darf sicher der Schluß gezogen werden, daß die Wehrfunktion der ganzen Anlage relativ stark ausgeprägt war. Das würde wiederum mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bedeuten, daß die Stadt in einer Zeit entstand, als der Potsdamer Raum unmittelbar an der Grenze des askanischen Herrschaftsbereiches lag. Somit kämen wir für die Anfänge der Stadt auf die Jahre oder Jahrzehnte vor 1228, da für das Jahr urkundlich bezeugt ist, daß die Gegend südlich von Potsdam askanisches Territorium war, während die östlich der unteren Nuthe gelegenen Gebiete ja schon in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts askanische Besiedlung aufwiesen. Dieser Zeitansatz wird auch noch durch andere Indizien unterstützt. Die eine

Zeichnung von Memhardt zeigt die Potsdamer Kirche mit einem breiten Westturm, wie er für die romanische Bauperiode typisch ist. Dieser Baustil endete in der Mark Brandenburg etwa um 1250, so daß die Stadt Potsdam zu der Zeit schon existiert haben muß. Weiter wissen wir, daß die Markgrafen Johann I. und Otto III., die in den Jahrzehnten vor 1250 die Regierung ausübten, viele Städte gründeten bzw. ausbauen ließen, jedoch jeder Stadt eine größere Feldmark zulegten. Potsdam besaß im Mittelalter aber nur eine kleine Feldmark, so daß es von daher nicht wahrscheinlich ist, daß die Stadt Potsdam Johann I. oder Otto III. ihr Entstehen verdankt. Johann I. als der ältere der beiden Brüder wurde 1225 mündig. Auch aus dieser Sicht gibt sich also ungefähr die gleiche obere zeitliche Begrenzung.

Die Möglichkeiten einer Zeitbestimmung sind hiermit noch nicht ausgeschöpft, denn der feudale Kontrahent der Askanier, das Erzbistum Magdeburg, wurde bisher nicht berücksichtigt. Dazu der folgende Gedanke: Wäre die Ostzauche, als die Askanier in den Potsdamer Raum kamen – nach unseren Berechnungen spätestens in den 70er Jahren des 12. Jahrhunderts –, noch nicht im Einflußbereich des Erzbistums gewesen, wäre sie sicher von den Askaniern siedlungsmäßig erschlossen worden. Dann wäre Potsdam aber nie in Grenzlage mit einem Konkurrenten der Askanier gewesen, und es wäre schwer, Gründe dafür zu finden, warum Potsdam als Einheit von Stadt und Burg angelegt worden ist. Es ist demnach nicht unwahrscheinlich, daß die Ostzauche, als die Askanier Potsdam erreichten, schon im Einflußbereich des Erzbistums lag und daß die Gründung von Stadt und Burg Potsdam eine Ausdehnung der Magdeburger Herrschaft über die Havel hinaus verhindern sollte.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen. In Abwägung der überlieferten Tatsachen und der erörterten Indizien erblicken wir in Potsdam – mit aller Vorsicht sei es gesagt – eine der frühesten Städte der Mark Brandenburg, die nach 1157 im 3. Viertel des 12. Jahrhunderts entstand in Einheit mit einer Wehranlage und als Grenzbefestigung gegen das Erzbistum Magdeburg, das in der damaligen Zeit von Jüterbog aus über Luckenwalde nach Norden vordrang, um im Nuthegebiet eine Territorialherrschaft zu errichten.

Anmerkungen:

- 1 Diese Burg ist in der Überschrift gemeint. Außerdem existierte in Potsdam ein slawischer Burgwall, der nach der Stadtentstehung seine Bedeutung verlor.
- 2 E. Fidicin, Die Territorien der Mark Brandenburg, Bd. 2/1: Potsdam, Berlin 1858; G. Sello, Potsdam und Sanssouci, Breslau 1888.
- 3 Außer den Zeitungsartikeln, die hier nicht aufgezählt werden können, wären zu nennen:
K. Schäfer, Potsdams tausendjährige Geschichte 928/29–1929, Berlin 1929; J. Mahnkopf, Entstehung und ältere Geschichte der havelländischen Städte, Rathenow 1933.
- 4 Die wichtigsten Beiträge R. Hoffmanns sind:
Die Stadtkernforschungen in Potsdam, in: Märkische Heimat, Bd. 1 (1956), S. 22–29;

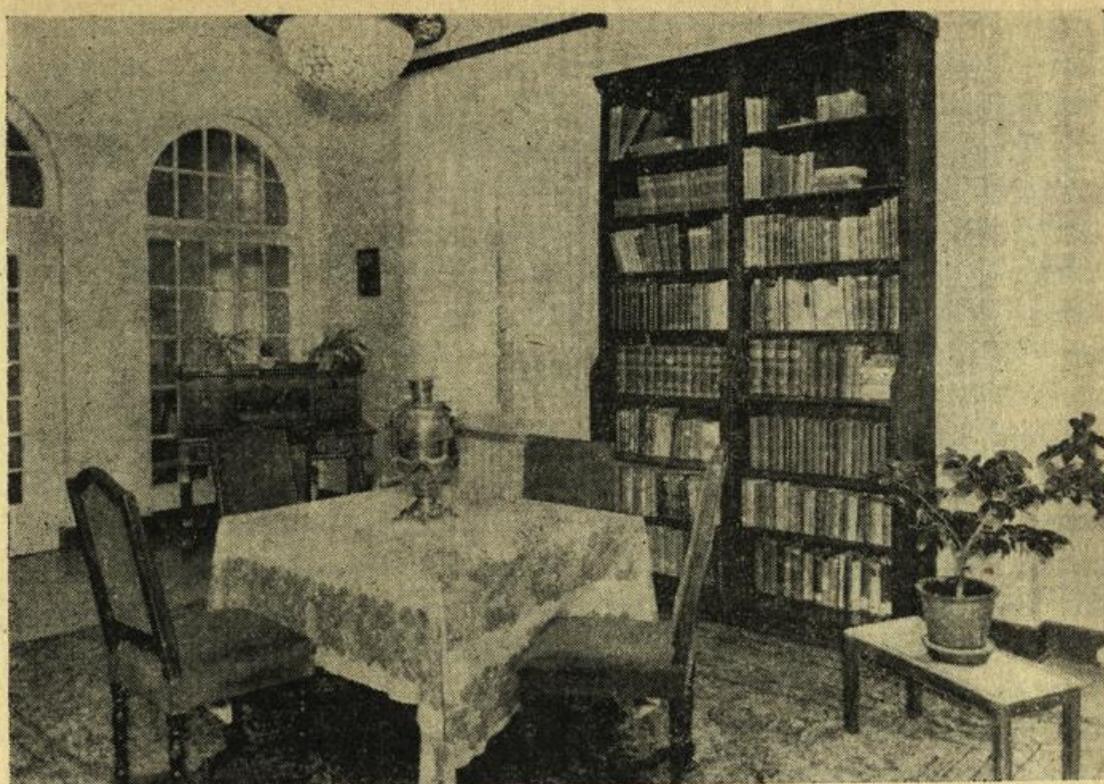
- Die Stadtkernforschungen in der Altstadt von Potsdam, in: Ausgrabungen und Funde, Bd. I (1956), S. 32-40; Die Stadtkernforschungen in Potsdam in den Jahren 1958 bis 1960, in: Ausgrabungen und Funde, Bd. 6 (1961), S. 145-153.
- 5 Die Gesamtdarstellung der Potsdamer Geschichte erscheint im Laufe des Jahres 1984. Die dort zu findenden Erörterungen über die Anfänge der Stadt sind älter als die hier vorliegenden Gedanken.
- 6 H.-J. Giersberg/H. Knitter, Potsdam. Stadtführer-Atlas „Tourist“, Berlin-Leipzig 1978, S. 7.
- 7 Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Bezirk Potsdam, hrsg. vom Institut für Denkmalpflege, Berlin 1979, S. 285.
- 8 D. Schulte/H. Knitter, Potsdam im Bild der Geschichte, Teil I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1945, Potsdam 1979, S. 4.
- 9 Architekturführer DDR. Bezirk Potsdam, Berlin 1981, S. 16.
- 10 R. Hoffmann, Die Stadtkernforschungen in Potsdam, 1962, Manuskript (im Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam), S. 29 ff., hält das slawische Dorf im 12. Jahrhundert nicht mehr für existent; die demnächst erscheinende Gesamtdarstellung der Geschichte Potsdams geht dagegen auf Grund einiger Funde, die nach 1962 gemacht wurden, davon aus, daß es die Siedlung noch gab. Das Ende des dazugehörigen Friedhofes, der sich unmittelbar östlich des heutigen Alten Marktes befand, wird aber auf das 11. Jahrhundert datiert (Ch. Plathe, Slawische Gräberfelder im Potsdamer Havelland, in: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, Bd. 10 (1976), S. 239), so daß m. E. mit Siedlungsveränderungen zu rechnen ist.
- 11 Deren Friedhof ist aber, wenn Plates Datierung stimmt, ebenso unbekannt wie der der Burgwallbewohner des 12. Jahrhunderts.
- 12 R. Hoffmann, Manuskript, S. 181 ff. Seiner Meinung nach siedelten dort zwar Slawen, aber erst nach dem Übergang der Macht an den deutschen Feudaladel, d. h., er rechnet mit einer Zwangsumsiedlung. Siehe dazu die folgenden Ausführungen! B. Krüger, Der Kietz und die Burgfischergemeinde in Potsdam, in: Märkische Heimat, Sonderheft 2 (1961), S. 68, deutet die Überreste dagegen als selbständige spätslawische Siedlung, doch ohne weitergehende Beweise.
- 13 Nur auf zwei Momente sei hingewiesen: Inhaber von Marktbuden auf der nördlichen Seite des Marktes zahlten ihr Stättegeld an die Stadt, die auf der südlichen Seite an die Burg; die persönlichen Rechte der Potsdamer Fischer, die mit Sicherheit dort wohnten, wo eventuell im 12. Jahrhundert die slawische Siedlung lag, waren geringer als die der übrigen Stadtbewohner. Vgl. G. Sello, Potsdam und Sanssouci, S. 85 ff. Es ist unwahrscheinlich, daß nach der Stadtentstehung solche „Rechtsteilungen“ vorgenommen worden sein sollen.
- 14 Es handelt sich um zwei Zeichnungen, die J. G. Memhardt 1672 anfertigte. Bis 1945 befanden sie sich im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. Ihr jetziger Standort konnte nicht ermittelt werden; vielleicht sind sie verschollen. Reproduktionen u. a. bei G. Sello, Potsdam und Sanssouci.
- 15 Das mittelalterliche Potsdam wurde ja vom Ende des 17. Jahrhunderts an systematisch abgerissen, um den Bauten einer „modernen“ Residenzstadt Platz zu machen.
- 16 R. Hoffmann, Manuskript, S. 85.
- 17 Vgl. O. Liebchen, Siedlungsanfänge im Teltow und in der Ostzauche, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 53 (1941), S. 222 ff.
- 18 Codex diplomaticus Brandenburgensis, hrsg. von A. F. Riedel, 1. Hauptteil, Bd 10, Berlin 1856, S. 198. Die Ministerialen waren höhergestellte Dienstmannen eines Fürsten oder des Königs, denen mitunter – wie es hier auch der Fall war – Burgbezirke unterstellt waren. In jener Zeit vollzog sich ihr Aufstieg in den Adel. Teilweise verselbständigten sie sich und wechselten den Herrn.

- 19 Ebenda, S. 196/97.
- 20 Manuskript, S. 86 ff.
- 21 Sie befand sich zusammen mit den Zeichnungen Memhardts im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin und teilt deren Schicksal. Siehe Anm. 14! Auch diese Zeichnung ist bei Sello, Potsdam und Sanssouci, wiedergegeben.
- 22 R. Hoffmann, Manuskript, S. 46.
- 23 Vgl. C. Ch. Heffter, Urkundliche Chronik der alten Kreisstadt Jüterbog und ihrer Umgebungen, Jüterbog 1851, S. 182.
- 24 Codex diplomaticus Brandenburgensis, 1. Hauptteil, Bd. 7, Berlin 1847, S. 469.
- 25 Die nächsten Erwähnungen nach 1228 sind: 1239 erhält Kloster Spandau Lankwitz (Urkundeninventar von Kloster Spandau, hrsg. von F. Curschmann in: Jahrbuch für brandenburgische Kirchengeschichte, Bd. 1 (1904), S. 41. 1242 erhält Kloster Lehnin Zehlendorf und das in dessen Nähe liegende Slatdorf (Codex, 1. Hauptteil, Bd. 10, S. 201).
- 26 Die Ergebnisse sind an vielen Stellen veröffentlicht worden. Stellvertretend sei genannt: A. v. Müller, Zur hochmittelalterlichen Besiedlung des Teltow, in: Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte, Sigmaringen 1975, S. 311-332.

Die Bibliothek Clara Zetkins in Birkenwerder

Von Fritz Staude

August 1929 zog Clara Zetkin von Stuttgart nach Birkenwerder bei Berlin, um für ihre Verpflichtungen als Mitglied der Parteiführung, als Redakteurin und Reichstagsabgeordnete günstigere Bedingungen zu haben. Sie bezieht ihr Haus gemeinsam mit ihrem Sohn Kostja. In Birkenwerder verbleibt Clara Zetkin bis Ende 1931. Soweit es ihr gesundheitlich möglich ist, nimmt sie aktiv an der Parteiarbeit teil und wirkt im Deutschen Reichstag. Ende 1931 reist sie nach Moskau, um ihren internationalistischen Verpflichtungen nachzukommen. Obwohl äußerst schwach, kommt sie dem Ruf der Partei nach und eröffnet am 30. August 1932 als Alterspräsidentin den Deutschen Reichstag. In ihrer bedeutungsvollen Rede fordert sie die Werktätigen Deutschlands auf, in der antifaschistischen Einheitsfront das Gebot der Stunde zu erkennen. Dabei müßten alle politischen und weltanschaulichen Differenzen zurücktreten, um der faschistischen Gefahr zu begegnen. Es sollte der letzte Aufenthalt Clara Zetkins in Deutschland sein. Nunmehr nahm sie auch ihre Möbel und die Bibliothek mit nach Moskau. Es waren mehr als 3000 Bücher. Sie waren Quell, aus dem sie schöpfte, sich



Arbeits- und Wohnzimmer in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder bei Berlin mit einem Teil der Bibliothek

theoretisch vertiefte und aus dem sie Schlüsse für den politischen Kampf zog. So ist es auch verständlich, daß die Werke von Marx, Engels und Lenin in ihrem Umfang an erster Stelle stehen, aber auch A. Bebel, F. Mehring, K. Kautsky, R. Luxemburg haben einen vorderen Platz in der Bibliothek. Unter der schöngeistigen Literatur sind J. W. Goethe, F. Schiller, Ch. Dickens, H. Heine, F. Freiligrath und M. Gorki anteilig stark vertreten. Über 150 Bücher enthalten Widmungen der Verfasser, von denen G. Alexander, M. Cauer, E. Drahn, S. Katajama, K. Kautsky, N. Krupskaja, P. Lafargue, B. Lask, F. Leßner, K. Liebknecht, R. Luxemburg, J. Marchlewski, F. Mehring, E. Meyer, E. Mühsam, A. Popp, H. Rau, F. Rubiner, O. Rühle, B. Schön-lank, H. Schulz, E. Stöcker, M. Wittich, M. Wurm besonders zu erwähnen sind.

Clara Zetkin hat nach unseren Untersuchungen nicht die vollständige Bibliothek mit nach Moskau genommen. Sie ließ einen Teil der Bücher und Schriftgut zurück, das in der Dachkammer ihres Hauses in Birkenwerder abgestellt war.

Nach der Reichstagsbrandprovokation fand am 3. März 1933 im Zuge der umfassenden Verfolgungswelle der Nazis gegen Kommunisten und Antifaschisten auch im Hause Clara Zetkins eine Durchsuchung statt. Darüber berichtet der Polizei-Hauptwachtmeister von Birkenwerder:

„Frau Zetkin ist bereits seit einem Jahr von hier nach Rußland verzogen und sind sämtliche Wohnräume von ihr geräumt worden. Nur in der Dachkammer befinden sich noch eine größere Anzahl von Büchern und Druckschriften. Diese sind ordnungsgemäß bei dem Auszuge gebündelt und sind daher in diesem Zustand belassen worden. Die Dachkammer wurde versiegelt und verplombt. Es wird gebeten, die Druckschriften der Zetkin evtl. von der politischen Abteilung des Polizeipräsidioms Berlin einer Durchsicht unterziehen lassen zu wollen.“¹⁾ Zu vermerken ist, daß am gleichen Tage auch die Verhaftung Ernst Thälmanns erfolgte.

In diesem Zusammenhange ist noch eine Information des Polizei-Hauptwachtmeisters von Birkenwerder vom 22. April 1933 von Interesse: „Zetkin hat sich hier nicht sehen lassen. Die Kammer in der Villa Z. ist noch versiegelt.“²⁾ Nach Aussagen der Sekretärin Clara Zetkins, Frau Maria Segner, die von Oktober 1932 bis zum Tode der großen Revolutionärin bei ihr in Archangelskoje für die Internationale Rote Hilfe arbeitete, sei Kostja Zetkin unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 nach Deutschland gereist. Die Mutter sei in den ersten Wochen sehr in Sorge um ihren Sohn gewesen. Was Kostja in Deutschland noch erledigen wollte, kann Frau Segner nicht sagen. Diese Information machte Frau Segner schon, ehe wir die archivalische Quelle fanden, die den Tatbestand bestätigt.

Am 14. Mai 1933 berichtet der Landjägerposten Birkenwerder II, daß er am 12. Mai auf Anordnung des Abteilungsleiters Naujoks nach vorheriger Sichtung durch die Oberlandjäger Koslowski und Funnat die beschlagnahmten Druckschriften aus der Kammer geholt und bei der Ortspolizei-Behörde Birkenwerder abgeliefert hat. Im Bericht darüber heißt es: „Einige medizinische Bücher und ein Karton mit Privatschriftverkehr des Sohnes wurden nach Sichtung zurückgelassen. Unter den abgeholten Druckschriften der Clara Zetkin befand sich ein Teil handschriftlicher Arbeiten, die besonders gelegt wurden, um sie zu sichten. Es handelt sich im ganzen um etwa 15 Zentner Schriften.“ Auf dem Schreiben vermerkt der Amtsvorsteher von Birkenwerder, daß die noch zu sichtenden Druckschriften im Nebengebäude des Rathauses untergebracht sind und die übrigen dem Konzentrationslager Oranienburg zugeführt wurden.³⁾ Darüber wird noch zu berichten sein.

Am 8. September 1933 sandte der Leiter der Staatspolizeistelle Potsdam, Graf von Helldorf, an die Landräte ein Rundschreiben. Danach war beabsichtigt, „die Prozeßführung des Reichsgerichts in der bevorstehenden Hauptverhandlung gegen die Reichstagsbrandstifter, die sich naturgemäß über den eigentlichen Brandstiftungsvorgang hinaus auf die gesamten kommunistischen Umsturzvorbereitungen der Zeit vor dem Reichstagsbrand erstrecken wird, nicht nur durch bereits angeordnete Überweisung von einschlägigem Tatsachenmaterial zu fördern, sondern gleichzeitig auch in einer größeren Ausstellung der Öffentlichkeit das seit dem 30. 1. 1933 erfaßte Material zugänglich zu machen.“ Zu diesem Zwecke sandte der Landrat die Auf-

forderung abschriftlich an die Ortspolizeibehörden des Kreises Niederbarnim.⁴⁾ Dieser Aufforderung entsprach der Polizei-Hauptwachtmeister von Birkenwerder mit Schreiben vom 18. September 1933.⁵⁾ Ihm erschien das beschlagnahmte Schriftgut Clara Zetkins von Wichtigkeit, und er wollte es deshalb der Geheimen Staatspolizei übersenden. Das Schriftgut wurde in neun Paketen gebündelt und in zwei Paketen verpackt an die Geheime Staatspolizei geliefert. Es machte etwa drei Zentner aus. Dabei handelte es sich um Druckschriften, Briefwechsel, Manuskripte u. a. Die Aufstellung eines genauen Verzeichnisses war unmöglich. Am 23. September 1933 bestätigte das Geheime Staatspolizeiamt IIIc in Berlin den Empfang von zwei Kisten und zehn Paketen Schriftmaterial. Dieses Material war der Geheimen Staatspolizei wahrscheinlich nicht aussagekräftig genug. So schrieb der Polizeipräsident in Potsdam am 30. April 1934 an den Potsdamer Regierungspräsidenten, daß der Amtsvorsteher in Birkenwerder ihm die beschlagnahmten Bücher und Schriften Clara Zetkins übersandt hatte.⁶⁾ Er nahm an, daß sich unter diesen „möglicherweise Schriftstücke“ befinden, „die für das Preußische Geheime Staatsarchiv von Interesse sind. Auch unter den zahlreichen sonstigen Druckschriften, die noch hier liegen, könnten sich historisch wertvolle Korrespondenzen befinden.“ Daraufhin schrieb der Regierungspräsident von Potsdam am 8. September 1934 an das Geheime Preußische Staatsarchiv in Berlin Dahlem im obigen Sinne. Zugleich fragte er an, „ob die Sichtung des Materials durch den Beamten des Archivs demnächst vorgenommen werden kann.“⁷⁾ Für die folgende Woche wurde ein Beamter zugesagt⁸⁾, der die Sichtung am 7. Juni 1934 in Birkenwerder vornahm. „Dabei konnten keinerlei Schriften ermittelt werden, die für das Geheime Staatsarchiv von Bedeutung sind. Auch unter den sonstigen beschlagnahmten Schriftstücken und Büchern waren keine derartige Schriften vorhanden.“⁹⁾ Zugleich wurde der Antrag gestellt, „das gesamte eingezogene Druckschriftenmaterial staatsfeindlichen Inhalts nunmehr vernichten zu dürfen.“¹⁰⁾ Am 19. Juni genehmigte der Potsdamer Regierungspräsident der dortigen Staatspolizeistelle die Vernichtung des eingezogenen Druckschriftenmaterials¹¹⁾, die unmittelbar danach erfolgte.

Im Unterschied zu dem Schicksal des Schriftgutes besteht über den Verbleib der neun Zentner Bücher, die dem KZ Oranienburg übergeben wurden, noch Unklarheit.

Genosse Gerhard Albrecht, jetzt Parteiveteran in Kleinmachnow, war 1933 politischer Gefangener im KZ Oranienburg. Er berichtet, daß im Oktober 1933 auf dem Hof des KZ Bücher und Zeitschriften verbrannt wurden, unter denen sich auch einige von Clara Zetkin befanden. Genosse Albrecht hatte den Auftrag, in einem Raum, wo Fahnen der Arbeiterbewegung, Zeitungen, Schreibmaschinen und Abziehapparate und eine Menge Bücher wild auf Haufen durcheinanderlagen, Bücher Clara Zetkins zu sortieren, die später in dem sogenannten Museum aufgestellt wurden. Es mögen etwa, so er-



Clara Zetkin im Gespräch mit dem führenden Funktionär der KPD Theodor Neubauer in Birkenwerder, 1931

innert sich Genosse Albrecht, 500 bis 600 Bücher gewesen sein, unter ihnen viele Bände der damaligen Lenin-Ausgabe mit dem roten Einband, aber auch viele andere wissenschaftliche Bücher. Einige waren mit Eintragungen von Kalinin und Krupskaja. Bei der Durchsicht und Erfassung der Titel fand Genosse Albrecht auch eine Fotografie Clara Zetkins im Kreise sowjetischer Genossen. Genosse Albrecht hatte die Bücher im späteren Museum so aufgestapelt, daß vorn die belletristischen Werke und dahinter die marxistischen Bücher standen. Sie nahmen einen Raum von zwei mal drei Metern ein. Ein sowjetischer Mitgefangener hatte die Aufgabe, die russischen Titel zur Bestandsaufnahme zu übersetzen.

Schließlich vermerkt Genosse Albrecht noch, daß die Nazi-Größen in der Umgebung von Berlin des öfteren das Museum besuchten, u. a. Graf Hellendorf, Schulze-Wetzungen und Gruppenführer Ernst.

In der „Rathenower Zeitung“ vom 8. Juli 1933 wird über eine Presseführung berichtet, bei der im Ergebnis von Haussuchungen beschlagnahmte Gegenstände vorgeführt wurden. Darin heißt es: „Daneben liegen die Doktorbriefe des Marxisten Zetkin und die gesamte Bibliothek seiner berüchtigten Mutter, in kulturpolitischer Hinsicht eine bibliophile Kostbarkeit.“

Diese Information findet sich auch in dem von dem Lagerkommandanten des KZ Oranienburg, SA-Sturmbannführer Schäfer, veröffentlichtem Buch „KZ Oranienburg“, das er als sogenanntes „Antibraunbuch“ über das erste deutsche Konzentrationslager 1934 schrieb. Darin heißt es: „Das Wichtigste ist das Zimmer des Lagerkommandanten. Hier läuft alles zusammen, und hier befindet sich das Museum, eine Sehenswürdigkeit für sich. . . . Fangen wir mit der Literatur an . . . Einen großen Raum nimmt die beschlagnahmte Bibliothek der Clara Zetkin ein.“

Bei den beschlagnahmten und im KZ Oranienburg (Brauerei) ausgestellten Druckschriften dürfte es sich wohl kaum um die gesamte Bibliothek Clara Zetkins gehandelt haben. Die Menge von neun Zentern und die stets gebrauchte Formulierung „beschlagnahmte Druckschriften und handschriftliche Schriften“ sprechen dagegen. Nimmt man ein durchschnittliches Gewicht für ein Buch von 500 Gramm an, so könnten es maximal 900 Bücher gewesen sein. Darunter haben sich sicher Broschüren befunden. Es kann sich bei den Buchbeständen nur um einen Teil gehandelt haben, dem Clara Zetkin keine besondere Bedeutung bei ihrem Umzug nach Moskau beigemessen hat. Tatsache ist, daß der überwiegende Teil der Bibliothek mit nach Moskau gegangen ist. So berichtet Frau Segner, daß sie bei einem Besuch Maxim Zetkins in Moskau eine Fülle von Büchern gesehen hat, die die Wohnung geradezu erdrückte. Clara Zetkin lebte zu dieser Zeit bereits in Archangelskoje. Maxim Zetkin übergab die Bibliothek seiner Mutter 1938 dem Revolutionsmuseum der Sowjetunion in Moskau, dessen Bibliothek diese Büchersammlung aus dem Besitz der großen Revolutionärin verwaltet und im Juni 1956 der Botschaft der DDR in Moskau zur Weiterleitung an das Zentral-

komitee der SED übergab.¹²⁾ In dem Brief des Revolutionsmuseums vom 30. November 1981 an den Verfasser wird zugleich vermerkt, daß die 1933 beschlagnahmten Bücher nicht nach Moskau gekommen sind.

Das im KZ Oranienburg gelagerte Schriftgut wurde im Winter in der Lokomobile verbrannt, wie sich Genosse Albrecht erinnert.

Heute befindet sich die Bibliothek Clara Zetkins als wertvoller Sonderbestand in der Verwaltung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Sie stellt eine besondere Kostbarkeit dar. 1957 erhielt die Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder einen Teil der Sammlung als Leihgabe. Sie umfaßt 1325 Titel. Auch die Einrichtung des Arbeitszimmers Clara Zetkins wurde von Moskau in die Gedenkstätte überführt.

Wir werteten den Buchbestand in Birkenwerder aus. Wenngleich der bedeutendere Teil im Institut für Marxismus-Leninismus noch der Auswertung harret, läßt der Birkenwerder Bestand interessante Schlüsse zu. So ist es möglich, nachzuzeichnen, wie sich die Bibliothek entwickelte, vergrößerte und wie sie zur geistigen und theoretischen Grundlage des Schaffens Clara Zetkins wurde. Die Gesichtspunkte für die Zusammenstellung der Leihgabe für Birkenwerder sind uns nicht völlig bekannt. Wahrscheinlich sind es teilweise Dupla und ein wesentlicher Bestand schöngeistiger Literatur.

In der Häufigkeit stehen die Werke von Marx, Engels und Lenin an der Spitze. Ihnen folgt Karl Kautsky – anfangs Lehrer und Freund; später setzte sie sich mit dem sich zum Zentristen wandelnden Arbeiterführer und Renegaten kritisch auseinander. Einen breiten Raum nehmen die Schriften des marxistischen Historikers und Publizisten Franz Mehring ein. Das Studium seiner Arbeiten dürfte wesentlich zur Herausbildung und Festigung des marxistischen Geschichtsbildes Clara Zetkins beigetragen haben. Zwischen Clara Zetkin und Franz Mehring bestand eine tiefe geistige Übereinstimmung, die sich zu einer wunderbaren Freundschaft entwickelte, in die auch Eva Mehring einbezogen war. Einen weiteren gewichtigen Platz nehmen die Arbeiten von August Bebel und Rosa Luxemburg ein, mit der sie eng und herzlich verbunden war, auch in ihrem entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus, gegen Bernsteins Revisionismus.

Neben der politischen Literatur kristallisieren sich auch die meistgelesenen Autoren der Belletristik heraus: Maxim Gorki, der leidenschaftliche Sturmvogel, Jean Paul, der das Leben der einfachen Menschen so trefflich schildert, Heinrich Heine, den Clara Zetkin besonders liebte. So berichtet Frau Segner, daß Clara Zetkin ganze Passagen von Heines Wintermärchen auswendig zitierte. Natürlich gehörten Goethe und Schiller zum Bestand der Bibliothek. Von der Weltliteratur besaß sie u. a. Werke von Büchner, Casanova, Dickens, Droste-Hülshoff, Fedin, Fontane, France, Freiligrath, Gladkows, Gogol, Grimm, Hauptmann, Hebbel, Hegel, Herder, Hoffmann, Hölderlin, Humboldt, Ibsen, H. Mann, Mörike, Nekrassow, Andersen Nexö, Platon, Raabe, F. Reuter, R. M. Rilke, Rolland, Shakespeare, Shaw, Storm,

Strindberg, Tacitus, Spinoza, Stendhal, Vergil, Voltaire, L. Tolstoi, Tschekow, Zola. Damit sind nur die Bedeutendsten aus dem Buchbestand genannt. Die erwähnten Schriftsteller weisen aus, daß Clara Zetkin bei der ständigen Erweiterung ihres Buchbestandes auch die Entwicklung und das Interesse ihrer Söhne mitbeachtete.

Neben den Klassikern des Marxismus-Leninismus ist eine breite Palette politischer Literatur vorhanden, die insbesondere dem politischen Tageskampf diene.

Auch auf musischem Gebiet ist ein relativ breiter Bestand vorhanden: Beethoven, Bach, Grieg, Mozart, Offenbach, Rembrandt, C. M. v. Weber, Wagner, Hugo Wolff, Sänger und Komponist, war mit der Familie befreundet.

Durch die Ehe mit Friedrich Zundel, den Clara Zetkin 1899 heiratete, einem Kunstmaler und Anhänger der Sozialdemokratie, war oft eine „Künstlerkolonie“ bei Zetkin-Zundels anzutreffen, was sich auch auf Clara Zetkins-Entwicklung auswirkte, wie das beispielsweise ihre Arbeit „Kunst und Proletariat“ ausweist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß allein der Birkenwerder Bestand – obwohl es sich nicht um die vollständige Bibliothek handelt – einen soliden Fundus theoretischer und politischer Literatur, aber zugleich auch einen nicht unwesentlichen Bestand der Weltliteratur und des allgemeinbildenden Genres enthält, wie das beispielsweise 79 Reclam-Hefte bestätigen.

Einen gesonderten Platz in der Bibliothek nimmt die fremdsprachige Literatur ein. Allein 77 Bücher sind in russischer Sprache, darunter Werke von Lenin und die erste Marx-Engels-Gesamtausgabe. 34 Bücher sind in englischer und ebenfalls 34 in französischer Sprache. Hier überwiegt die Belletristik. Aber auch altsprachige Werke finden sich: 14 Titel in Latein und vier in Griechisch. Alle fremdsprachigen Werke zeigen Benutzungsspuren, wie eingeschriebene deutsche Vokabeln über dem entsprechenden Wort, Fragezeichen, Unterstreichungen u. a. Ein Teil der Bemerkungen stammt mit Sicherheit von den Söhnen Maxim und Kostja.

Bei der Belletristik zeichnet sich eine Vorliebe für den großen Roman ab. Die Werke der kleinen Form, der Dramatik und Lyrik, sind auch vorhanden, fallen aber gegenüber dem großen Roman deutlich ab. Clara Zetkin vertiefte sich nicht nur selbst in die Weltliteratur, sie hat auch alles getan, um der Proletarierin das Schaffen bedeutender Dichter zu vermitteln. So brachte sie in der „Gleichheit“ Auszüge aus Werken der Weltliteratur, Buchbesprechungen als Anregungen zur selbständigen Lektüre.

Großes Interesse brachte Clara Zetkin biographischer Literatur entgegen. In der Birkenwerder Bibliothek befinden sich 49 Schriften biographischen Inhalts. Sie ließ es sich auch niemals nehmen, bei gegebenen Anlässen in der

„Gleichheit“ oder auch in anderen Zeitungen über hervorragende Persönlichkeiten und Kampfgefährten einen biographischen Beitrag zu schreiben. Im Familienleben der Zetkins spielte die Literatur eine bedeutende Rolle. Darüber berichtet Maxim Zetkin in seinen Erinnerungen. Für Clara Zetkin war das Buch ein ständiger Begleiter und Kampfgefährte, und das bis zu ihrem Lebensende. So erzählt Lenka v. Koerber: „Im Herbst 1931 besuchte ich Clara Zetkin zum erstenmal in ihrem Haus in Birkenwerder. Sie war damals schon schwerkrank und lag auf ihrem Ruhebett im Erker ihres großen, hellen Arbeitszimmers, umgeben von ihren Büchern.“¹³⁾

Die Arbeit mit dem Buch wirkte sich auch auf den eigenen Stil Clara Zetkins aus. Sie „gewann einen Stil von persönlicher Prägung, der in der Kombination seiner Mittel eine eigene funktionelle Bedeutung besitzt. Er verbindet bündige Sachlichkeit mit rethorischer Intensität und erfrischender, kräftiger Volkstümlichkeit. Er verrät die Schulung an der Weltliteratur, der deutschen Klassik wie an der polemischen Schärfe der Klassiker des Marxismus, die auch in Fragen des Stils neue Maßstäbe gesetzt haben.“¹⁴⁾ Franz Mehring wertete Clara Zetkins Redaktionsarbeit sehr hoch. Danach sind die Jahrgänge der „Gleichheit“ das unvergängliche Denkmal Clara Zetkins. Sie standen durchaus auf der Höhe des sozialistischen Prinzips. „... Nicht der geringste Vorzug der 'Gleichheit' war, daß sie ihre Leserinnen nicht nur zum praktischen Handeln und theoretischen Erkennen, sondern nicht minder zum künstlerischen Schauen anregte: ihre Beiträge waren mit dem erlesensten Geschmack redigiert.“¹⁵⁾

Aus dem Geschilderten ist ersichtlich, daß die Bibliothek in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte Birkenwerder nicht nur schmückendes und raumfüllendes Utensil ist, sondern lebendiger Quell, ein Mittel der Zwiesprache mit der großen Revolutionärin und ein Gegenstand, der sie uns nahebringt.

Anmerkungen:

- 1 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 41, Amtsbereich Birkenwerder, Nr. 7. Bl. 47
- 2 Ebenda, Bl. 47 R.
- 3 Ebenda, Bl. 93 u. 93 R.
- 4 Ebenda, Bl. 91
- 5 Ebenda, Bl. 91 R.
- 6 Ebenda, Bl. 28
- 7 Ebenda, Bl. 29
- 8 Ebenda, Brief vom 23. Mai 1934, Bl. 30
- 9 Ebenda, Bl. 32
- 10 Ebenda
- 11 Ebenda, Bl. 33
- 12 Brief des Zentralen Museums der Revolution der UdSSR Moskau, vom 30. II. 1982 an Vf.
- 13 L. v. Koerber: Erinnerungen an Clara Zetkin. In: Leipziger Volkszeitung vom 5. Juli 1957, S. 3
- 14 D. Reetz: Clara Zetkin als sozialistische Rednerin. Diss. Berlin 1973, S. III
- 15 F. Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin 1963, S. 506

Sagen aus der östlichen Prignitz *(Kreis Wittstock)*

Von Wolfgang Dost

Immer wenn auf der Kreisseite der „Märkischen Volksstimme“ ein Beitrag der Reihe „Aus der Heimatgeschichte“ veröffentlicht wird, ist das Interesse der Leser in besonderer Weise geweckt. Nicht nur Ältere sind begeistert, auch Kinder und Jugendliche zeigen ungewöhnliche Aufgeschlossenheit.

Woran liegt das? Was gibt einem modernen Menschen eine Sage von irgendeinem zweifelhaften Teufelsspuk, was eine Geschichte über Friedrich II. oder einen Wittstocker Bischof?

Es ist nicht leicht, darauf eine Antwort zu geben, zumal sich selbst der engagierte Leser oft nicht im klaren ist, warum ihn längst Vergangenes so sehr beschäftigt. Sicher liegt es vorzüglich daran, daß der unmittelbare Arbeits- und Lebensbereich des Menschen, in dem sich sein Verhältnis zu den Mitmenschen, zur Natur und Umwelt besonders ausprägt, sein „Zuhause“ ist, daß sich hier enge und tiefe rationale und emotionale Beziehungen herausbilden. Diese vielfältigen Beziehungen der Bürger zur Geschichte (und Gegenwart) ihres Territoriums sind natürlich und positiv, gehört doch zum sozialistischen Nationalbewußtsein auch die Bindung an die engere Heimat als einen Teil des sozialistischen Vaterlandes.

Ein Heimatheft wird vorbereitet

1979 wurde an die AG Heimatgeschichte des Kulturbundes die Bitte herantgetragen, für den Schulunterricht des Kreises Wittstock, besonders für die Fächer Kunsterziehung und Heimatkundlicher Deutschunterricht Sagen aus dem Territorium zu sammeln und zu publizieren. Da der Wunsch auch von zahlreichen Bürgern geäußert wurde, entschloß sich die AG, zwei Heimathefte mit Sagen aus der östlichen Prignitz vorzubereiten. Sie liegen seit Ende 1982 druckfertig vor und sind im Dezember 1983 erschienen.

Die Arbeitsweise beim Sammeln der Sagen, bei der Aufbereitung und Druckvorbereitung des Materials sollen im folgenden dargestellt werden, ebenso bestimmte Arbeitsphasen, die sich abheben lassen. Insofern soll dieser Aufsatz auch Anregung und Hilfe für Laienforscher sein.

Das Auffinden spezifischer Quellen

Für das Sammeln volkskundlichen Materials bieten sich zwei grundsätzliche Verfahrensweisen an. Zum einen ist es möglich, die mündlichen Darlegungen von zumeist älteren Gewährsleuten aufzuzeichnen. Zum zweiten kann man schriftliche Quellen sichten. Diese Variante ist – wie in unserem Falle – dann vorzuziehen, wenn es keine oder nur noch gering entwickelte mündliche Erzähltraditionen gibt, also Sagen, Märchen, Schwänke usw. nicht mehr in genügendem Maße bekannt sind.

Die Arbeit der Gruppe orientierte sich zunächst auf regionale Veröffentlichungen zum gleichen Gegenstand. Dazu gehörten die „Prignitzer Volksbücher“, die zwischen 1900 und 1914 herausgegeben wurden und vereinzelt Sagen enthielten, die – mit geringfügigen Veränderungen von R. Heuer übernommen und ergänzt – 1922 als „Prignitzer Sagen und Geschichten“ gedruckt wurden. 11 Sagen, die dem heutigen Kreis Wittstock zugeordnet werden können, sind darin enthalten, davon zwei in niederdeutscher Mundart.

Neben Heuer gab es besonders unter den Lehrern zahlreiche Sammler. So konnte allein E. Müller aus Dranse und Umgebung 5 Sagen in Mundart beisteuern. Der Vorzug seiner Tätigkeit bestand in dem Bemühen, die Erzählungen seiner Gewährsleute wortgetreu und vollständig wiederzugeben.

Auch überregionale Publikationen enthielten Sagen unseres Territoriums, so z. B. die „Landeskunde der Provinz Brandenburg“ (Band 3). In der gedrängten Darstellung wurden die Sagen zwar mancher Details entkleidet und auf den Kern reduziert, dafür aber nach Verwandtschaft der Sagenmotive geordnet. Ähnliches gilt für W. Matthes „Urgeschichte der Ostprignitz“, der – entsprechend seinem Anliegen – lediglich Sagen berücksichtigt, die mit Bodendenkmalen und Bodenfunden verbunden sind.

Die meisten der gesammelten Sagen sind zwischen 1905 und 1926 erschienen; eine beachtenswerte Ausnahme bildet die Sage vom „Gottlosen Krüger“ aus Schweinrich, 1868 von Engeli/Lahn veröffentlicht. Beim Vergleich der ältesten Fassung mit späteren aus den Jahren 1922 und 1926 wird deutlich, wie sehr Sagen mitunter über einen längeren Zeitraum variiert werden können.¹⁾ Wird 1868 noch auf 11 Seiten mit dem gottlosen Krüger ein Teufelsbündner dargestellt, dessen lästerliches Leben breiten Raum einnimmt und der ruhelos als Kobold sein Unwesen treiben muß, so ist später – nur noch auf einer Seite – lediglich von einem Kobold die Rede, der die Bewohner des Dorfes schrecklich peinigt und schließlich gebannt wird. Auch heißt die Sage jetzt „Der Kobold in Schweinrich“.

Solche gravierenden Veränderungen, die sogar den Kern der Sage berühren, sind allerdings selten, häufiger sind – vor allem bei spontaner mündlicher

1 In mehreren Fällen haben Sammler die Sagen durch ausschmückende Passagen verändert, oft sogar entstellt. Eine solche Praxis ist auch bei der sehr umfangreichen Fassung von 1868 nicht auszuschließen.

Wiedergabe – Unsicherheiten und Abweichungen, wenn Angaben zur meist namentlich genannten Person, zur Zeit oder zum genauen Handlungsort der Sage gemacht werden müssen. Stets ist aber die Absicht des Erzählers zu erkennen, genaue Angaben über den Handelnden zu machen, weil davon die Glaubwürdigkeit der Sage abhängt.

Das Ergebnis 2 1/2-jähriger Arbeit sind 27 Sagen aus der östlichen Prignitz, darunter

- 4 Orts(entstehungs)sagen
- 5 Teufelssagen (bzw. über Stellvertretergestalten oder Teufelsbündner)
- 2 Sagen über die „wilde Jagd“
- 6 Wundersagen
- 2 Sagen über historische Persönlichkeiten
(Friedrich II., den Wittstocker Bischof Konrad)
- 2 Sagen, die Bauernschwänken nahestehen

Die Sage von den „Unnererdschen“ (Unterirdischen) war ebensowenig zu lokalisieren wie 2 Sagenrelikte über die „wilde Jagd“.

Überprüfen, inwieweit die überlieferten Sagen heute noch lebendig sind

Mit dieser, aufgrund zahlreicher Sagenvarianten relativ umfangreichen Sammlung sollte nun in zweifacher Weise weitergearbeitet werden. Zum einen bedurfte es der Kenntnis, inwieweit die Sagen heute noch gegenwärtig sind, zum anderen war es nötig, zu ermitteln, welche der Varietäten einer Sage am günstigsten aufgenommen wird. Wir mußten uns zudem fragen: Kann die Sage unverändert abgedruckt werden oder sind Wort- bzw. Sach- erklärungen vonnöten? Müssen die in niederdeutscher Sprachform überlieferten Sagen mit einem Wörterverzeichnis versehen werden oder ist eine hochsprachliche Übertragung neben die Mundartsage zu stellen?

Besondere Aufmerksamkeit erforderten Sagen in hochsprachlicher Fassung, in denen Dialoge oder Dialogteile in Niederdeutsch enthalten waren. Wegen der besonderen Wirkung wurde die Mundart hier zumeist beibehalten und eine hochsprachliche Übertragung hinzugefügt.

Zur exakten Erfassung der gegenwärtigen Verbreitung der Sagen wurden vor allem mit Hilfe der Schulen Informationen eingeholt. Es ergab sich folgende Situation:

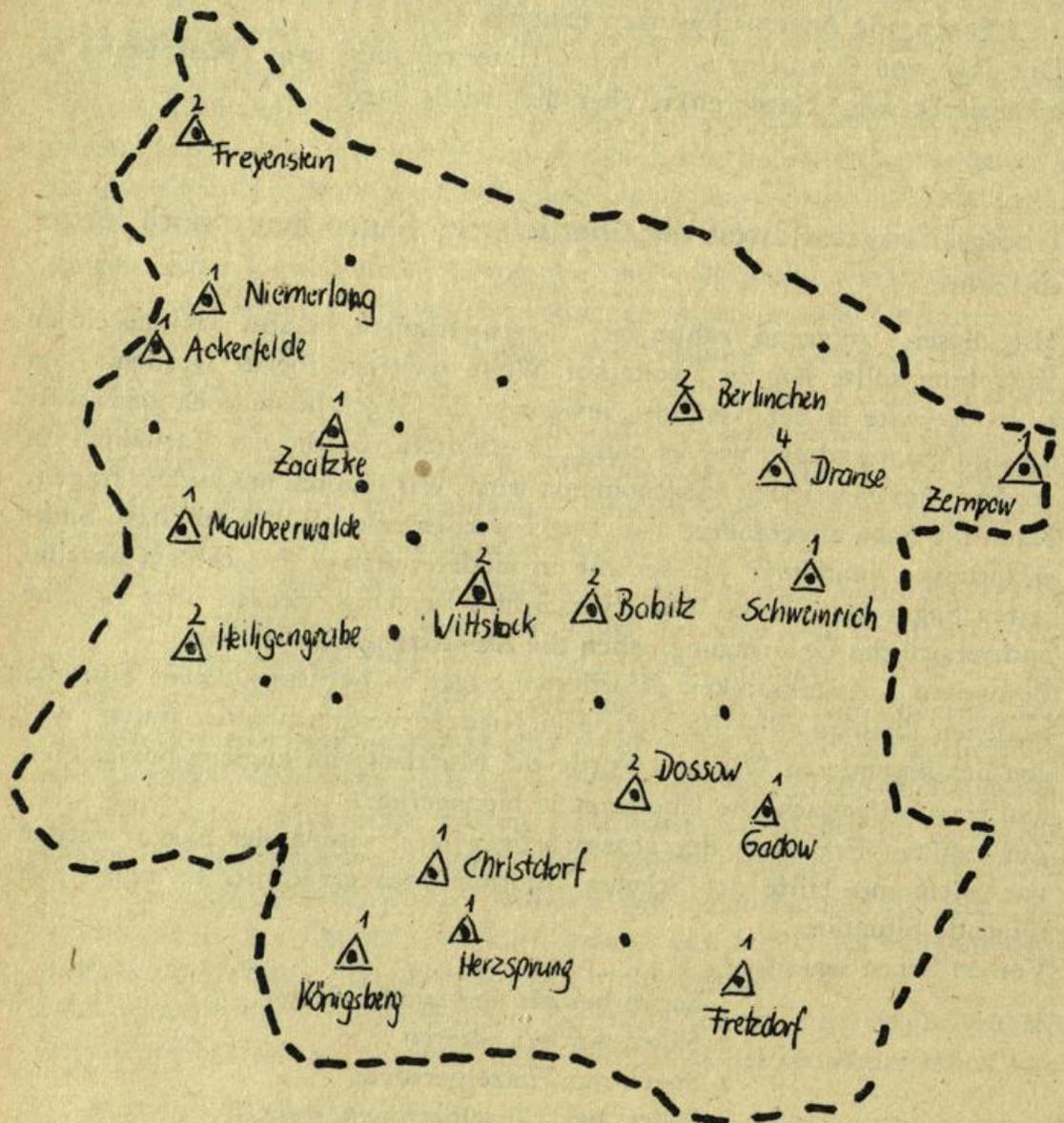
Von 27 Sagen waren

- 5 Sagen bei alt und jung bekannt
- 8 Sagen nur bei Älteren
- 2 Sagen nur Einzelpersonen
- 2 Sagen bei Einzelpersonen resthaft
- 10 Sagen nicht mehr bekannt.

Die Sagen wurden hauptsächlich durch Lehrer (besonders in den Anfangsklassen) und ältere Bürger (sehr häufig Großeltern) weiterverbreitet. Das Vorlesen dominierte gegenüber dem Erzählen. Sagen in niederdeutscher Sprachform wurden von Schülern der Landschulen in den Anfangsklassen, in Wittstock auch von älteren Schülern und von Erwachsenen nicht ohne größere Hilfe verstanden.

Probleme der Bewahrung und Pflege volkskundlicher Überlieferung

Sollte unsere Sagensammlung günstig aufgenommen werden, so mußten sowohl Sprache als auch Inhalt verständlich sein. Bereits bei den Vorlese- und



Überlieferung von Sagen in Orten des Kreises Wittstock

Erzählproben vor Schülern und Erwachsenen wurden „Störfaktoren“ aus-
gesondert, indem geringfügige sprachliche Veränderungen vorgenommen
wurden. Bei einer größeren Zahl von Sagen reichte das jedoch nicht aus. Je-
nachdem, ob Anmerkungen, Worterklärungen oder Übertragungen in eine
andere Sprachform nötig waren, wurden die gesammelten Sagen in 4 Grup-
pen eingeteilt:

1. Gruppe

Sagen, die ohne wesentliche Hinweise in ursprünglicher Form abgedruckt
werden können

2. Gruppe

Sagen, bei denen Anmerkungen zum Zwecke besseren Verständnisses er-
forderlich sind

3. Gruppe

Sagen in niederdeutscher Sprachform, die mit einem Wörterverzeichnis ver-
sehen werden

4. Gruppe

Sagen in niederdeutscher Sprachform, denen hochsprachliche Übertragungen
beigefügt werden.

Wie die Babitzer zu ihren Wiesen kamen

(Beispiel für Sagen der ersten Gruppe)

Zwischen Babitz und Wittstock zieht sich von Norden nach Süden ein etwa
400 m breiter Wiesenstreifen hin. Er gehört den Babitzer Bauern, soll aber
ehemals Wittstocker Besitz gewesen sein, wofür man als Beweis die zwischen
den Wiesen und Babitz gelegene Landwehr ansieht (ein tiefer Graben, der
vermutlich die ursprüngliche Grenze bezeichnet).

Um diese Wiesen soll es viel Streit gegeben haben. Und um ihn zu beenden,
kam man schließlich überein, daß die Wiesen der Partei gehören sollten, de-
ren Oberhaupt an einem bestimmten Tag dem anderen zuerst „Guten Mor-
gen“ sagen würde.

Der Tag kam, und kaum war die Sonne aufgegangen, da war der Bürger-
meister von Wittstock schon auf dem Wege nach Babitz, begleitet von den
guten Wünschen seiner braven Wittstocker.

Er schritt tüchtig aus. Bald hatte er die Wiesen erreicht und sah Babitz vor
sich. Noch war kein Schulze (Dorfbürgermeister) zu sehen. „Alle Wetter“,
denkt der Bürgermeister, „den werd' ich aus den Federn trommeln!“ Da
schallt es fröhlich von oben herab: „Goden Morjen, Herr Börjermeister!“

Sitzt da der schlaue Schulze lachend im Astwinkel einer Pappel, von wo aus
er seit geraumer Zeit schmunzelnd beobachtet, wie der Wittstocker im
Schweiß seines Angesichts auf Babitz zumarschierte.

Der Wittstocker Bürgermeister mußte sich fügen, und seither gehören die
Wiesen den Babitzern.

Die Gründung des Klosters Heiligengrabe¹⁾

Im Mai des Jahres 1286 wurde eines Nachts aus der Kirche des Dorfes Techow (heute Heiligengrabe) kostbares Kirchengesetz geraubt, darunter auch eine geweihte Hostie²⁾. Der Verdacht fiel auf einen Juden³⁾, der in der Herberge eingekerkert, dann aber verschwunden war. Er wurde zwar in Pritzwalk gefasst und ins Gefängnis gesteckt; man konnte ihm aber nichts beweisen.

Erst als ein Bürger, als Priester verkleidet, ihn häufig im Gefängnis besuchte, gab er seine Tat zu und erzählte den ganzen Hergang.



Bildliche Darstellung der Sage von der Entstehung des Klosters Heiligengrabe

Dorfes
runter
n der
Pritz-
es be-
such-



o · de · Jude · dat · hellige · Sacrament ·
vnder · de · Galgen · begroff · | · 8 · >

Er hatte heimlich die Herberge verlassen, die Kirchentür aufgebrochen und den Raub ausgeführt. Dann war er in großer Hast nach Pritzwalk geflohen, denn er wußte, daß der Galgen auf ihn wartete, wenn man ihn ertappte. Da er aber plötzlich Angst vor der geweihten Hostie bekam, zerbrach er sie und verscharfte sie.

Nach diesem Geständnis wurde er zu der Stelle geführt, wo er die Hostie vergraben hatte. Als man sie ausgrub, war sie wie auch die Erde ringsum vom Blut gerötet.

Die Teile der Hostie wurden aufgesammelt und zunächst in Pritzwalk aufbewahrt. Der Jude aber wurde öffentlich hingerichtet. Nicht lange danach

geschahen an der blutgetränkten Stelle, wo die Hostie gelegen hatte mancherlei Wunder.

Bischof Heinrich von Havelberg, der zunächst nicht an das Wunder glaubte, erkrankte in der Nähe von Techow schwer und wurde erst gesund, als er an der Stelle, wo die blutige Hostie gelegen hatte, betete. Er ordnete deshalb an, daß an dieser heiligen Stätte eine Kapelle gebaut werden sollte.

Markgraf Otto mit dem Pfeile (1267–1308) wollte in der Nähe von Techow ein Jagdschloß bauen. Als er jedoch in der Nähe der heiligen Stätte rastete, wurden alle mitgeführten Speisen zu Blut und in der Nacht befahl eine Stimme, ein Nonnenkloster zu gründen. Sehr bald wurde mit dem Bau begonnen und eine Kapelle errichtet, an deren Wände der Hostiendiebstahl dargestellt wurde. Als die Kapelle fertig war, wurden die Teile der Hostie sowie die blutgetränkte Erde unter einer Grabplatte in der Kapelle verwahrt. Diese Stelle nannte man fortan das „Heilige Grab“ und die Kapelle die „Blutskapelle“.

Die Teile der blutigen Hostie sollen noch 1517 ihre Wunderkraft besessen haben.

- 1 Die Entstehungssage ist auf 6 Bildern in der Blutskapelle des Klosters dargestellt. Der Text ist in niederdeutscher Mundart abgefaßt – vgl. auch die beiden Fotos.
- 2 geweihte Hostie: Nach Vorstellung der kath. Kirche wurde das Abendmahlbrot, wenn es vom Priester geweiht war, zum Leib Christi. Deshalb färben sich die Teile der Hostie und die Erde um die Hostie auch blutrot. Der Hostiendiebstahl verlangte schwere Bestrafung, hier sogar den Tod.
- 3 Diese Sage widerspiegelt feindliche Hetze und Haß gegenüber den Juden. Der Antisemitismus wurde von den Faschisten bewußt hervorgehoben.

De Kobold in Schwinrich

(Beispiel für Sagen der dritten Gruppe)

Ne schnurrige Geschicht is't müt'n Kobold west¹⁾, de früher in Schwinrich sien Wesen har²⁾. Et was man een lütt Männken as³⁾ de Hand lang, un rode Hosen hadd de Kerl an as-n Franzos. Ärjern dät he de Lüd un't Vieh alltohop⁴⁾, öwers faten künn em keen.

Johann Kobers Peer hett he öwer Nacht so dull reeden⁵⁾, dät's noch am annern Morgen schümt⁶⁾ hem. Bi Lehsch ult Zorgon (Zadrian) un bi Buer Lemk wört ahnlich so. Un wenn de Lüd ok no'n Kobold schlohn dähn, husch wär he furt; un nem oll Kober ok de Flint un schütt no em, den Schlingel was nich bitokoom.

Do keem een Scharprichter no Schwinrich, de künn mehr as anner Lüd, de dät den Kobold bann. Un darmit det ganz sicher wär, spunt he em in't Fat, wo züs to Aust⁷⁾ de Schluck rinkeem, un hängt em in de Bärkendrift bi de Zechliner Stroot an'n Boom.

Nu was Schwinrich den Düwel los west, wenn nich twee Hannwarksburschen, de dis se Stroot keemen un wie ümmer groten Dost hadden, dät Fat upkorkt hadden. Fffst, fohr de Kobold rut un wärer hen in Kober sien Stall. Dort dreewt⁸⁾ he gewiß hüt noch sien Wesen, weer nich de Bärenführer koom. De stellt sien twee brunen Gesellen in'n Perdstall. As nu de Kobold ok disse reeden un luusen⁹⁾ wull, keem he an de falsche Adress'. De Bären packten unzwackten em, det he schreech¹⁰⁾ un bebberte. Daröwer keem Kober und de Noborn in'n Stall. As se de Dör upmokten, sprung de Kobold rut un schreech: „Bi ju koom ik in't Lewen nich wärer!“ (Zu euch komme ich im Leben nicht wieder!)

- 1) gewesen
- 2) sein Wesen treiben
- 3) wie
- 4) überall und ständig
- 5) geritten
- 6) schäumten
- 7) zur Erntezeit
- 8) treibt
- 9) Läuse absammeln
- 10) schrie

De Uphocker

(Beispiel für Sagen der vierten Gruppe)

Von Berlinken no Drans' föhrt obends een Mann. Ünnerwägens fangen de Peer ümmer schworer un schworer an to trecken, as ob een grotn Packen upn Wogen licht. Müt eens kiekt sich de Buer üm un sieht een Kalw up den Wogen liejen. He nich ful un schleiht det Dert düchtig mit de Wogenrung dörch. Do bien ersten Schlooch röpt dät Kalw, dät wärer niks is as de Düwel sülwst: „Dät is een!“ un bi den tweeten: „Dät sünd twee!“ Un nu gliexen: „Un nu noch een!“ Öwers de Buer is klok un secht: „Ne, nu kehr'k erst min Rung üm.“ Schlimm wär dät em gohn, har he drei Schlööch mit dät sülwicht En' utdeelt. De Düwel har denn sien Macht öwer em har.

Der Aufhocker

Eines Abends fährt ein Mann von Berlinchen nach Dranse. Unterwegs fangen die Pferde an, immer schwerer und schwerer zu ziehen, als ob sie eine große Last auf dem Wagen hätten. Als sich der Bauer einmal umschaute, sieht er ein Kalb auf dem Wagen liegen. Er, nicht faul, schlägt das Vieh tüchtig mit der Wagenrunge durch. Beim ersten Schlag ruft das Kalb, das weiter nichts ist als der Teufel selbst: „Das war der erste!“ Beim zweiten Schlag: „Das ist der zweite!“ und nun fordert es: „Und nun noch einen!“

Aber der Bauer ist klug und sagt: „Nein, nun kehre ich erst meine Runge um.“

Schlimm wäre es ihm ergangen, hätte er drei Schläge mit dem selben Ende ausgeteilt. Der Teufel hätte dann seine Macht über ihn gehabt.

Literaturangaben

Woeller, Waltraud: Volkssagen zwischen Hiddensee und Wartburg, Berlin 1979

Matthes, Walter: Urgeschichte des Kreises Ostprignitz, Leipzig 1925

Heuer, R.: Prignitzer Sagen und Geschichten, Pritzwalk 1922

Autorenkollektiv: Landeskunde der Provinz Brandenburg, III. Teil: Die Volkskunde, Berlin 1912

Engelien, A./Lahn, W.: Der Volksmund in der Mark Brandenburg, Berlin 1868 (Teil I)

Kopp, W. (Herausgeber): Prignitzer Volksbücher (1-100), Pritzwalk o. J.

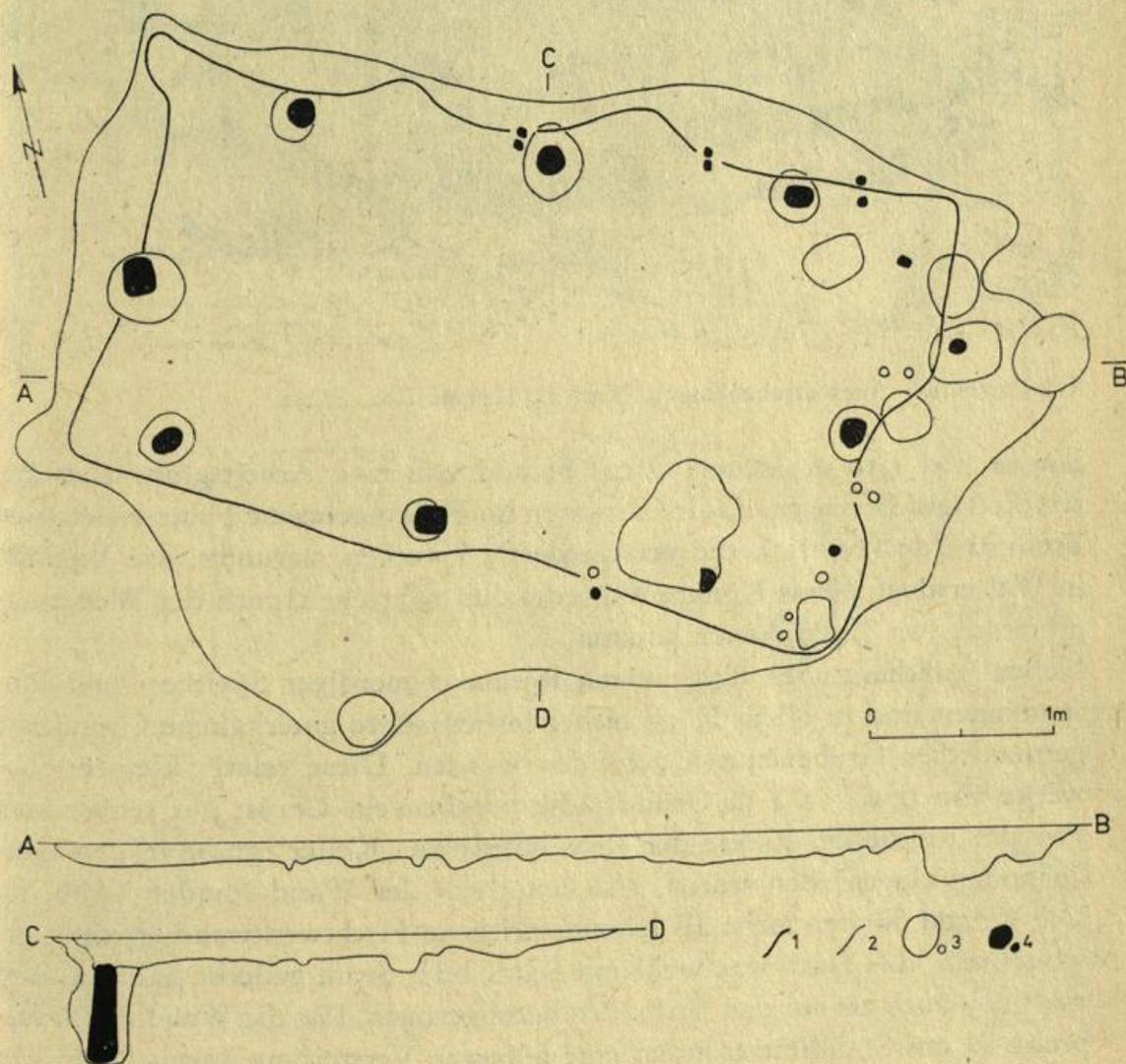
Zur Ausgrabung einer germanischen Siedlung der römischen Kaiserzeit bis Völkerwanderungszeit im Dahme-Seengebiet

Von Sven Gustavs

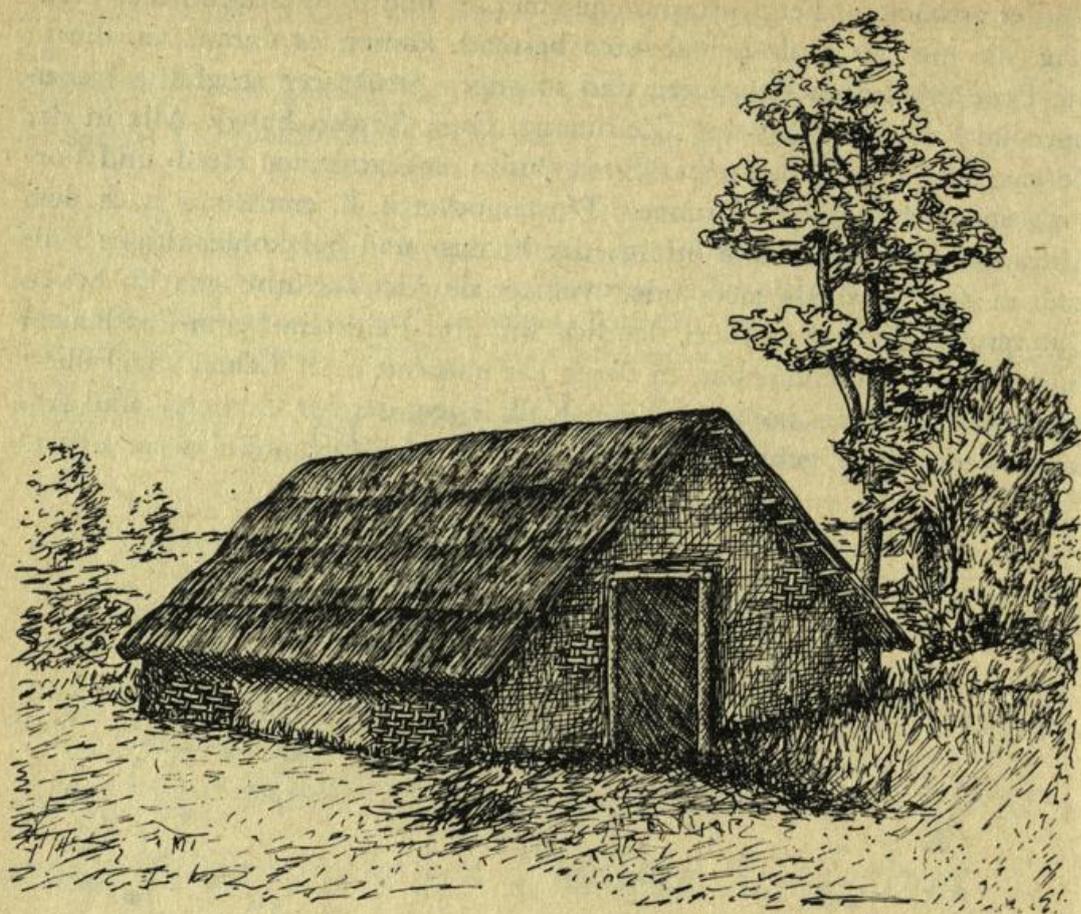
Alljährlich belebt sich in Klein Köris, Kreis Königs Wusterhausen, das Grabungsgelände des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Fleißige Helfer, darunter Mitglieder von Schülerarbeitsgemeinschaften, ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger und weitere Interessenten, wirken bei den hier durchgeführten Forschungsarbeiten mit. Diese Entdecker-Arbeit verlangt zwar streckenweise einigen körperlichen Einsatz und dazu Ausdauer, Sorgfalt und gute Auffassungsgabe, bietet den Grabungsteilnehmern aber auch viel Interessantes und manche Überraschung.

Anlaß für erste Untersuchungen des Museums an dieser Stelle im Frühjahr des Jahres 1976 war eine Meldung des ehrenamtlichen Kreisbodendenkmalpflegers für den Kreis Königs Wusterhausen, Herrn B. Fischer, über eine großflächige Erdentnahme auf dem erst 1971 entdeckten Fundplatz. Die Fundstelle hatte in ihrem Zentrum bereits beträchtlichen Schaden erlitten. Zur Sicherung der noch erhaltenen Bauspuren und Fundstücke wurde eine Rettungsgrabung erforderlich, die wegen der guten Erhaltungsbedingungen am Fundplatz vorerst zumindest auf der gestörten Fläche fortzuführen war.

Bei der archäologischen Untersuchung einer ur- und frühgeschichtlichen Siedlung, die nur aus Holz-Lehmbauten bestand, kommt es darauf an, die in der Erde erhaltenen Bauspuren und sonstigen Strukturen sorgfältig freizulegen und zu dokumentieren (Zeichnung, Foto, Beschreibung). Alle in der Vergangenheit bis in den unberührten Boden eingegrabenen Herd- und Vorratsgruben, Hausgruben, Brunnen, Pfostenlöcher u. ä. erscheinen nach dem Abtragen der Ackerkrume infolge der humus- und holzkohlehaltigen Füllung in der Regel als mehr oder weniger dunkle Verfärbungen im hellen Untergrund. Ganz besonders deutlich war das Feldstein-Lehm-Fundament einer Ofenanlage erkennbar, in deren ehemals mit einer Lehmkuppel überwölbtem Innenraum noch Reste von Kalk lagen, der für Gerberei- und Anstrichzwecke darin gebrannt worden war. Vor der Öffnung des ca. 2,70 m



Klein Körös. Germanisches Grubenhaus. Grabungsbefund vereinfacht und ergänzt.
 1 - innere Kontur der Hausgrube; 2 - äußere Kontur; 3 - Pfostengrube/Stangenloch;
 4 - Holzpfosten-/Stangenrest



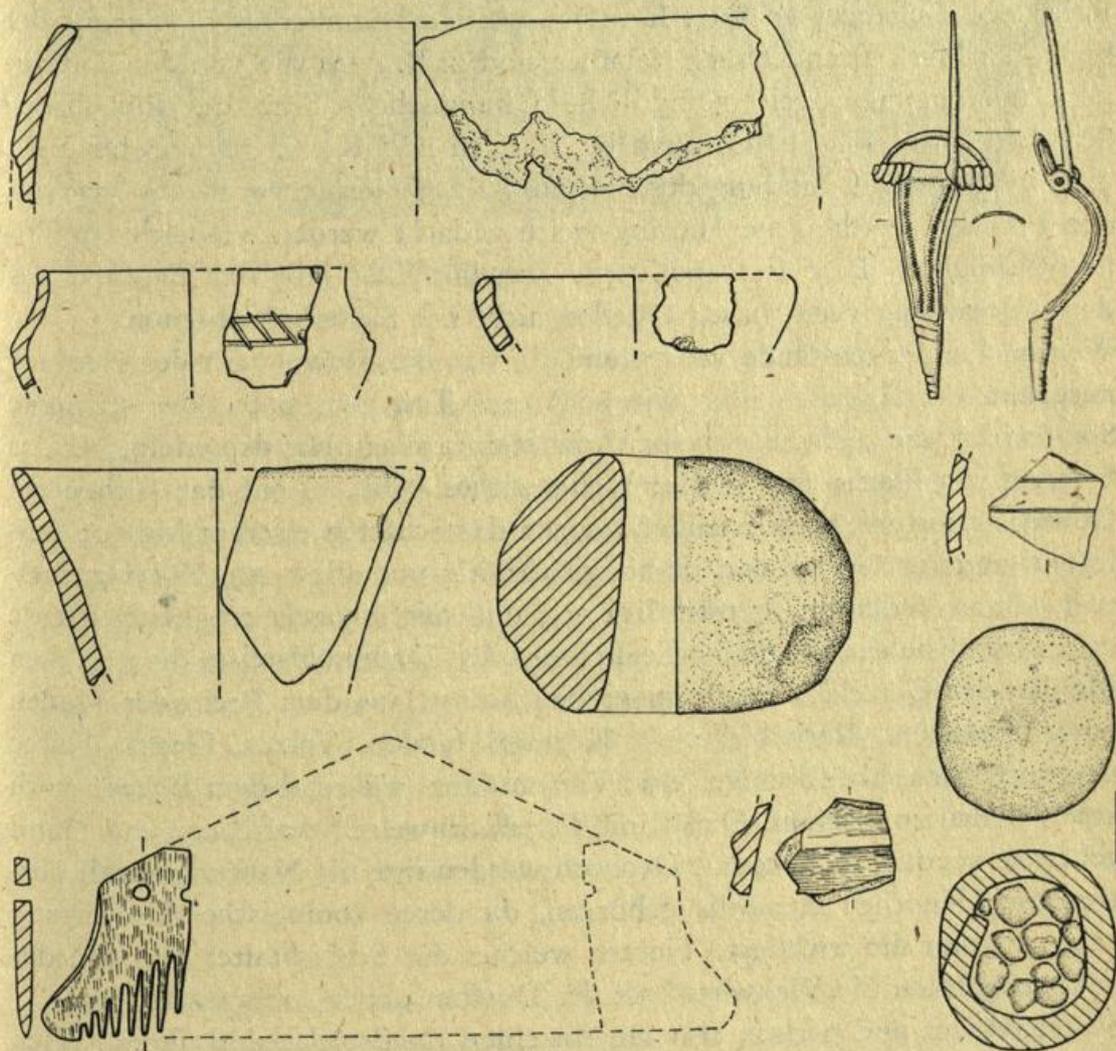
Rekonstruktion eines Grubenhauses. Nach B. Krüger 1982, S. 152

langen und 1,50 m breiten Ofens befand sich eine Arbeitsgrube zum Beschicken und Befeuern. Zahlreich waren im Freien gelegene Feuerstellen, sog. Freiluftherde (Abb. 4), die verschiedenen Zwecken, darunter, wie Befunde in Waltersdorf, Kreis Königs Wusterhausen nahelegen, auch der Weiterverarbeitung von Eisen dienen konnten.

Neben Speichergruben und einigen Resten ebenerdiger Speicher- und Pfostenbauten sind in Klein Körös bisher insbesondere guterhaltene Grundrisse germanischer Grubenbauten gefunden worden. Diese relativ kleinen Bauwerke von etwa 3 x 4 m Grundfläche besaßen ein Gerüst aus senkrechten Pfosten, welche am Rande der etwa hüfttiefen „Keller“-grube in den Grubenboden eingegraben waren, also innerhalb der Wand standen (Abb. 1). Die Wände dürften meist als lehmverstrichene Flechtwerkwand errichtet gewesen sein, das Dach war wohl mit Schilf oder Stroh gedeckt (Abb. 2) und eventuell auch bis auf den Erdboden herabgezogen. Für die Wand der Hausgrube ist aus Stabilitätsgründen eine hölzerne Versteifung anzunehmen. Da in diesen Grubenhütten oft Hinweise auf verschiedene Tätigkeiten, besonders Spinnen und Weben, gefunden wurden, spricht man sie meist als Wirtschafts- oder Nebengebäude an.

Von besonderer Bedeutung für eine Siedlung dieser Zeitstufe ist der in der DDR bisher einmalige Umstand, daß infolge eines hohen bzw. seit jener Zeit angestiegenen Grundwasserstandes z. T. auch organische Materialien, z. B. die Basisenden der z. T. absichtlich angekohlten Hauspfosten (Abb. 1), erhalten geblieben sind. Daher bestehen sehr günstige Voraussetzungen für verschiedene, inzwischen in Angriff genommene naturwissenschaftliche, besonders botanische Spezialuntersuchungen. Unter ihnen verspricht beispielsweise die Pollenanalyse Erkenntnisse über die allgemeine Landschaftsentwicklung und die Landwirtschaft zur Zeit der Besiedlung.

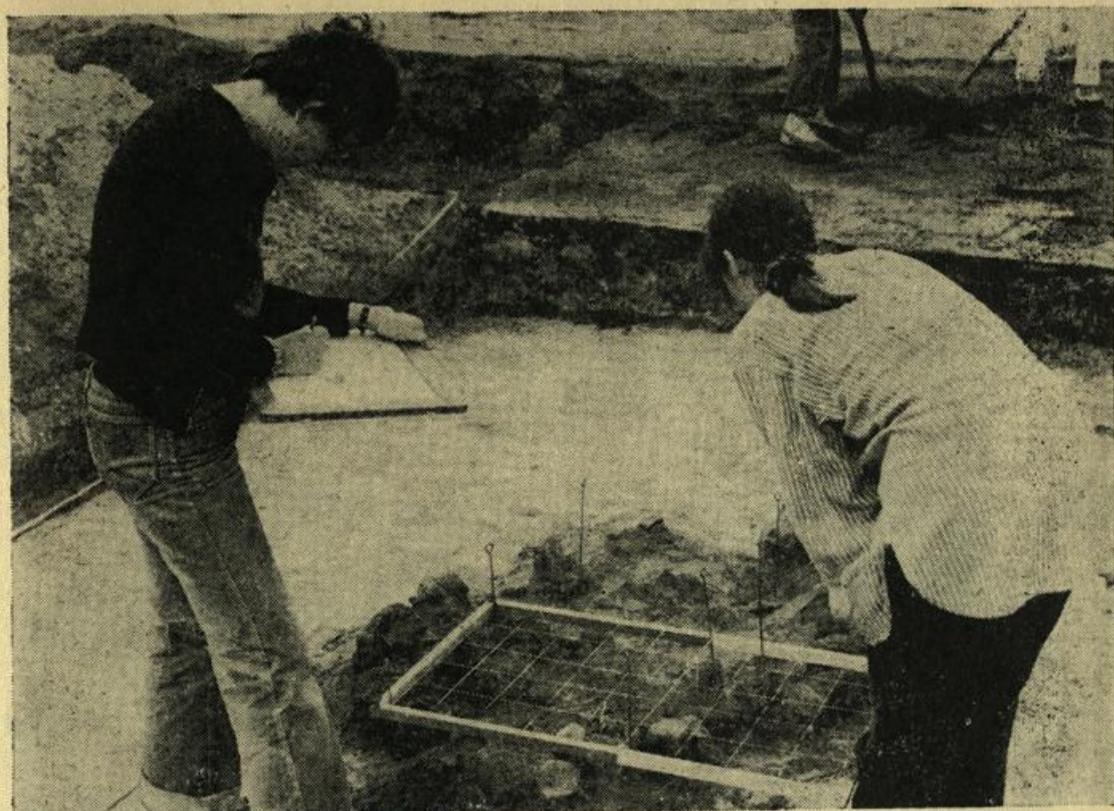
Die Frage nach dem Alter der Klein Köriser Siedlung läßt sich anhand der archäologischen Funde beantworten (Abb. 3). Gebrannter Lehm, scharf-



Klein Köris. Keramik, kleine Drehscheibengefäßfragmente, Webgewicht, Fibel und Kammrest aus dem Grubenhaus sowie Tonrassel (Lese fund). Fibel, Kamm und Rassel $\frac{1}{2}$, sonst $\frac{1}{4}$ nat. Größe

kantig zersprungene Herdsteine, Holzkohle und unverzierte Wandungskerben sind auf jeder Siedlungsstelle vorhanden. Doch Randscherben, verzierte Gefäßfragmente und technisch bedingte Merkmale, z. B. an den Scherben von Gefäßen, die auf der schnellrotierenden Töpferscheibe hergestellt worden sind, geben bereits deutliche Hinweise. Die genauesten Rückschlüsse auf die zeitliche Einordnung lassen in der Regel metallene Fundstücke zu, besonders die Gewandspangen (Fibeln), die einem raschen, modebedingten Formwandel unterlagen. So stellt die Bronzeblechfibel (Abb. 3) aus dem Grubenhaus (Abb. 1) die jüngere Ausprägung einer als „Niemberger Fibel“ bezeichneten Fibelgruppe dar, die ihre Hauptverbreitung im Gebiet zwischen Saale, Mulde, Weißer Elster und Elbe hat. Unser Stück ist um 400 und in die erste Hälfte des 5. Jh. u. Z. zu datieren – ebenso das Kammfragment (Abb. 3) – und belegt für den jüngeren Abschnitt der Siedlung von Klein Körös Verbindungen zu einem Territorium, das in dieser Zeit zum Reich der Thüringer gehörte. Da noch weitere Niemberger Fibeln aus der südlichen Mark Brandenburg stammen und z. B. auch die von den Thüringern übernommene reiternomadische („hunnische“) Sitte der künstlichen Schädeldeformation aus Gräbern bei Phöben und Ketzin nachgewiesen ist, muß wohl an eine Bindung der hier ansässigen Germanen an das 531 von den Franken zerschlagene Thüringerreich gedacht werden, vielleicht an Tributpflichtigkeit. Eine feste politische Zugehörigkeit läßt sich dagegen aus den gegenwärtig verfügbaren Quellen nicht mit Sicherheit ableiten.

Weitere Fundgegenstände weisen auf die von den Bewohnern der Siedlung ausgeübten Tätigkeiten hin, wie z. B. aus Ton gebrannte oder steinerne Spinnwirtel, die „Schwungscheiben“ der stabförmigen Handspindeln, auf das Spinnen von Flachs und Wolle; Webgewichte (Abb. 3) auf das Weben am Gewichtwebstuhl. Schleifsteine bezeugen das Schärfen eiserner Messer, Beile und anderer Geräte und damit gleichzeitig vor allem die Holzverarbeitung, deren Bedeutung beträchtlich war und nur mangels erhaltener Funde ungenügend belegt ist. Steinerne Reibe- oder Drehmühlsteine dienten dem Mahlen des Getreides zu einem groben Schrot, aus dem Brei oder Fladen bereitet wurden. Nach bisheriger Kenntnis fanden Weizen, Gerste, Hafer und auch Hirse als „Brot“getreide Verwendung, während dem Roggen noch kaum Bedeutung zukam. Daß Rind, Pferd, Schwein, Schaf/Ziege und Hund gehalten wurden, ist bekannt. Dennoch werden ihre als Nahrungsabfall auftretenden Knochen ebenfalls geborgen, da deren zoologische Auswertung zeigt, welches die wichtigste Tierart, welches das Schlachalter und wie danach zu urteilen die Viehwirtschaft der Dorfbewohner „organisiert“ war. So interessant und wichtig also die einzelnen Fundstücke sind, ihren vollen wissenschaftlichen und historischen Wert erlangen sie erst in Verbindung mit dem archäologischen Befund, also ihrer gesicherten Zugehörigkeit zu einem ehemaligen Bauwerk, zu einer bestimmten Ablagerung. Aus diesem Grund spielt die schon erwähnte genaue Dokumentation der Befunde (Abb.



Bei der zeichnerischen Dokumentation einer Feuerstelle

1 und 4) eine wesentliche Rolle, zumal erst auf ihrer Basis ein Übersichtsplan zum Anlageschema des germanischen Dorfes entworfen werden kann. Die Größe der innerhalb von gut 200 Jahren besiedelten Flächen ist nach den Ergebnissen einer ausgedehnten magnetischen Erkundung auf $2-2\frac{1}{2}$ ha und damit als nicht allzu groß zu veranschlagen. Bisher ist davon erst ein kleiner Teil ausgegraben, und die Untersuchungen gehen weiter. Es wäre angesichts der in Klein Körös sehr günstigen Voraussetzungen zu wünschen, daß eines Tages nach vollständiger Ausgrabung ein lückenloser Plan der Siedlung vorliegt. Dieser Plan und die gewonnenen archäologischen Belege zu Wirtschaft und materieller Kultur würden gut begründete Rückschlüsse auch auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status einer germanischen Dorfgemeinschaft im Raum südlich Berlins zulassen, was nicht nur im regionalen Rahmen von Interesse ist.

Literatur

- F. Schlette, Germanen zwischen Thorsberg und Ravenna. Leipzig-Jena-Berlin 1972
- Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa. Handbuch. Band 1, Berlin 1978, Band 2 bei Redaktionsschluß noch nicht erschienen.
- S. Gustavs, Untersuchungen auf der spätkaiserzeitlich-frühvölkerwanderungszeitlichen Siedlung von Klein Körös, Kr. Königs Wusterhausen, in: *Ausgrabungen und Funde* 23, 1978, S. 78-86

- B. Krüger, Eine germanische Siedlung des 3.-5. Jahrhunderts am südlichen Stadtrand von Berlin, in: *Das Altertum* 28, 1982, S. 149-157
- B. Krüger, Frühvölkerwanderungszeitliche Siedlungsanteile in der Siedlung von Waltersdorf, Kr. Königs Wusterhausen, in: *Zeitschrift für Archäologie* 16, 1982, S. 243-248.
- J. Görzdorf, S. Gustavs, Magnetische Erkundungen auf einer germanischen Siedlung bei Klein Köris, Kr. Königs Wusterhausen, in: *Ausgrabungen und Funde* 28, 1983, S. 79-85.

Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg

II. Teil: Städte im Territorium des heutigen Bezirkes Potsdam (ohne Brandenburg)

Von Wolfgang Fried

Unzweifelhaft war die Stadt Brandenburg mit ihren Münzprägungen die bedeutendste mittelalterliche Münzstätte im Territorium des heutigen Bezirkes Potsdam. Die feudale Zersplitterung und der lokale Charakter der Märkte brachten jedoch noch eine Reihe anderer Münzstätten hervor. Havelberg wird einbezogen, weil es durch die bedeutende Münzprägung des Markgrafen Otto I. hervorragt. (Vgl. „Märkische Heimat“, Heft 1, 1982)

Münzstätte Görzke

Seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ist die Herrschaft der askanischen Markgrafen in dem alten Burgwardhauptort Görzke bezeugt. Als märkische Grenzfestung gegenüber dem Territorium des Erzbischofs von Magdeburg und der Herzöge von Sachsen kam dem Ort eine hohe strategische Bedeutung zu. In einer Urkunde vom 16. April 1293 (alle Angaben zu Urkunden beziehen sich auf Riedel, *Codex Diplomaticus Brandenburgensis*) sichern die askanischen Markgrafen der johanneischen Linie Otto IV. und Conrad aus der gemeinschaftlichen Herrschaft (1281-1304) der Stadt Görzke eine jährliche Rente aus der Münze daselbst zu. Gesicherte Münzprägungen aus dieser Münzstätte sind nicht bekannt.

Münzstätte Rathenow

In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurde die markgräfliche brandenburgische Stadt Rathenow ausgebaut und erweitert. Sie kam durch ihre günstige Lage als Havelübergang zu bedeutendem Wohlstand. In einer Urkunde wird berichtet, daß der Kurfürst Friedrich II. (1440–1470) für den Verzicht auf die Gerechtsame und Gewässer der Stadt 3000 rheinische Goldgulden erhielt.

Für die Münzstätte Rathenow ist nur eine Urkunde auf unsere Zeit gekommen. Am 25. Dezember 1466 wurde der Münzmeister Michel Hemelporte angewiesen in Rathenow Groschen zu prägen:



Münzstätte Rathenow, Münze aus der Zeit des Kurfürsten **Friedrich II.** (1440–1470).
Inscription: Vorderseite **FREDERICUS · DG · IIN · ELEKTOR**
Rückseite: **MONETA NOVA MARCH ROTENAW**
Durchmesser: 26 mm

„Item in der abgeschriben Form (bezieht sich auf den Wortlaut der Bestallung des Giese Brewitz als Münzmeister in Brandenburg 1463, W. F.) ist dem Müntzemeister ein brif gegeben das er zu Rathenow furbass mehr muntzen sal, in massen er bissher zu Havelberg gethan hat . . .“

In der Münzstätte prägte man ab 1466 zwei Groschentypen in vielen Varianten. Sie wurden von Bahrfeldt, *Das Münzwesen in der Mark Brandenburg*, II, Berlin 1895, beschrieben.

Unsere Abbildung zeigt den Typ mit Tatzenkreuz, in den Winkeln Wappen (Bahrfeldt II, 38 a-z) und dem Adlerschild. (Aufnahmen des Verfassers).

Münzstätte Havelberg

In Havelberg wurde im Jahre 948 durch eine bald verlorengegangene Urkunde von König Otto I. ein Bistum errichtet, welches aber bald nach dem Slawenaufstand von 983 wieder verloren ging. Es ist möglich, daß die Feld-



Münzstätte Havelberg, Münze aus der Zeit Otto I. (1157–1184) Inschrift: OTTO M HAVELBERG. Durchmesser: 25 mm (Aus dem Fund von Bardewik 44)

züge Albrecht des Bären 1136/37 zur Rückeroberung führten. König Konrad II. bestätigte im Jahre 1150 dem Bistum den Besitz der von Otto I. übergebenen Gebiete östlich der Elbe. Markgraf Otto I. von Brandenburg erwies dem Bistum anlässlich der Domweihe am 16. August 1170 seine Gunst durch umfangreiche Schenkungen und Einkünfte zur Erhaltung der Kirche. Neben dem Dombezirk bestand seit der Mitte des 12. Jahrhunderts die Stadt Havelberg, die sich in markgräflichem Besitz befand. Außer dem Stadtrecht erhielt die Stadt zur Belebung ihres Marktes durch Markgraf Otto I. eine Münzstätte.

Im Münzschatzfund von Bardewik (beschrieben von E. Bahrfeldt/W. Reineke, *Der Bordewitzer Münzfund*, Berlin 1913), der eine Fülle hervorragender Brakteaten verschiedener Feudalherren und Fürsten enthielt, fand sich ein bis dahin unbekannter Brakteat Otto I. von Brandenburg in sieben Exemplaren und mehreren Hälften.

Beschreibung: Das gepanzerte Hüftbild des Markgrafen mit Schwert und wehender Fahne hinter einem mehrtürmigen Mauerwerk. Umschrift: HAVELBERG · OTTO MA (RCHIO). Das Bild zeigt eine symbolische Stadtdarstellung, die perspektivisch nicht geglückt ist.

Dieser Havelberger Brakteat, der zwischen 1162 und 1165 mit dem Bardewiker Münzfund verborgen wurde, zeigt, daß die Münzstätte für ihre Bildvorlagen magdeburger Vorbilder benutzt hat. (Abbildung) Möglicherweise befinden sich unter den Pfennigen Otto I., die die Münzstätte nicht nennen, solche die in Havelberg geprägt worden sind. Die Münzstätte Havelberg wird in einer Urkunde vom 11. November 1460 über die Schätzung märkischer Münzen nach magdeburger Währung wieder erwähnt. In zwei Urkunden von 1464 und 1466 wird der Münzmeister Michel Hemelporte genannt.

Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg (1440–1470) ließ in Havelberg Groschen prägen. Bahrfeldt II, 34–36 in vielen Varianten; 1459/60–1464

Kreuztyp, Tatzenkreuz, in den Winkeln Wappen, Rv. Adler; Bahrfeldt II, 37 in vielen Varianten, Schildtyp, Adlerschild, Rv. vierfeldiges Wappen. Danach ist in Havelberg keine Münzprägung nachweisbar. Eine Münzprägung der Bischöfe von Havelberg ist weder durch urkundliches noch numismatisches Material nachweisbar.

Münzstätte Friesack

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts kam das Ländchen Friesack in den Besitz der Familie von Jerichow, einem magdeburgischen Ministerialengeschlecht. Richard von Friesack gilt als der Gründer der Seitenlinie des Hauses Jerichow, die den Namen Friesack annahm und hier eine Burg anlegte. In einer Urkunde vom 8. Februar 1256 schenkte Richard von Friesack und sein Sohn Heinrich dem Domkapitel Brandenburg zur Erinnerung an ihre Vorfahren die Vogtei über das Dorf Bamme bei Rathenow. Das Hauptwappen der Edelherren von Friesack ist das Seebblatt. Die Kenntnis einer Münzstätte in Friesack ist nur aus dem Münzmaterial nachweisbar.

Als erste Münzprägung ist ein gemeinschaftlich geprägter Denar der Familien von Friesack und von Ploto nachweisbar. Bahrfeldt I, 757, Av. Seebblatt, Umschrift: RICHARDVS DE VRIES = Richard von Friesack (gest. 1261); Rv. Plotosche Lilie, Umschrift: JOHNNCS DE PLOVC = Johannes von Ploto.

Heinrich von Friesack, der Sohn Richards, kommt allein häufig von 1272 bis 1290 in Urkunden vor. Von ihm geht ein gemeinschaftlicher Denar mit Ludolf von Ploto (1279–1290) aus (beschrieben nach R. Gaethens, Der Pfennigfund von Pratau, Halle 1940, Nr. 107): Av. Zwei mit Bärten nach außen stehende Schlüssel, zu den Seiten zwei Seebblätter; Rv. Kreuz, Umschrift: LVDV.

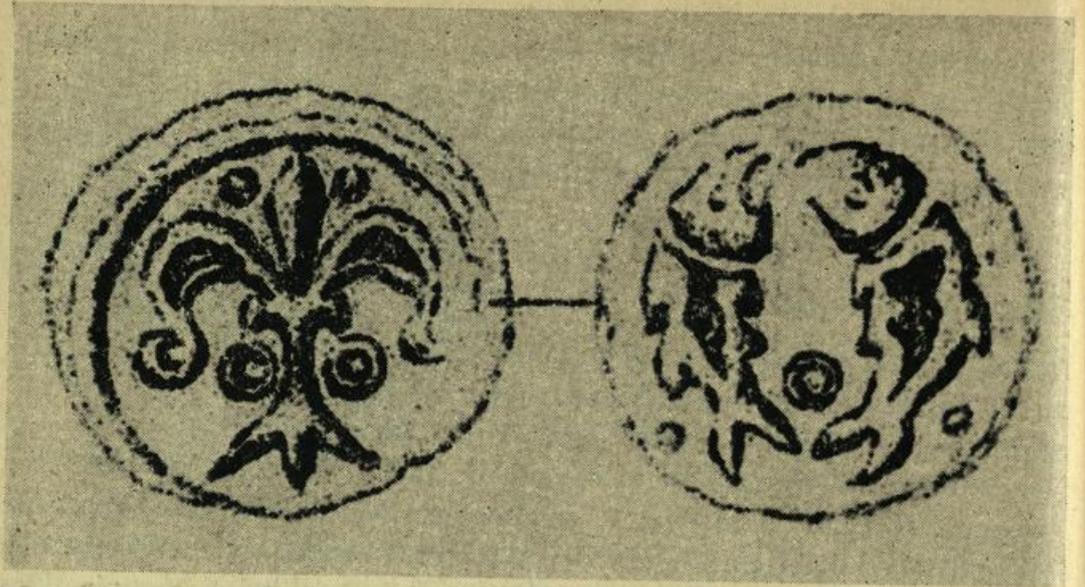
Hier liegt die Nachahmung eines salzwedeler Denars (Bahrfeldt I, 649) vor, nur sind die beiden Helme durch Seebblätter ersetzt. Die abgekürzte Legende ist in Ludolfus von Ploto aufzulösen. R. Gaethens veröffentlichte einen undatierten Brakteat Heinrich von Friesacks mit dem Seebblatt als Wappen, (Münzen der Hohenstaufenzeit, Nr. 515).

Bahrfeldt beschreibt unter den Nummern 759–761 drei Denare, die er mit einiger Wahrscheinlichkeit den Herren von Friesack zuweist und die in der Zeit Heinrich von Friesacks geprägt sein mögen.

Bald nach 1290 ist das Geschlecht ausgestorben.

Münzstätte Kyritz

Anfang des 13. Jahrhunderts befand sich das Kyritzer Gebiet zusammen mit dem Ländchen Wusterhausen im Besitz der Familie von Ploto, die in der



Münzstätte Kyritz. Münze aus der Zeit der Herren von Plotho, Ludolf (1279–1290). Durchmesser: 14 mm. (Bahrfeldt, I, 758)

Mitte des 12. Jahrhunderts als Ministeriale des Erzbistums Magdeburg in die Prignitz vordrangen und eine unabhängige Herrschaft gründen konnte. Die Stadt Kyritz, die in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts entstand, erhielt 1237 das Stendaler Recht. In einer Urkunde von 1245 wird ein Münzmeister Herbord erwähnt, ein urkundlicher Nachweis für Kyritz als Münzstätte.

Ludolf von Plotho (1279–1290) ließ in der Münzstätte Kyritz Denare prägen. Denar: Bahrfeldt I, 758: Av: Das Wappen, die Plotosche Lilie, zwischen zwei Ringeln. Rv: zwei zueinander gekehrte Fische. Das bisher ungeklärte Münzbild ist heraldisch nicht deutbar. (Abbildung)

Denar: Bahrfeldt I, 633: Av: Stehender Herr mit Pfeil und Bogen, Rv: Plotosche Lilie.

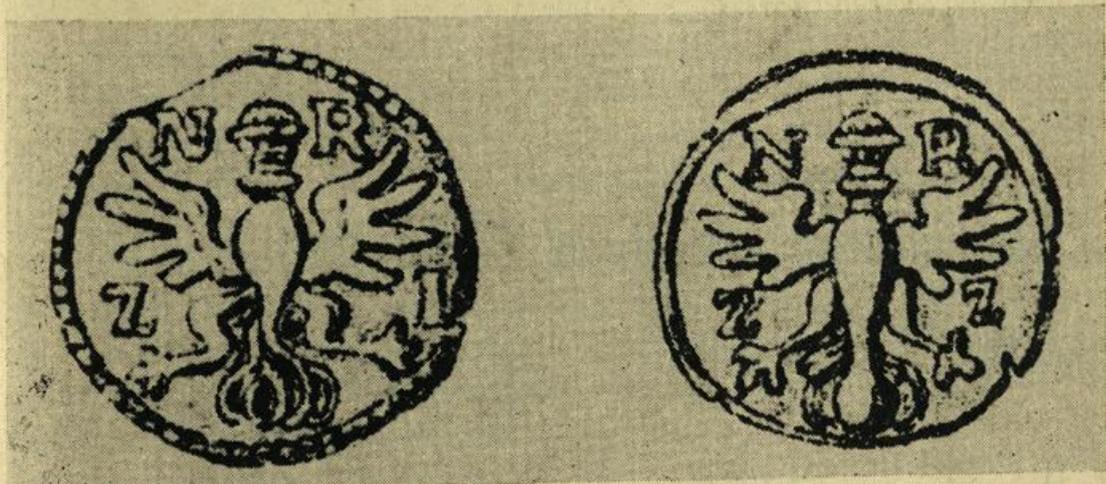
Zwischen 1259 und 1307 kam die Herrschaft Kyritz in den Besitz der Markgrafen von Brandenburg. In seinem „Brandenburgischen Münzwerk“ hat Bahrfeldt eine Reihe von Denaren der markgräflichen Zeit zugewiesen. Markgraf Ludwig der Römer (1330–ca. 1365) befand sich immer in Geldnot und verpachtete die Münzstätte an Privatunternehmer.

Münzstätte Neuruppin

Die Stadt Neuruppin ist vermutlich eine Gründung des Grafen Gebhard von Arnstein (gest. 1256), den Begründer des gräflichen Hauses Lindow-Ruppin. Das Wappen ist der Adler der Grafen von Arnstein. Neuruppin, 1237 erstmals erwähnt, erhielt 1256 das Stendaler Recht.

Die Frage, ob die Grafen von Arnstein, Linie Lindow-Ruppin, Münzen geprägt haben, muß offen bleiben. Gesicherte Urkunden und Münzen sind bisher nicht überliefert. Der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg (1619–1640) erteilte der Stadt Neuruppin 1621 die Genehmigung zum Prägen von einseitigen Pfennigen, von denen 16 auf einen Groschen gehen.

Bahrfeldt II, 697: Adler mit Eisenhaube (o. J.) N R; 698: Adler mit Eisenhaube 1621 N R; 699: Adler mit Eisenhaube 1622 N R.



Münzstätte Neuruppin. Kipperpfennig 1621 und 1622. Durchmesser 13 mm (Bahrenfeldt, II, 698 und 699)

Erzbischöfliche Münzstätte Jüterbog?

Bald nach 1157, dem Jahr der endgültigen Eroberung der Zauche durch die Askanier, hat der Erzbischof Wichmann von Magdeburg den Bezirk und Ort Jüterbog in Besitz gebracht. Im Jahre 1147 hat der Erzbischof den Ort mit Magdeburger Recht ausgestattet. Das Land Jüterbog bildete 1174 einen Archidiakonats des Bistums Brandenburg. In der Folgezeit war die Stadt der kirchliche Mittelpunkt für einen Teilbezirk im Archidiakonats. Gesicherte Nachrichten über eine Münzprägung in Jüterbog seit der Herrschaft Wichmanns (1152–1192) sind bisher nicht bekannt geworden.

Bahrfeldt hat nachgewiesen, daß 1192 im roten Meergäßchen in Jüterbog ein Münzhaus errichtet wurde. Weitere Daten über eine Jüterboger Münze gehören dem 14. Jahrhundert an.

Heineken versuchte die unbestimmten geistlichen Denare: Bahrfeldt I, 750–756, in die erzbischöfliche Münzstätte Jüterbog zu legen, wobei sicher auch die Nähe zur Grenze der Markgrafschaft Brandenburg eine Rolle spielt.

Die Darstellung der mittelalterlichen Münzstätten sind nicht nur Sammlungs- und Forschungsgegenstand für den Numismatiker, der speziell an der

Regionalgeschichte interessiert ist. Sie sind darüberhinaus auch geeignet, besonders dem Wirtschaftsgeschichtler Anregungen für seine Arbeit zu geben.

Literatur

E. Bahrfeldt: Das Münzwesen der Mark Brandenburg, Berlin 1889.

Riedel: Codex Diplomaticus Brandenburgensis

H. Heineken: Der Münzfund von Netzow bei Havelberg. In: Zeitschrift für Numismatik, XXXII, S. 114

E. Bahrfeldt: Hat in Jüterbog eine Münzstätte bestanden? In: Archiv Brandenburgica XII. Bd., 2. Teil (1907)

Zinnfiguren erzählen Geschichte

Von Hans Eulenstein

In den vergangenen Jahrzehnten gewann die kulturgeschichtliche Zinnfigur als Mittel zur Darstellung historischer Ereignisse mehr und mehr an Bedeutung. Dazu trug vor allem die vom Kulturbund der DDR geförderte Schaffung neuer Figuren und die in den Fachgruppen von Schöpfern und Sammlern geleistete erfolgreiche Arbeit bei.

Die nach wissenschaftlich fundierten Vorlagen geformten und bemalten, zu aussagestarken Schaubildern zusammengestellten kleinen Kunstwerke besitzen nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien eine große Anziehungskraft. Im zunehmenden Maße haben sich die Museen die mit der Zinnfigur gebotenen vielfältigen Möglichkeiten nutzbar gemacht, historische Ereignisse und Persönlichkeiten weitgehend naturgetreu wiederzugeben. So hat auch die vor nunmehr über zwanzig Jahren im Potsdamer Marmorpalais eröffnete Ausstellung des Armeemuseums der DDR einige Dioramen zur Entwicklung der Taktik vom 16. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg gezeigt. So hilft die Zinnfigur neben Waffen, Uniformen, Geräten, Dokumenten, Werken der bildenden Kunst, Fotos und anderen originalen Sachzeugen politische Erkenntnisse auf der Grundlage materialistischer Geschichtsauffassung zu vertiefen.

Wenn auch bei vielen Sammlern die militärischen Motive noch den überwiegenden Teil des Figurenbestandes bilden, wird der Wert der Zinnfigur als Zeugnis der Handwerks- und Volkskunst zunehmend erkannt. Die Sammler wurden ernsthafter und anspruchsvoller und wenden sich immer mehr der Gestaltung hervorragend gravierter Figuren zu, mit denen sich fort-

schrittliche Traditionen aus der regionalen Geschichte und der Arbeiterbewegung anschaulich darstellen lassen.

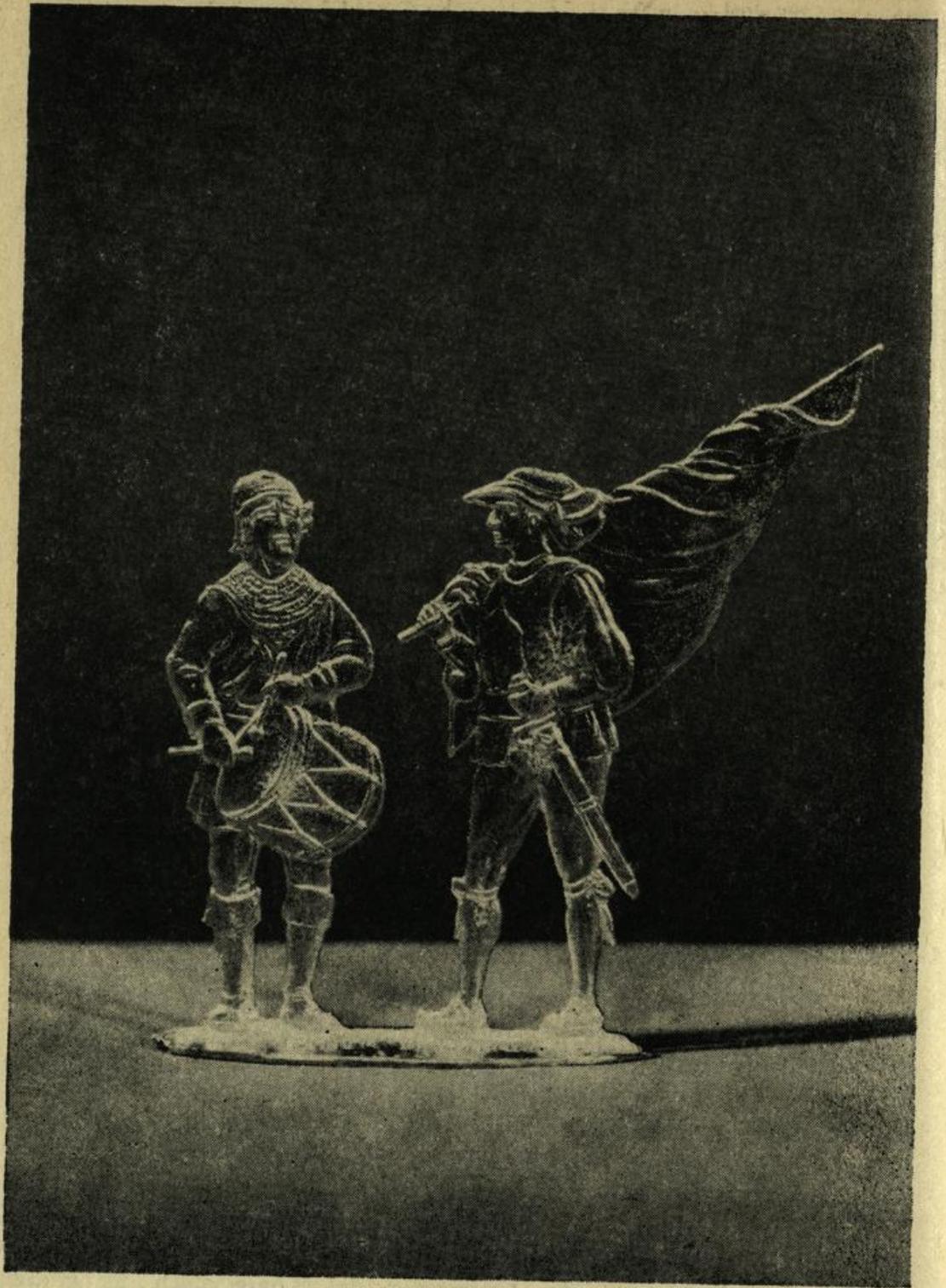
Folgen wir einigen Sammlern in das Reich ihrer Schätze und betrachten diese unter den Aspekt regionalgeschichtlicher Geschehnisse in unserer Stadt und im Bezirk Potsdam.

Aus der nun fast 1000jährigen Geschichte Potsdams ist überliefert, daß auf einer kleinen Sandinsel ein slawischer Burgwall angelegt wurde, etwa an jener Stelle, wo ehemals die Heiligegeistkirche stand. Eine gut gravierte Serie Zinnfiguren entstand, die Slawen beim Bau eines Burgwalls zeigt. Solche Wälle, meist in der Nähe offener Siedlungen angelegt, dienten dem Schutz ihrer Bewohner und konnten auf Grund der günstigen Lage und umgeben von Wasser leicht verteidigt werden. Gleichem Zweck mag auch der Wall an der Havel gedient haben, jedoch verdrängte die Eroberung durch deutsche Feudalherren im 10. und 11. Jahrhundert die Slawen aus unserem Gebiet.

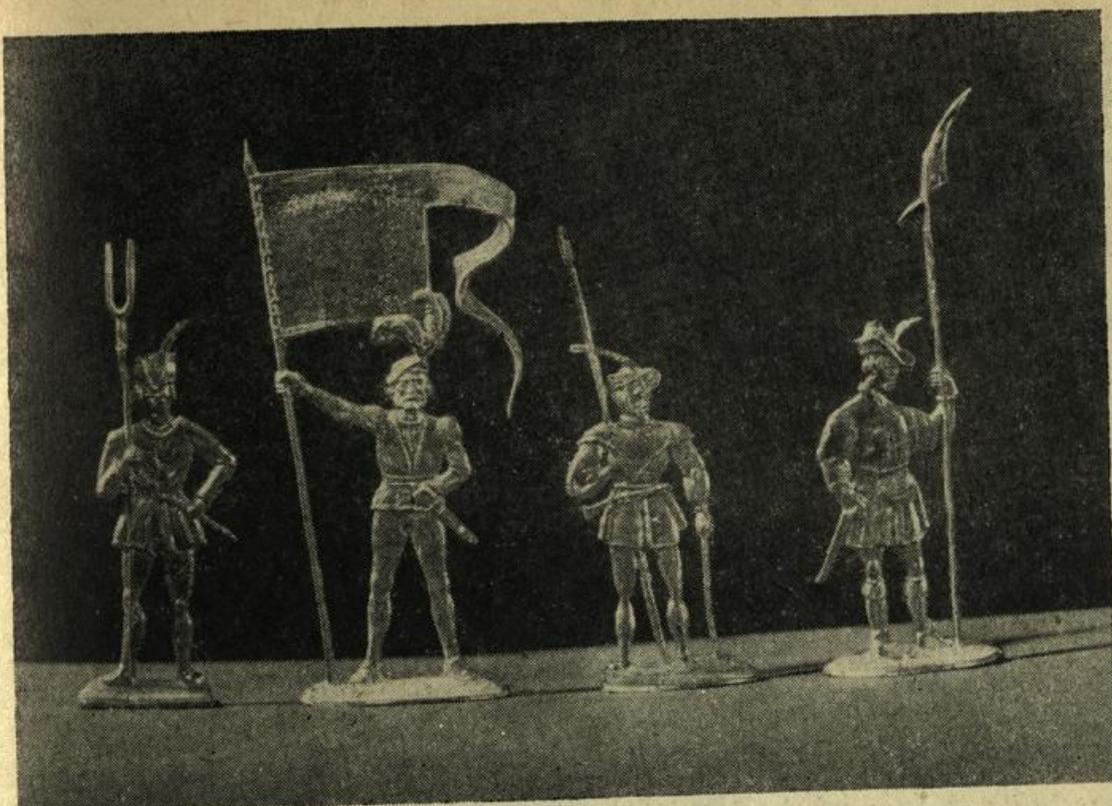
Die wechselvolle Geschichte Potsdams ist nicht immer zuverlässig durch Sachzeugen belegt, wir wissen aber, daß zum Schutz des Havelübergangs ein Holzerdewerk, später eine steinerne Burg mit einem dazugehörigen Dorf errichtet wurde. Die erste urkundliche Erwähnung des Namens „Poztupimi“ ist uns aus dem Jahre 993 bekannt.

Potsdam hat in den folgenden Jahrhunderten kaum eine bedeutende Rolle gespielt. So scheint auch die sich von Süddeutschland ausbreitende frühbürgerliche Revolution keinen Einfluß auf unseren Raum gehabt zu haben. Unsere Sammler können aber für diese Zeit, besonders für den großen Deutschen Bauernkrieg von 1524/25, viele Figuren vorzeigen. Thomas Münzer, Florian Geyer im Kreis revolutionärer Bauern, die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Klassenschlachten dieser Zeit finden wir wiederholt in eindrucksvollen Dioramen wieder. Die zeitgenössischen Werke Albrecht Dürers und Hans Sebald Behams waren oft Vorlagen für diese Zinnfiguren (Abb. 1 und 2).

Im Dreißigjährigen Krieg wurden das Schloß und die Stadt Potsdam stark verwüstet. Im Mai 1631 ließ der Schwedenkönig Gustav II. Adolf auf dem Brauhausberg ein großes Heerlager für seine Truppen errichten. Für diese und andere, in Sammlerkreisen immer wiederkehrende Motive, wurden von den Altmeistern Frank und Mohr ausgezeichnete Figuren geschaffen. So sehen wir Gustav Adolf an der Spitze seiner Generale und Offiziere, gefolgt von bunten Regimentern Kürassiere und Dragoner. Lagerszenen in historisch getreuer Bemalung sowie der Leichenzug des Königs nach der großen Schlacht bei Lützen 1632 geben einen Einblick in die dramatischen Ereignisse dieser Zeit. Die Geschehnisse in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts beeinflussten entscheidend die Entwicklung Potsdams. Potsdam wurde Residenzstadt. Mehrere Edikte und Verordnungen sollten den absolutistischen Einfluß der brandenburg-preußischen Kurfürsten auf die Stadt sichern.



Trommler Acker Concz und Fähnrich Klos Wvzzer im Bauernkrieg 1525, nach einem Kupferstich von Hans Sebald Beham (Höhe der Figur 54 mm)



Revolutionäre Bauern 1525 (Höhe der Figuren 30 mm)

Ein Diorama ist im Entstehen nach einem Gemälde von Dismar Degen, das „Potsdamer Jägertor um 1735“. Es zeigt eine typische Situation an einem der Stadttore. Im Hintergrund, neben dem geöffneten Tor, ist die Wache vom 2. Grenadierbataillon aufgezo-gen. Bürger und Bauern bevölkern den Vorplatz. Im Vordergrund bereitet sich eine Gruppe Berittener in Uniform zur Jagd vor. Zum Schutz des Stadteingangs hat der Kommandant rechts und links Geschütze auffahren lassen. So wird vom Künstler recht anschaulich der politisch-soziale Charakter der Stadt demonstriert.

Ein junger Sammler zeigt als Schaubild ein preußisches Grenadierbataillon im Peletonfeuer. Ausgerichtet und wechselweise feuernd bewegen sich die Peletons in Linie auf den Feind zu. Offiziere mit dem Sponton und Unteroffiziere mit dem Kurzgewehr folgen den Soldaten und stechen erbarmungslos jeden nieder, der zurückbleibt oder weichen will. Dieses Bild verfehlt seinen Eindruck auf den Betrachter nicht.

Dem am 26. September 1759 in Potsdam geborenen General York ist eine Figurengruppe gewidmet, die an seine patriotische Tat 1812 erinnert. Sie zeigt York als Kommandeur des preußischen Hilfskorps mit dem russischen General Diebitsch und ihren Pferdehaltern. Mit dem Abschluß der Konvention von Taugoggen am 30. Dezember erhielt die deutsche Befreiungsbewegung vom Napoleonischen Joch einen starken Aufschwung. Auch in Potsdam eilten Tagelöhner, Gesellen und Männer der herrschenden Klassen

zu den Fahnen. Über 800 Freiwillige waren es im April 1813. Sie wurden am 19. des Monats vereidigt und am 1. Mai verließ die erste Potsdamer Landwehrkompanie die Stadt. In den Gefechten von Großbeeren (23. August 1813) und bei Dennwitz (6. September 1813) haben die Landwehrmänner mit die Hauptlast des Kampfes getragen.

In den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann auch für Potsdam das Zeitalter der Industrie. Der Bau der Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam 1837/38, ihre Weiterführung 1846 bis Magdeburg und die Einrichtung der Dampfmühle in der Brandenburger Vorstadt brachten aber keine grundlegende Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung der Stadt. Die schlechten sozialen Verhältnisse waren wiederholt Anlaß für Erregungen unter den Potsdamer Gewehrfabrikarbeitern und den Nowaweser Webern. So machten die im benachbarten Berlin 1848 stattfindenden Demonstrationen und Zusammenstöße auch vor den Toren einer Residenz- und Garnisonsstadt nicht Halt. An der Spitze großer Volksversammlungen stand ein junger Demokrat – der erst 21jährige Maximilian Dortu. Die Bezirksfachgruppe Zinnfiguren hat die revolutionären Ereignisse im November 1848 in einem Diorama festgehalten. Es zeigt die Verhinderung des Transports reaktionärer Potsdamer Truppen nach Berlin. Wir berichteten darüber im Heft 1 der „Märkischen Heimat“.

In den folgenden Jahren bestimmte die Funktion als Residenz-, Soldaten- und Beamtenstadt die Entwicklung Potsdams. Der Ausbau der Industrie wurde bewußt unterdrückt, ein Fabrikarbeiter – Proletariat war kaum vorhanden. Nur langsam belebte sich das politische Leben der Stadt. Erste Gewerkschaften und Arbeitervereine entstanden in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Verbote, Schikane und Willkürmaßnahmen konnten aber auch während des Sozialistengesetzes die politische Tätigkeit der entstehenden Arbeiterklasse nicht unterdrücken. Sicher haben nicht nur die inneren Bedingungen in der Potsdamer Arbeiterbewegung diese Aktivitäten hervorgerufen, sondern auch äußere Einflüsse wie z. B. die heroischen Taten der Pariser Kommune. Einen bedeutenden Aufschwung erfuhr die Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Osthavelland durch das Wirken Karl Liebknechts. Seinem Einsatz ist es zu danken, daß sich sichtbare Erfolge in der Entwicklung der sozialistischen Parteiorganisation einstellten. Das mutige Auftreten Karl Liebknechts bei der Ablehnung der Kriegskredite im deutschen Reichstag kennzeichnet die Haltung der Mehrheit der Potsdamer Arbeiter zum imperialistischen Krieg 1914.

So wurde auch folgerichtig die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Potsdam und Nowawes zum aufrüttelnden Beispiel (Abb. 3). Die politischen Massenstreiks im Januar und November 1918 zeugten von der gewachsenen Kraft der Arbeiterklasse (Abb. 4). Mangelnde Erfahrungen und nicht immer einheitliches Handeln der Arbeiter- und Soldatenräte machten die an-



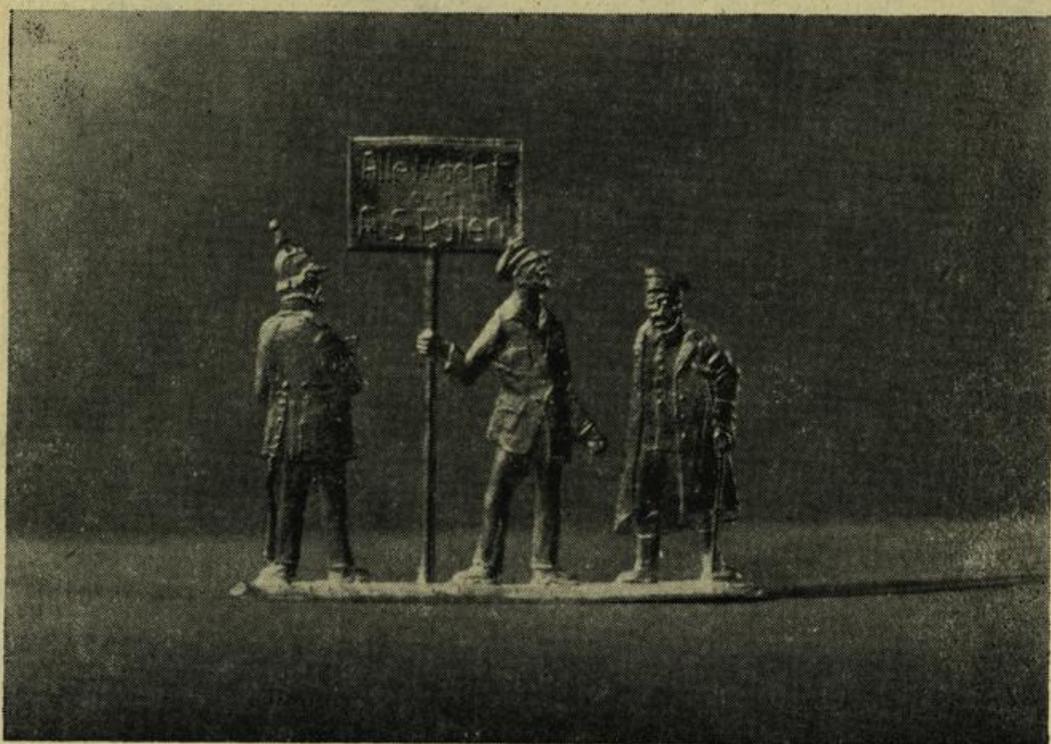
Lenin auf einem Panzerwagen 1917

fänglichen Erfolge zunichte und führten dazu, daß die reaktionären und nicht entmachteten herrschenden Kreise die Lage nach der Novemberrevolution ausnutzen konnten. Neuentstehende bürgerliche Parteien setzten die alte Politik fort.

Die Arbeiterfunktionäre wurden aus den errungenen Machtpositionen verdrängt. So blieb Potsdam weiterhin ein Zentrum militaristischer Reaktionen. Viele Sammler der Bezirksfachgruppe schließen auch diesen Teil der Geschichte Potsdams, der die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse unserer Stadt beinhaltet, in ihre Tätigkeit ein. Die wenigen Belege zeigen, daß sich auch Themen der Arbeiterbewegung unseres Jahrhunderts mit der kulturgeschichtlichen Zinnfigur darstellen lassen.

Es sollte nicht Ziel dieses Beitrages sein, unseren Lesern einen kurzen Abriss der Geschichte Potsdams zu vermitteln. Der Autor wollte vielmehr dem

interessierten Leser ein sinnvolles Hobby vorstellen, daß sehr wohl geeignet ist, im Rahmen der Gesellschaft für Heimatgeschichte Studien zu betreiben und mittels der Zinnfigur Geschichte zu „erzählen“.



Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten

Bibliographie

Allgemeines

Aufgaben und Erfahrungen bei der Führung von Ortschroniken/hrsg. vom Zentralen Fachausschuß Heimatgesch./Ortschronik... im Kulturbund d. DDR. – Berlin, 1980. – 80 S.

Ortschroniken in Vergangenheit und Gegenwart/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1982.–88 S.

Heimathistoriker und Archive/Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1981. – 88 S.: Ill.

Heimatgeschichte und Jugend/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1982. – 94 S.

Platz und Aufgaben der Ortschronik bei der geschichtswissenschaftlichen und geschichtspropagandistischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik: zentrale Ortschronistenkonferenz d. DDR vom 1. bis 3. Oktober 1980 in Leipzig/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Ges. für Heimatgesch. – Berlin, 1981. – 95 S.

Mark Brandenburg

Handbuch der Naturschutzgebiete der Deutschen Demokratischen Republik. – Leipzig; Jena; Berlin: Urania-Verlag.

Band 2. Die Naturschutzgebiete der Bezirke Potsdam, Frankfurt (O.) und Cottbus sowie der Hauptstadt der DDR, Berlin. –, 3., überarb.

Aufl. – 1982. – 292 S.: Ill., 1 Kt.-Beil.

Die Vogelwelt Brandenburgs – Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus und Berlin, Hauptstadt d. DDR – 1. Aufl. – Jena: Fischer, 1983. – 385 S.: Ill., Kt.

Bezirk Potsdam

Bartmann-Kompa, Ingrid: Bezirk Potsdam/Ingrid Bartmann-Kompa; Aribert Kutschmar; Heinz Karn. – 1. Aufl. – Berlin; Verlag für Bauwesen, 1981. – 160 S.: Ill., Kt.

(Architekturführer DDR)

Das Havelland, mit den Augen der Liebe gesehen.../Fotos: Foto-Club Potsdam. Text: Gisela Heller. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1981. 191 S.: Ill.

Wanderheft für den Bezirk Potsdam/Dt. Verb. für Wandern, Bergsteigen u. Orientierungslauf d. DDR, Bezirksfachkomm. Potsdam. – 2.

1982. – 1981,

Potsdam – Stadt und Kreis

Bartoscheck, Gerd: Schloß Sanssouci: Damenflügel/hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci – 1. Aufl. – Potsdam, 1982. – 43 S.: Ill.

Belani, H. E. R.: Geschichte und Beschreibung der Fontainenanlagen in Sanssouci unter Friedrich dem Großen u. Sr. Majestät d. Könige Friedrich Wilhelm IV. ... – unveränd. fotomech. Nachdr. d. Originalausg. 1843.../hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1981. – IV, 74 S., 2 Pl.

Drescher, Horst: Potsdam: Ansichten aus drei Jh.; Bestandskat. d. Kupferstichkabinetts u. d. Sammlung d. Zeichnungen d. Staatl. Museen zu Berlin - Hauptstadt d. DDR/Horst Drescher; Renate Kroll. Hrsg. von d. Staatl. Museen zu Berlin ... - Weimar: Hermann Böhlau, 1981. - 496 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Orangerie, Marstall, Filmmuseum: zur Gesch. e. Potsdamer Bauwerkes/hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1981. - 51 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Potsdamer Veduten: Stadt- u. Landschaftsansichten vom 17. bis 20. Jh./Hans-Joachim Giersberg; Adelheid Schendel. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1981. - 166 S.: Ill.

Giersberg, Hans-Joachim: Tourist-Stadtführer-Atlas Potsdam/Hans-Joachim Giersberg; Hartmut Knitter. - 3., verb. Aufl. - Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1982. - 154 S.

Grützner, Günther: Cecilienhof 1945/Günther Grützner; Rosemarie Heise-Schirdewan. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1983. - 35 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 3)

Günther, Harri: Gehölze in den Gärten von Sanssouci: dendrolog. Führer. - 2., stark überarb. Aufl. - Potsdam-Sanssouci, 1981. - 78 S.: Ill.

Kroll, Renate: Potsdam: Baugeschichte im Spiegel d. Grafik/Staatl. Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett u. Sammlung d. Zeichnungen. - Berlin, 1982. - 63 S.: Ill.

Paepke, Karola: Seiden in Sanssouci: textile Raumausstattungen d. 18. u. 19. Jh./hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1982. - 63 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 2)

Potsdam: Bilder auf Porzellan/bearb. von Jutta Nicht. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1982, - 89 S.: Ill.

Sanssouci im Luftbild/zsgest. von Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1982. - 47 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 1)

Schinkel in Potsdam: Ausstellung zum 200. Geburtstag; 1781-1841; Römische Bäder Mai-Okt. 1981/Red. Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. - Potsdam, 1981. - 135 S.: Ill.

Karl Friedrich Schinkel: sein Wirken als Architekt; ausgew. Bauten in Berlin u. Potsdam im 19. Jh./zsgest. u. bearb. von Waltraud Volk. – 1. Aufl. – Berlin: Verlag für Bauwesen, 1981. – 191 S.: Ill.

Blütenstadt Werder/Havel/Hrsg.: Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur; Kulturbund der DDR, Ortsgruppe. – Werder.

2. 1983. – 1982.

Einzelne Kreise

Brandenburger Blätter/Hrsg. Museum Brandenburg.

Band 4. – 1983. – 96 S.: Ill.

Stadtplan Brandenburg. – 5. Aufl. – Ca. 1: 17 500. – Leipzig: Tourist-Verlag, 1983. – 59 x 84 cm

Fait, Joachim: Dom und Domschatz zu Brandenburg. – 2., bearb. Aufl. – Berlin: Union-Verlag, 1981. – 61 S.: Ill. – (Das christliche Denkmal; 20/20A)

Frenzel, Max: Gesprengte Fesseln: e. Bericht über d. antifaschist. Widerstand u. d. Geschichte d. illegalen Parteiorg. d. KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945/Max Frenzel; Wilhelm Thiele; Artur Mannbar. – 4. Aufl. – Berlin: Militärverlag d. DDR, 1982. – 376 S. Ill.

Fenske, Gerhard: Kyritzer Seenkette/Hrsg.: Kreisheimatmuseum. – Wusterhausen/Dosse, 1982. – 24 S.: Ill.

Löschburg, Winfried: Rheinsberg, Neuruppin: Lindow, Zechlin; Altruppin/Winfried Löschburg; Lisa Riedel. – 1. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1981. – 64 S. Ill. – (Tourist-Wanderatlas)

Ruppiner Land: Ergebnisse d. heimatkundl. Bestandsaufnahme in d. Gebieten von Zühlen, Dierberg, Neuruppin u. Lindow. – Berlin: Akad.-Verlag, 1981. – XII, 202 S.: Ill., Kt. u. 1 Kt.-Beil. – (Werte unserer Heimat; Bd. 37)

Wanderungen durch den Kreis Nauen/hrsg. vom Kulturbund d. DDR, Kreis Nauen.

1. – 1979. – 78 S.: Ill. u. 1 Kt. –

2. – Natur- und heimatgeschichtliche Besonderheiten. – 1982. – 59 S. u. 2. Kt.

Uhlmann, Günter: 10 Jahre Kampf um den sozialistischen Frühling: vom Werden d. sozialist. Landwirtschaft im Kreis Königs Wusterhausen in d. Jahren 1952 bis 1962/Hrsg.: Komm. zur Erforschung der Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Königs Wusterhausen d. SED. – Königs Wusterhausen, 1982. – 60 S.: Ill., Tab. – (Lebendige Geschichte; 4)

Kunze, Reiner: Burg Eisenhardt Belzig/Hrsg.: Museum Burg Eisenhardt. – Belzig, 1981. – 16 S.: Ill.

Barowski, Norbert: Hennigsdorf: Geschichte u. Gegenwart/Text; Günter Wehner. Hrsg.: Rat d. Stadt Hennigsdorf. – Hennigsdorf, 1980. – 96 S.: Ill.

Sussmann, Hans: Teupitz und das Schenkenländchen/Hrsg.: Rat d. Stadt Teupitz. – Teil 3. – 1981. – 44 S.: Ill.

Der Schloßpark von Rheinsberg: e. Führer durch d. Schloßpark u. seine Geschichte/bearb. von D. Karg. Hrsg.: Rat der Stadt Rheinsberg, 1981. – 56 S.: Ill.

Sachsenhausen: Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse u. Erlebnisberichte über d. ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen. – 4., überarb. Aufl. – Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften, 1982. – 162 S.: Ill.

Müller, Charlotte: Die Klempnerkolonne in Ravensbrück: Erinnerungen d. Häftlings Nr. 10/787. – Berlin: Dietz-Verlag, 1981. – 224 S.: 67 Ill.

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde d. westl. Havellandes/Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. Jg. 27. 1983. – 1982.

Wietsruk, Siegfried: Zeittafel zur Geschichte des Kreises Zossen 1952–1982/Hrsg.: Komm. zur Erforschung der Geschichte d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Zossen d. SED. – Zossen, 1982. – 43 S.

Heimatkalender für den Kreis Zossen/Hrsg.: Rat d. Kreises, Abt. Kultur. Jg. 26. 1983. – 1982.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Annotationen

Bretschneider, Anneliese: Die brandenburgische Sprachlandschaft. Zur Geschichte und Gliederung (mit Einschluß von Berlin), Gießen 1981 (Deutsche Wortforschung in europäischen Bezügen, hrsg. von Reiner Hildebrandt, Bd. 7), XXIV, 396 S. mit 23 Abbildungen im Text

Mit dieser Arbeit legt die bekannte Potsdamer Sprachwissenschaftlerin Ergebnisse ihrer jahrzehntelangen Forschungen zur sprachlichen Entwicklung im Raum der ehemaligen Provinz Brandenburg vor.

Grundlage und Leitmotiv für die sprachhistorische Darstellung ist Leben und Arbeit der Siedler in der brandenburgischen Gewässerlandschaft. Daher bilden Untersuchungen zu gemeinsprachlichen und fachsprachlichen Bezeichnungen, die mit der Thematik „Wasser/Gewässer“ in Verbindung stehen, den Mittelpunkt der Monographie. Auf diesen zentralen Bezugspunkt weisen auch die Überschriften der Kapitel hin: I. Zur Hydronomik der Gewässerlandschaft, II. Sonder- und Fachsprachen der Gewässerlandschaft,

III. Schifffahrt, IV. Wasser/Gewässer, V. Entlang den Wasserstraßen im UG (Untersuchungsgebiet). Die Darstellung der Geschichte und der Bedeutung der einzelnen Wörter und der semantisch verwandten Wortgruppen wird eng mit der historischen Entwicklung des Raumes von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart verbunden. In den „Abschließenden Bemerkungen“ (S. 392 ff.) faßt die Autorin die Beziehungen zwischen der gesellschaftlichen und der sprachlichen Entwicklung mit dem Blick auf die großen, übergreifenden Zusammenhänge knapp zusammen.

Wenn die Verfn. auch von sehr speziellen Aspekten ausgeht, so vermittelt das Buch dem Leser doch eine Fülle von Informationen über die Sprachgeschichte des brandenburgischen Raumes. Das wird hoffentlich manchen Interessenten auch zu eigenen Studien der sprachlichen Entwicklung im märkischen Gebiet anregen.

Das Werk kann in der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek Potsdam benutzt werden.

Helmut Langner

Heinz-Dieter Krausch: „Märkische Heimat“ – Erinnerungen an eine brandenburgische Heimatzeitschrift anlässlich des 75. Geburtstages von Joachim Schobeß. In: Fontane-Blätter. 1983. Band 5, Heft 3 (Heft 35 der Gesamtreihe). Hrsg.: Theodor-Fontane-Archiv der Deutschen Staatsbibliothek DDR-1500 Potsdam, Dortustraße. 30-34. (Festgabe für Joachim Schobeß zum 75. Geburtstag am 22. April 1983)

Der Verf. beschreibt die Umstände, die 1956 zur Herausgabe der „Märkischen Heimat“ als Organ der Bezirkskommission der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund geführt haben. Aus der eigenen Kenntnis als Mitglied der Redaktion wird besonders der Anteil des Archivars, Bibliothekars und Heimatforschers Joachim Schobeß gewürdigt. Wenngleich die „Märkische Heimat“ jetzt mit verändertem Profil erscheint, so fühlt sich die Redaktion doch dem Vorgänger von 1956 bis 1962 und ihren Herausgebern verbunden.

Joachim Schulz

Autoren

Dr. Helmut Assing, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Dr. Wolfgang Dost, Wittstock, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturgeschichte/Volkskunde

Dr. Hans Baruth, Vorsitzender des Kreisvorstandes Brandenburg der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Leiter des Museums der Stadt Brandenburg

Hans Eulenstein, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kulturhistorische Zinnfiguren Potsdam

Wolfgang Fried, Brandenburg, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Numismatik

Hans Gallinat, Karl-Marx-Werk Babelsberg

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Doz. Dr. sc. Helmut Langner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Staatsarchiv Potsdam

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksparteiarchiv der Bezirksleitung der SED Potsdam

Prof. Dr. Fritz Staude, Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1983



Märkische
Heimat

Z

183



Potsdam

MEMORANDUM

TO THE DIRECTOR
FROM THE ASSISTANT SECRETARY

11